

Kleingärten in Treptow

*Zur Geschichte des organisierten
Kleingartenwesens in Berlin-Treptow*



Bezirksverband der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.

Den Druck dieser Broschüre ermöglichten durch ihre Unterstützung:

**EINE PARTNERSCHAFT,
DIE SICH AUSZAHLT.**



Unseren Gartenfreunden bieten wir besonders günstige Tarife.

Wir gratulieren zum 85-jährigen Bestehen!

Generalagentur Jürgen Voss e.K.
 Mohrenstraße 1 · 10117 Berlin
 Tel.: 030/22 87 98 30 · Fax: 030/22 87 98 32
 E-Mail: juergen.voss@feuerzietael.de
 Unsere Öffnungszeiten:
 Mo.-Do. 8.00-18.00 Uhr
 Fr. 8.00-14.00 Uhr

 **Feuerzietelät
Öffentliche Leben**

Die persönliche Bank.

B BERLINER BANK
 NIEDERLASSUNG DER LANDESBANK BERLIN

Geld sparen durch flexible Nutzung



**✓ Auswählen
✓ Einsetzen
✓ Fertig!**

Berolina Quadtank
(ohne DIBt)

Berolina Linsentank

Berolina Rohrentank

30

ideal für Kleingärten!

BKP BERLINER KLEINGARTENPARTNER
 Kunststoffe sind unsere Stärke.

Abflusslose Sammelgruben

- geringe Einbautiefe (erspart in den meisten Fällen eine Grundwasserabsenkung)
- Hohe Sicherheit gegen Aufschwimmen
- Tankgrößen: 500 Liter bis 150.000 Liter
- Superschnelle Montage
- Gewährleistung bis zu 30 Jahren

Berolina Sammelgruben, für das Auffangen von häuslichen Abwässern oder Regenwasser
 Nennhäuser Damm 158 · 13591 Berlin · Telefon: 0 30/3 64 71-403 · Telefax: -411 · e-mail: info@bcp-berolina.de · www.bcp-berolina.de

Jürgen Sommer

Erdeverleibbohrungen
 Baugrunderbohrungen
 techn. Bohrungen
 Hydrophoranlagen
 Rohrverleibarbeiten
 Wartung

BRUNNENBAU
Heizung + Sanitär

!!! Alles aus einer Hand !!!

- Bei uns können Sie sich einen Gartenbrunnen bohren lassen
- Wir verlegen Ihre Wasser- und Abwasserleitung im Haus und Garten
- künftig auch das notwendige doppelwandige Abflussrohr !!
- Wir bauen Ihnen einen Berolina - Abwassertank ein
- Wir sind Ihr Partner, wenn es um eine Sanitär- und Heizungsinstallation bzw. Reparatur geht
- Wir übernehmen auch Ihre Weggestaltung
- Anliefern von Kleinstmengen Schüttgüter (Sand, Kies, Mutterboden, ...)

**Rufen Sie uns an !!
 Holen Sie sich Ihr individuelles Angebot !!**

Dorfstraße 58
 16356 Ahrensfelde

Tel.: 030-9328012
 Fax.: 030-9338986

Vorstandsarbeit jetzt einfacher!

Software für die Verwaltung von
 Kleingartenanlagen

(neue Version 3.0)

Eine Demoversion
 finden sie bei

www.kleingartenvereine.de
 oder telefonisch unter 96201135

Computer-Internet-Center 13053 Berlin, Rotkamp 6



Kleingärten in Treptow



Zur Geschichte des organisierten Kleingartenwesens in Berlin-Treptow

Impressum

Herausgeber: Vorstand des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.
Am Treptower Park 42, 12435 Berlin

Texte: Manfred Kassel, Günter Landgraf

Druck: Type-Design, Gubener Straße 47, 10243 Berlin

Der ganze oder teilweise Abdruck und die elektronische oder mechanische Vervielfältigung gleich welcher Art sind nicht erlaubt.

Vorwort

1. Wurzeln des Kleingartenwesens

2. Die Entwicklung Treptows und dessen Kleingartenwesen bis 1918

- 2.1. Die Industrialisierung und Urbanisierung Berlins und ihre Folgen für die Herausbildung des Kleingartenwesens in Treptow bis Ende des 19. Jahrhunderts
- 2.2. Die weitere verkehrliche Erschließung von Treptow und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung des Kleingartenwesens
- 2.3. Die Herausbildung der Organisationsformen der Kleingärtner und erster rechtlicher Grundlagen für die Kleingartenbewegung

3. Die Entstehung des Kleingartenrechts und der Organisationen des Kleingartenwesens in den Jahren 1919 bis 1945

- 3.1. Die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31.07.1919 (KGO)
- 3.2. Die Gründung von Bezirksverbänden als Konsequenz aus der Bildung Groß-Berlins
- 3.3. Das Kleingartenwesen in Treptow nach der Gründung des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands
- 3.4. Die Kleingartenbewegung Treptows in der Zeit der Weltwirtschaftskrise
- 3.5. Das Kleingartenwesen unter den Bedingungen der Gleichschaltung
- 3.6. Der Zweite Weltkrieg und der erweiterte Kündigungsschutz für die Kleingärtner

4. Die politische Entwicklung in Berlin und ihre Auswirkungen auf das Kleingartenwesen in den Jahren 1945 bis 1959

- 4.1. Die schwere Zeit des Neubeginns für das Kleingartenwesen in Treptow
- 4.2. Die Spaltung der Berliner Kleingartenorganisation
- 4.3. Das Kleingärtnern unter den Bedingungen des Viermächtestatus
- 4.4. Das Nationale Aufbauwerk und seine Folgen für die Treptower Kleingärtner

5. Das Kleingartenwesen in der DDR nach Gründung des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter in den Jahren 1959 bis 1989

- 5.1. Die Gründung des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter
- 5.2. Der 13. August 1961 und seine Auswirkungen für die Treptower Kleingärtner
- 5.3. Die Wandlung des VKSK zu einer politischen Massenorganisation
- 5.4. Das Treptower Kleingartenwesen in den Jahren 1977 bis 1989

6. Durch einen gewaltigen demokratischen Aufbruch zurück zur Einheit des Berliner Kleingartenwesens (1989 bis 2004)

- 6.1. Der demokratische Umbruch und der Kampf um den Erhalt der Kleingärten und ihrer Organisationen
- 6.2. Das Kleingärtnern nach Herstellung der Einheit des Berliner Kleingartenwesens

Aus Anlass des 85. Jahrestages des Bestehens des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V. veröffentlicht der Vorstand der Bezirksorganisation ein Material

„Zur Geschichte des organisierten Kleingartenwesens in Berlin-Treptow“,

mit der die durch die Fachkommission Kleingartengeschichte des Bezirksverbandes gesammelten Dokumente zur über 100-jährigen Kleingartenbewegung in Treptow zusammengefasst werden.

Sie soll den Chronisten der Kleingartenvereine oder geschichtlich interessierten Kleingärtnern helfen, aus dem eigenen Erleben und aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Fundus, wie Protokollen, Kassenbüchern, Urkunden, Referaten, Analysen und ähnlichen Materialien ihrer Vereine sowie persönlichen Dokumenten, das Werden und Wachsen der eigenen Kleingartenanlagen zu dokumentieren.

„Zur Geschichte des organisierten Kleingartenwesens in Berlin-Treptow“ ist aber auch für andere Leser von Interesse. In ihr wird der Zusammenhang zwischen der Entwicklung Treptows von einem Vorwerk zu einem Gutsbezirk über eine selbständige preußische Landgemeinde des Kreises Teltow bis hin zu einem Stadtbezirk Berlins und schließlich zu einem Stadtteil im Bezirk Treptow-Köpenick und seines organisierten Kleingartenwesens hergestellt sowie historische Entwicklungen, insbesondere die Lebensbedingungen der Kleingärtner, dargestellt.

In diesem Material wird auf weitergehende Informationen zum Ortsteil Oberschöneweide, den bis 1938 das Bezirksamt Treptow verwaltete (danach Ortsteil von Köpenick) und dessen Kleingartenvereine, die von 1920 - 1938 im Bezirksverband Treptow-Südost (einem der beiden Vorläufer des heutigen Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.) organisiert waren, verzichtet.

„Zur Geschichte des organisierten Kleingartenwesens in Berlin-Treptow“ dokumentiert, dass die Kleingartenbewegung ein bedeutender Bestandteil des Alltages der Treptower Bürger war, ist und bleiben soll.

Das vorliegende Material „Zur Geschichte des organisierten Kleingartenwesens in Berlin-Treptow“ erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Daher sind kritische Anmerkungen und Hinweise zum Inhalt, vor allem aber weiterführende Dokumente, welche die Geschichte der Treptower Kleingartenbewegung belegen und die vorliegende Ausarbeitung ergänzen oder vertiefen können, erwünscht.

Wir danken allen beteiligten Gartenfreunden, die an der Erarbeitung des Materials „Zur Geschichte des organisierten Kleingartenwesens in Berlin-Treptow“ mitgewirkt haben.

Besonders bedanken möchten wir uns bei den beiden Autoren, den Gartenfreunden **Manfred Kassel** und **Günter Landgraf**.

Wir danken der Fachkommission Kleingartengeschichte des Bezirksverbandes für ihr Engagement bei der Sammlung, Sichtung, Erfassung und Katalogisierung des geschichtlichen Fundus der Kleingartenbewegung in Treptow.

Wir danken den Sponsoren, mit deren Unterstützung diese Dokumentation gedruckt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte.

1. Die Wurzeln des Kleingartenwesens

Kleine Gärten gab es sicherlich zu jeder Zeit. Kleingartenanlagen oder gar Kleingartenvereine, die das organisierte Kleingartenwesen charakterisieren, sind relativ jung.

Die ersten Gärten auf gemeinsamen Gelände sind aus Weimar bekannt. Friedrich Schiller berichtet in einem Brief vom 18. August 1787 an Appellationsrat Körner, von einer in Weimar errichteten Kleingartenanlage, die sich 75 Pächter teilten.^{1/}

Zehn Jahre später, 1797/98, stimmte der Landgraf Carl von Hessen als Besitzer des Gutes Roest in Kappeln an der Schlei zu, dass 32 Bauplätze mit Gartenland für arme Kappeler Bürger angelegt werden. In den Folgejahren sorgte er dafür, dass Armengartenanlagen entstehen.

Doch die eigentliche Entwicklung der Kleingartenbewegung erfolgte im 19. Jahrhundert mit dem gewaltigen Aufschwung der Industrie, die mit ihrer maschinellen Großproduktion die neue Produktionsweise prägte. Der industrielle Fortschritt, verbunden mit dem gesellschaftlichen Umbruch, verlief rasant.

Die damit einhergehende Folge war, dass viele Landbewohner in die Städte strömten. Allein von 1871 bis 1873 kamen über 400.000 Menschen nach Berlin, um ihren Lebensunterhalt in den Fabriken zu verdienen.

Die Industrialisierung veränderte einerseits den Charakter der Arbeit und das damit einhergehende wachsende Bedürfnis der Menschen nach Reaktivierung der Arbeitskraft. Andererseits veränderten sich die Städte. Es entstanden Großstädte mit zunehmend durch Mietskasernen geprägtem Gesicht, so dass sich das Bedürfnis nach einem Stück Land, einem Garten, auf diese Art Bahn brach.

Mit der Industrialisierung und Urbanisierung bildete sich das von außerordentlich vielfältigen und unterschiedlichen geistigen Strömungen geprägte organisierte Kleingartenwesen heraus.

Vor allem zwei Gründe, die vielfach unabhängig von einander entstanden und sich in der Folgezeit gegenseitig durchdrangen, gaben der Entwicklung der Kleingartenbewegung wesentliche Impulse.

Erstens war es das Streben nach Sicherung der Ernährung, die Sehnsucht nach dem verlorenen Leben auf dem Lande und das damit verbundene Bedürfnis nach Arbeit und Erholung in der freien Natur.

Zweitens waren es die neuen Lebensbedingungen in den Großstädten mit ihren oft verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit und die Erziehung der Kinder und der Jugend.

Getragen von der Idee der „Armengärten“, wie sie Carl von Hessen begründete, begann 1833 die Stadtverwaltung von Berlin mit der Verpachtung von $4\frac{1}{3}$ Morgen Land an dreizehn arme Familien.

Der Grundgedanke dieser „Armengärten“ war, anstelle finanzieller Zuwendungen der Kommunen, den ärmeren Bevölkerungsschichten Grundstücke für den Kartoffelanbau zur Verfügung zu stellen.

Ab 1839 waren diese Armengärten in Berlin ständige Einrichtungen für die Armenpflege. Allein 1882 konnten auf diese Weise insgesamt 2.876 Familien mit den selbst erzeugten Erträgen unterstützt werden. Das Programm lief 1897 mit steigenden Grundstückspreisen und der Möglichkeit, kommunalen Boden finanziell günstiger zu verwerten, aus.^{2/}

Die bekannteste Art von Kleingärten, die als Synonym für den Kleingarten an sich steht, sind die „Schrebergärten“.

Dabei waren die Beweggründe zur Bildung der Schrebervereine ganz andere. 1864, drei Jahre nach dem Tod des Arztes Moritz Schreber, der zur Anlegung von Spielplätzen für Kinder aufrief, schuf der Lehrer Innocenz Hauschild in Leipzig einen Spielplatz, den 1868 der Spielvater Karl Gesell mit Beeten umgab.

Zu Ehren von Schreber nannte sich diese Anlage „Schreberverein“.

Schreber selbst und auch Hauschild wollten keine Gärten anlegen und haben solche auch nie gesehen. Diese Schrebervereine gehen auf Gesell zurück und verstanden sich als Erziehungsvereine, die „für die leibliche und geistige Jugenderziehung und Förderung eines gesunden Familienlebens“^{3/} wirken.

Die eigentlichen Schrebergärten für den vorrangigen Obst- und Gemüseanbau entstanden schrittweise erst in den folgenden Jahrzehnten.

Schrebergärten gab es in Treptow zu keinem Zeitpunkt, da es den Berlinern und Treptowern vordergründig um die Landbeschaffung für den Obst und Gemüseanbau ging. Die Betreuung der Kinder war zwar auch ein Anliegen, stand aber nicht im Vordergrund.^{4/}

Die ersten Laubenparzellen entstanden in Berlin 1862 auf den Schlächterwiesen, dem heutigen Standort des Urban-Krankenhauses. Hier durften schon Feldhäuschen von 1 x 2 m Größe errichtet werden, die aber nach einer Polizeiverordnung vollständig durchsichtig sein mussten.^{5/} Daneben errichtete der Magistrat „interimistische Wohnhäuser, um die dann sehr bald zahlreiche, wenn auch einfache Gärtchen entstanden“.^{6/}

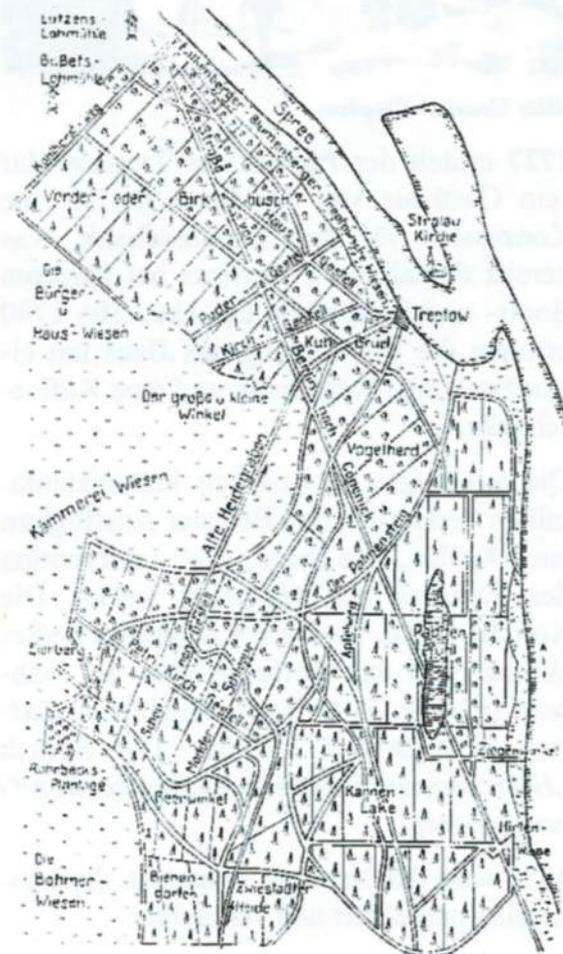
Um 1880 gab es in Berlin etwa 2.500 Laubenkolonisten. In dieser Zeit erfolgten auch die Gründungen der ersten „Pflanzervereine“ in Treptow.

Am 24. März 1885 gründete sich die älteste, noch heute bestehende Kolonie Berlins, der Charlottenburger „Verein für naturgemäße Gesundheitspflege e.V.“ durch den Deutschen Bund für naturgemäße Lebens- und Heilweise.^{7/}

Das Grundanliegen war die Vereinigung der fünf Säulen der Naturheilkunde: Licht, Luft, Wasser, Bewegung sowie Ernährung und deren Wirkung auf den Menschen.

Die bescheidenen sozialen Errungenschaften am Ende des 19. Jahrhunderts, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, begünstigten den Wunsch vieler Menschen nach Erholung in der Natur und etwas für die Eigenversorgung der Familie zu tun. So wuchs bis 1895 die Zahl der Laubenkolonisten in Berlin auf rund 4.000 an.

1901 gründete sich in Charlottenburg die erste Kolonie der „Arbeitergärten vom Roten Kreuz des Vaterländischen Frauenvereins“. Diese Kolonien leiteten Patronatsvorstände, an deren Spitze Damen des ‚Vaterländischen Frauenvereins‘ standen. Die finanzielle Unterstützung der Kolonien bedingte die Unterordnung der Mitglieder unter die von der Patronin vorgegebenen sittlichen Regeln.



Plan der Cöllnischen Cämmerei Heide im Jahre 1782

2. Die Entwicklung Treptows und dessen Kleingartenwesen bis 1918

2.1. Die Industrialisierung und Urbanisierung Berlins und ihre Folgen für die Herausbildung des Kleingartenwesens in Treptow bis Ende des 19. Jahrhunderts

Der erste neuzeitliche Beleg der Besiedelung des Spreeufers mit der damaligen Bezeichnung **Trepkow** ist eine Rechnung aus dem Jahre 1568.

Bis 1707 entwickelte sich aus einer Fischerei ein Vorwerk, wo Reisende in einem Gasthof auf ihrer Fahrt nach Berlin letzte Rast machten.



Altes Vorwerk Treptow

1727 erhielt der Pächter des Trepkow für sein Gasthaus von der Stadt Berlin eine Konzession für den Bierausschank, was bereits damals viele Berliner bei längeren Boots- und Reitpartien anlockte. Bis 1740 erfolgte die Erweiterung des Baus um einen Saal, eine Kegelbahn und eine Kaffeeschänke.

Die ansässigen sächsischen Kolonistenfamilien verkauften den Berliner Ausflüglern auch Kaffee, was ihnen, nach Intervention des Pächters, der Magistrat verbot. Die Kolonistenfrau Taube bot daraufhin heißes Wasser und das Kaffeegeschirr an, während sich die Gäste ihren gemahlene Kaffee selbst brühen konnten. Der Spruch **„Hier können Familien Kaffee kochen“** war geboren.

1817 wird das Vorwerk aufgelöst, die Ländereien parzelliert und verpachtet.

In den Jahren 1821/1822 errichtete Langhans der Jüngere ein Gasthaus, das seit 1889 den Namen des Pächters „Zenner“ trägt.

Im Jahr 1823 begann die bis 1840 andauernde Abholzung der 3.000 Morgen großen Cöllnischen Heide. Um 1875 entwickelte sich im Gebiet zwischen der Lohmühlen- und der Elsenstraße bis zur Grenze zu Rixdorf ein Zentrum von Gärtnereibetrieben.

Die Besitzer dieser Gärtnereien hatten ihre Grundstücke in Cölln, in der Luisenstadt, gewinnbringend für die Ansiedlung von Fabriken und Mietskasernen veräußern können und als Ausgleich dafür fruchtbares Ackerland erhalten. Durch die unmittelbare Nähe zur Stadtgrenze war die Gewähr gegeben, dass das auf diesen Ländereien erzeugte Obst und Gemüse sowie die Pflanzen und Blumen auf kürzestem Weg auf die Märkte Berlins gelangen konnte.



Kaffee-Küche

1876 ging Treptow von einem Gutsbezirk in eine Landgemeinde innerhalb des Kreises Teltow über. Treptow hatte zu dieser Zeit 37 Wohngebäude und zählte 567 Einwohner.

Die industrielle Entwicklung Treptows stand zu dieser Zeit noch nicht im Vordergrund. Treptow, die „Perle der Vororte“ oder der „Luftgarten an der Spree“, wie Treptow in der Literatur genannt wird, sollte sich als vornehmes Ausflugsziel mit der Ansiedlung einer Vielzahl von Bier-, Garten- und Tanzlokalen profilieren.

So existierten um die Jahrhundertwende etwa 120 Gaststätten und 30 Tanzsäle, welche die Steuerkasse füllten.^{9/} Zu ihnen gehörten u.a. die Gaststätten „Zenner“ und der „Paradiesgarten“ sowie das „Kaiserbad“.

Ab 1864 verbesserte sich, durch die Errichtung einer Dampferlinie von der Anlegestelle Jannowitzbrücke und um 1880 durch den Bau der Pferdebahn vom Spittelmarkt nach Treptow, die Bedingungen für den Wochenendausflug ins grüne Treptow.

Um die Ausflugslokale am Ufer der Spree auch mit Kutschen und Kremsern gut erreichen zu können, erhielt in Höhe der Eisenstraße die Köpenicker Landstraße den Abzweig Kastanienallee, heute Puschkinallee, und Am Treptower Park.

Der Zustrom von Arbeitssuchenden, die damit einhergehende Wohnungsnot, aber auch steigende Preise für Nahrungsmittel, veranlasste die „Neu-Berliner“ auf Brachland Gärten anzulegen und einfache Lauben zu errichten.

Es entstanden Laubenkolonien, wie:

„Finkenhain“, „Harzer Garten“, „Hoffmannsthal“, „Hoffmannstraße“, „Immergrün I“, „Johannisblume“, „Neu Friedland“, „Wüste Sahara“, „Zinnia“, „Zum ehrlichen Seemann“ und „Zum gemütlichen Wilhelm“.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der **Gewerbeausstellung 1896** in dem in den Jahren 1876 bis 1882 geschaffenen Treptower Park erfuhr Treptow einen besonderen Aufschwung. Es erfolgte der Bau der elektrische Straßenbahn, die so genannte Siemensbahn, von der Behrenstraße über die Wiener Brücke bis zum Restaurant „Zenner“.



Am 1. Mai 1896 fuhr erstmals eine elektrische Straßenbahn aus der Reichshauptstadt zum Treptower Park

Die 1869 errichtete Görlitzer Bahn erhielt im Bereich des Treptower Parks, an der Puderstraße, einen gesonderten Haltepunkt, um die erwarteten Besucherströme bewältigen zu können.

Die günstigen Bedingungen Treptows, die Nähe zu Berlin und Rixdorf, die nach wie vor schwach entwickelte Verkehrsanbindung und die damit verbundene zögerliche Bebauung, bedingten, dass sich hier schon vor der Jahrhundertwende die Kleingartenbewegung zu einem Zentrum entwickelte.

Zeugnisse dafür sind die Vereine:

- „Zur Linde“ (1887)
- „Parkstrasse“ (1896)
- „Neu-Seeland“ (1897)
- „Einsamkeit“ (1899)
- „Ehrliche Arbeit“ (1900).

Sie zählen zu den zehn ältesten, noch heute bestehenden Kleingartenanlagen in Berlin.^{10/}

Mit der Ausdehnung der Luisenstadt über die Berliner Stadtmauer hinaus verdrängten Industriebauten und Mietskasernen Stück für Stück die ansässigen Gärtnereibetriebe, so dass 1910 nur noch drei dieser Gärtnereien existierten.

Die eigentliche verkehrliche Anbindung Treptows an die Stadt Berlin erfolgte mit der Inbetriebnahme einer weiteren elektrischen Straßenbahnlinie mit der Trassenführung Wiener Brücke - Lohmühlenstraße - Am Schlesischen Busch - Köpenicker Landstraße - Parkstraße (heute Bulgarische Straße)/Ecke Neue Krugallee.

Damit kamen die Berliner schneller ins „Grüne“ und für die Laubenkolonisten waren nun auch Kleingärten möglich, die sich nicht nur in der Nähe der Wohnung befanden.

Auf ungenutzten Flächen entstanden neue Laubenkolonien, wie „Annathal“, „Baumschulenweg Mitte“, „Biene I“, „Biene II“, „Drei Pappeln“, „Frauenlob“, „Kiefholzgrund I“, „Kiefholzgrund II“, „Kiefholzthal“, „Süße Ecke“, oder „Weißdorn“.

Die fehlende Schankkonzession für den Ausschank von Getränken an die Wochenendgäste führte schnell zur Erweiterung des Spruches der Treptower Kolonistenfrau Taube. Nach dem Motto, *„Der alte Brauch wird nicht gebrochen, hier können Familien Kaffee kochen“*, handelten die Kolonisten im Bereich der Neuen Krugallee/Ecke Dammweg ganz in ihrem Sinne und umgingen so das Schankverbot.

Hier siedelte sich einer der ersten Treptower Pflanzervereine „Ohm Paul“ an. Der später unter dem Namen „Dammweg“ bekannt gewordene Verein war für die Herausbildung des organisierten Kleingartenwesens in Treptow und Berlin mit wegweisend.

Günstig auf die weitere Entwicklung des Treptower Kleingartenwesens wirkte sich auch aus, dass Berlin schon frühzeitig eigene Ländereien außerhalb der Gemarkung des Stadtgebietes für eine langfristige Nutzung als Gartenland vorsah.

Es erstreckte sich „... auf Treptower Gebiet, hinter dem Treptower Park an der Neuen Krug Allee ... auf rund 200 Hektar“.^{11/} Hier entstanden im Laufe der Zeit 8.000 Gärten. Außerdem waren auf Rixdorfer Gemarkung zwischen Ringbahn und Anschlussbahn Rixdorf - Niederschöne-weide rund 170 Hektar für etwa 6.000 Lauben verfügbar.^{12/}

Dieses Land war aber nicht langfristig für Kleingartengelände vorgesehen, sondern „... bei dem städtischen Laubengelände (handelte es sich) durchweg um Landkomplexe, die in Zukunft anderen Zwecken dienen sollen...“. Die Stadtgemeinde Berlin sah die Laubengärten nicht als soziale Einrichtung, sondern betrachtete die Kleingartenanlagen lediglich „als die z.Z. höchstmögliche Verwertung ihres Eigentums.“^{13/} Der Magistrat überließ die Verpachtung dieses Landes Generalpächtern, die die Kolonisten schamlos ausnutzten.

Für die wenigen Beispiele, die dafür stehen, dass auch ohne Generalpächter Pflanzervereine entstanden, zeugt u.a. die Gründung des Vereins „Little PoPo“, heute „Zur Linde“, durch sieben Männer auf einem Landstück, das ihnen der Gärtnermeister Wilhelm Mosisch kurz vor seinem Tode überließ.^{14/}

2.2. Die weitere verkehrliche Erschließung von Treptow und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung des Kleingartenwesens

Mit dem weiteren Ausbau der Infrastruktur, dem zunehmenden wirtschaftlichen Erstarken Treptows sowie den Bestrebungen, sich vom Kreis Teltow zu lösen, verstärkten sich die Bemühungen von Rixdorf, Treptow einzugemeinden.

Auch wenn dieses aus wirtschaftlichen und parteipolitischen Gründen scheiterte, ist der Kauf der Abteiinsel durch die Stadtgemeinde Neukölln im Jahre 1913 ein Beweis für die Ernsthaftigkeit dieser Bestrebungen.^{15/16/}

Der Bau des Teltowkanals (1901 bis 1906) und des Britzer Zweigkanals hatte für die Kleingartenbewegung in Treptow eine gewisse Bedeutung. Mit diesen Baumaßnahmen und mit der Inbetriebnahme des Wasserwerkes Johannisthal erfolgte die Absenkung des Grundwasserspiegels um insgesamt 4,40 Meter.

Dadurch verloren die Wiesen ihren Wert für die Viehzucht. Auch die Umwandlung der Wiesen in Ackerland schien für die Bauern nicht lohnend. Hinzu kam, dass das weit verzweigte Netz von Abwassergräben und Kanälen, welches die Firma Späth angelegt hatte, um das ursprüngliche sumpfige Wiesengelände für die Aufzucht von Bäumen nutzen zu können, nun überflüssig geworden war. Damit konnten die nun trockenen Flächen für andere Nutzungen anboten werden.

Ein weiterer Umstand wirkte sich positiv auf die Gründung immer neuer Laubenkolonien aus.

Auf Rest- und Splitterflächen entlang von Eisenbahnanlagen parzellierte die Eisenbahnverwaltung kleine Gärten, die Eisenbahner in der Regel für ein Jahr pachten konnten. So entstand u. a. die noch heute existierende Anlage „An der Südostallee“. Neben der Bindung der Eisenbahner an das Unternehmen, hatte die Schaffung von „Eisenbahnergärten“ auch den Effekt, dass auf diesen Flächen keine Ablagerungen von Unrat mehr erfolgte.

Obwohl die Bahnverwaltung ursprünglich die Parzellen an einzelne Interessenten vergab, schlossen sich ab 1910 die ersten Parzellanten zu eigenständigen Kleingärtner-, aber auch zu Kleintiervereinen zusammen.

Ab 1916 gründete sich die erste eigenständige Bezirksorganisation der „Eisenbahn-Kleinwirte“. Die Eisenbahnverwaltung unterstützte diese Bestrebungen, da die Verwaltung dadurch wesentlich rationeller abgewickelt werden konnte.^{17/}

Die bessere Bindung der Arbeiter von Industriebetrieben an die Firma war auch eine der Überlegungen, die der Bildung von „Betriebsgärten“ zu Grunde lagen. Bekannte Beispiele dafür sind die Schultheissbrauerei in Niederschöneweide und die Wäscherei Spindler in Oberspree.^{18/}

Neben der Anlage von Betriebsgärten gründeten sich mit Billigung und Unterstützung der Besitzer verschiedene Vergnügungsvereine und es entstanden auch Betriebswohnungen. Diese sozialen Maßnahmen dienten einerseits dazu, die Arbeiter von Lohn- und anderen Forderungen abzuhalten.^{19/} Andererseits sind sie auch das Resultat des Wirkens der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Weiterhin gründeten sich auch in Treptow Kleingartenkolonien vom „Roten Kreuz“, wie die noch heute existierenden Vereine:
„Britzer Allee“ (1912)
„Vogelsang I“ (1914)
„Waldland“ (1917)
„Oberer Damm“ (1924)
„Morgensonne“ (1927).

Nach der Jahrhundertwende entstanden insbesondere im Bereich Johannisthal, Baumschulenweg, Plänterwald und vereinzelt auch in anderen Ortsteilen von Treptow eine Vielzahl von Laubenkolonien.

Viele Kleingartenanlagen gründeten sich als Pflanzervereine. Durch Mund-zu-Mund Propaganda, Zeitungsanzeigen und auch durch Aushänge schlossen sich inte-

ressierte Bürger zusammen, um gemeinsam Land zur Parzellierung zu pachten.

Dafür gab es genug Bauerwartungsland, das die Bodeneigentümer vor der Bebauung gewinnbringend und meistbietend an die Interessenten verpachteten. Die Folge dieser Praxis waren kurze Pachtzeiträume, in der Regel nur ein Jahr, weshalb auch keine Gebäude errichtet und keine Bäume gepflanzt werden durften.

Nur wenigen Vereinen gelang es mit den Landbesitzern direkt Pachtverträge abzuschließen. Meistens waren sie den Generalpächtern ausgeliefert. Diese ersteigerten das Nutzungsrecht von Brachen für möglichst wenig Geld von den Landeigentümern, um es dann zu hohen Preisen wieder an die licht- und lufthungrigen Großstädter zu verpachten.

Bei der Parzellierung der Flächen entlang der Neuen Krugallee verlangten die zwischengeschalteten Generalpächter Preise, die den Ursprungspreis um das drei- bis vierfache überstiegen. So stieg beispielsweise der Preis für eine Landfläche von 150 Mark nach 56 Geboten auf 665 Mark.^{20/}

Mit dem Pachtpreis konnte der Generalpächter aber auch missliebige Pächter ausschalten. So erging es einem Laubenkolonisten in Treptow, der kurz vor Ablauf der Jahrespacht mitgeteilt bekam, dass „... vom 1. Januar 1908 ab seine Laubenparzelle pro Quadratrute auf 3 Mark Pacht erhöht werde.“^{21/} Dieser Betrag entsprach einem Pachtpreis von rund zwanzig Pfennig/m².

Um ihren Generalpächter auszuschalten, leisteten Vereine Abstandszahlungen. So zahlte der Verein „Gemütlichkeit III“ an den Landbesitzer eine Zahlung in Höhe von 230,00 Mark.^{22/}

Dieses Freimachen von den Generalpächtern war aus vielerlei Gründen notwendig.

So ließen diese in den Kolonien Kantinen, im Volksmund „Feldkneipen“, einrichten und duldeten nur solche Pflanzler, die dort möglichst viel verzehrten. In den entsprechenden Paragraphen der Satzung hieß es:

„§ 8 Der Pächter verpflichtet sich ausdrücklich, seinen etwaigen Bedarf an Getränken usw., welche er für sich und seine Angehörigen auf dem Acker braucht, nur allein vom Verpächter oder dessen Beauftragten zu entnehmen.“

Im § 9 heißt es weiter „Zuwiderhandlungen gegen die in den vor aufgeführten Paragraphen gestellten Bedingungen berechtigen den Verpächter zur sofortigen Entziehung der Parzelle ... der Pächter (darf) ... die selbe nicht mehr betreten, und geht derselbe seiner bis dahin gezahlten Pacht verlustig, einschließlich aller ... Anpflanzungen, Lauben usw., ohne Anspruch auf Entschädigung.“^{23/}

Erst als diese Zustände der Öffentlichkeit zugänglich waren, erregten sie einen Sturm der Entrüstung, der die Stadtverwaltung 1908 dazu veranlasste, den Generalpächtern den Ausschank oder den Vertrieb von „geistigen Getränken“ zu verbieten. Zwar verschwanden die Kantinen bzw. wurden umbenannt, der Ausschank aber blieb.

Vereinen, die sich von ihren Generalpächtern lösen konnten und über eine vereins-eigene Kantine oder eine Vereinslaube verfügten und für den Getränkeverkauf an ihre Mitglieder nutzten, ging es finanziell verhältnismäßig gut. Der Gewinn ging beispielsweise zu 10% an die so genannte Einkaufskommission und 90% blieben in der Vereinskasse.

War die Lage der Flächen für die Industrie- oder Wohnbebauung ungünstig, konnten auch länger laufende Pachtverträge ausgehandelt werden. Dabei bestand durchaus die Möglichkeit, dass so manche Kleingartenanlage die Stürme der Zeit überlebte.

Es war aber auch nicht selten, dass Vereine ein oder mehrmals ihren ursprünglichen Standort wechseln mussten.

So u.a. der Pflanzerverein „Gemütlichkeit“, der sich 1902 durch 17 Rixdorfer Bürger am Tempelhofer Feld gründete.

Wegen des vorgesehenen Wohnungsbaus an der Okerstraße musste er 1906 auf eine Fläche an der Saturnstraße umziehen, um sich 1911 am heutigen Standort endgültig anzusiedeln. Der Verein verstand es immer wieder sich den Querelen der Verpächter und den überspitzten Forderungen des Ortsgendarmen von Treptow zu widersetzen.^{24/}

Auch der Pflanzerverein „Neu-Seeland“ musste nach seiner Gründung an den Königsheideweg umziehen, weil der Gründungsstandort offensichtlich wegen Bebauung verlassen werden musste.



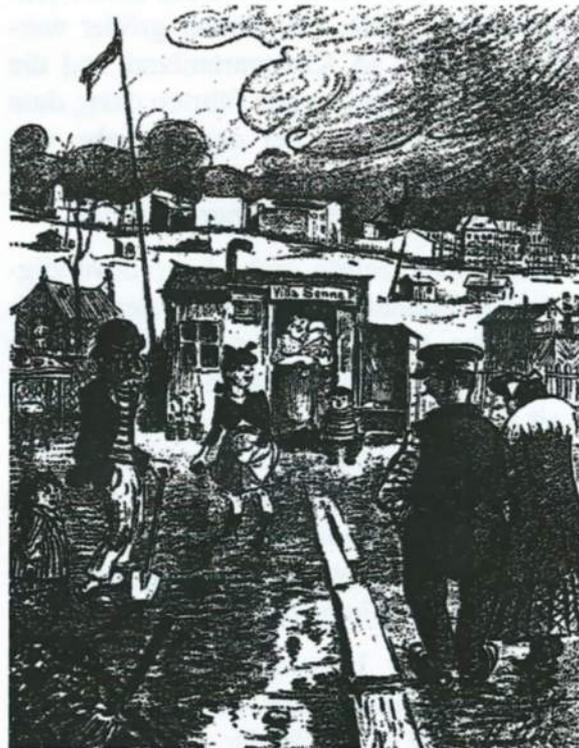
Vereinsfahne „Neu-Seeland“

Unabhängig von der Art des Kleingartens, waren überall Arbeitsleistungen, die vom Aufbau und der Pflege der Gemeinschaftseinrichtungen bis zur Vorbereitung von Vergnügungen gingen, für die Gemeinschaft erforderlich.

Viele der Laubenkolonisten hatten auf Grund ihrer ländlichen Abstammung Erfahrungen auf dem Gebiet des Gartenbaus.

„Bei der Mehrzahl der Kolonisten fehlten aber diese Kenntnisse, so dass man sich zu Vereinen zusammenschloss, um neben der Geselligkeit auch die Belehrung zu pflegen und sich gegen das überhand nehmende lichtscheue Gesindel, das sich in den Gründerjahren nach Berlin zog und an der Peripherie sein Unwesen trieb, zu schützen.“^{25/}

Für die Erschließung der Standorte der Laubenkolonien und die Notwendigkeit, die finanziellen Belastungen für die einzelnen Kleingärtner so gering wie möglich zu halten, z.B. mussten zur Sicherung des Gießwassers Brunnen gegraben oder gebohrt werden, war die Gemeinschaft eine wichtige Voraussetzung. Solche gemeinsamen Einrichtungen oder auch die Schaffung von entsprechenden Statuten und der Einsatz für den Erhalt der entstanden Kleingartenkolonien bedingten die Bildung von Vereinen.



Heinrich Zille (1858-1929) „Wer Jott vertraut | Und Bretter klaut, | Sich eine feine Laube baut!“

2.3. Die Herausbildung der Organisationsformen der Kleingärtner und erster rechtlicher Grundlagen für die Kleingartenbewegung

Um die Jahrhundertwende nahm das Kleingartenwesen in Treptow einen starken Aufschwung.

Die Erfahrungen der Laubenkolonisten im Ringen um ein Stück Land, die Auseinandersetzungen mit den Landbesitzern oder den Generalpächtern, führten bereits zu diesem Zeitpunkt in den Vereinen zu der Erkenntnis, dass ein Zusammenschluss der Vereine notwendig war, um die Forderungen und Belange der Kleingartenbewegung gegenüber dem Magistrat Berlins als eine starke Organisation durchsetzen zu können.

In Treptow war dieses Vorhaben besonders schwierig, weil es als Landgemeinde Teltows nicht zu Berlin gehörte, aber in starkem Maße von Berlin abhängig war und für die Berliner als Grüne Oase eine wichtige Rolle spielte. Der immer größer werdende Bedarf an Kleingartenland und die Passivität des Magistrats führten dazu, dass die Generalpächter bei der Vergabe von Land, Pachtpreise von 30 bis 50 Pfennig/m² und zum Teil darüber forderten.

Andererseits zeigte sich die Notwendigkeit, die Laubenkolonisten mit dem Handwerk des Gärtnerns vertraut zu machen und den Vereinen Leitfäden für ihre Tätigkeit in die Hände zu geben. So schufen sie sich in ihrem Interesse eine eigene Zeitschrift, den „Ackerbürger“, die der Schriftsetzer Franz Schulz im Oktober 1900 erstmalig gegen ein Bezugsgeld von vierteljährlich einer Mark abgab.

Ihre Aufgabe bestand darin, unter den Laubenkolonisten Licht, das für die fachliche Nutzung, Luft, die für die freie Bewegung und Wärme, die für Freundschaft als Symbole stehen sollten, zu verbreiten.^{26/}

Auch der „Ackerbürger“ trug mit dazu bei, das Bestreben, sich nicht nur in Vereinen, sondern die Vereine selbst zusammen zu schließen, zu verstärken.

Bereits zu dieser Zeit diskutierte man über den Zusammenschluss der ersten Vereine zu einer Organisation, um sich vor allem gegen das rücksichtslose Auftreten der Generalpächter erfolgreich wehren zu können. Der Diskussion über die Notwendigkeit einer solchen Organisation folgte im November 1900 im Friedrichshain eine große Versammlung der Berliner Laubenkolonisten. Diese beschloss die Gründung einer Vereinigung sämtlicher Pflanzervereine.

Die Gründung dieser „Vereinigung sämtlicher Pflanzervereine Berlins und Umgebung“ erfolgte, am 9. Februar 1901 durch acht von dreizehn anwesenden Pflanzervereinen. Zum Vorsitzenden wählte die Vereinigung den „Ackerbürger“ Heinrich Lenz. Einer der Unterzeichner war der Pflanzerverein „Ohm Paul“ aus Treptow, der seine Laubenkolonie am Dammweg/Ecke Köpenicker Landstraße, hatte.

Zweck der Organisation war, „die Vereine durch geeignete Vorträge und gute Fachliteratur in den Stand zu setzen ihr Land nützlich und vorteilhaft zu bearbeiten sowie geeignete Ländereien anzuwerben und an die Bundesmitglieder abzugeben. Außerdem sollte allen Mitgliedern Rechtsschutz und ein Sterbegeld in Höhe von zehn Mark gewährt werden“.^{27/}

Trotz dieser für die damalige Zeit ungewöhnlichen Ziele, entschlossen sich nur wenige der inzwischen ca. 50.000 Laubenkolonisten zum Beitritt. Diese abwartende Haltung hatte den Hintergrund, dass die Generalpächter auf Plakaten jedem die Kündigung androhten, der zur Versammlung der Vereinigung geht oder Mitglied dieser wird.^{28/}

1902/1903 gründeten sich in Treptow u.a. die Kleingartenkolonien:

„Waldesgrund“
„Treptows Ruh“.

Nach Änderung der Satzung des Bundes übernahm am 26. Oktober 1902 der Buchdrucker Peter Hansen den Vorsitz.

Zum gleichen Zeitpunkt erfolgte wegen finanzieller Schwierigkeiten die Einstellung der Herausgabe des „Ackerbürger“ und es erschien zum 1. Januar 1903 „Der Laubenkolonist“. Der Monatspreis für zwei Hefte betrug 15 Pfennig. Der neue Redakteur Emil Maetzke erhielt eine monatliche Entschädigung von drei Mark.

Wie bescheiden die Kleingartenbewegung in den Anfangsjahren war, zeigen die Einnahmen des Bundes in Höhe von 216,89 Mark, denen 124,65 Mark an Ausgaben gegenüber standen.

1904 gründete sich als Antwort auf den Zusammenschluss der Pflanzervereine der „Verein der Generalpächter“, womit eine weitere Erhöhung der Aktivitäten der Laubenkolonisten in ihrem Kampf gegen die Generalpächter einher ging.

Am Ende des Jahres 1905 hatte Berlin in seinen alten Grenzen eine Einwohnerzahl von zwei Millionen erreicht. Davon waren aber nur 822.000 gebürtige Berliner, was bedeutete, dass für die Zuwanderer die Wohnverhältnisse immer katastrophalere Folgen hatten und der berechtigte Drang nach einem kleinen Stückchen Grün in Form eines Gartens immer stärker wurde.

Mit der festlichen Eröffnung des Teltowkanals am 2. Juni 1906, entstand nach einer sechsjährigen Bauzeit eine neue Verbindung zwischen Havel und Spree.

Dieser Bau, der erhebliche Konsequenzen für den erwerbsmäßigen Gartenbau und die Landwirtschaft hatte, weil die Flächen am Kanal für die gewerbliche Nutzung unattraktiv waren, ermöglichte nun die Erschließung der Flächen für Kleingartenkolonien.

Durch das Drängen des Bundes verpachtete der Magistrat erstmals ein größeres Terrain in Treptow unter Umgehung des Generalpächtersystems.^{29/}

Im Dezember 1907 übernahm der bisherige Redakteur des „Laubenkolonist“ den Vorsitz der Vereinigung.

Am 1. Februar 1908 nannte der „Laubenkolonist“ für Treptow bereits sieben selbstständige Pflanzervereine und am 2. Januar 1909 weitere fünf Kolonien.

Es gründeten sich u.a.

-1907 die Kleingartenanlagen:

„Grüne Weide“

„Lunapark“

-1908 die Kolonie:

„Forsthausallee“

„Kuckucksheim I“

1909 die Vereine:

-„Mariengrund“.



Vereinsfahne „Kuckucksheim I“

In diese Zeit fallen auch die ersten Kontakte der Vereinigung zu dem am 14. November 1907 in Leipzig gegründeten „Verband der Garten- und Schrebervereine“. Zweck der Gespräche war das Ausloten eines möglichen Zusammenschlusses der Verbände. Die Verhandlungen verliefen aber im Sande.

1910 lebten in Berlin 2,07 Millionen Menschen. Treptow hatte 24.500 Einwohner. In diesem Jahr gründeten sich im Stadtbezirk die Kleingartenvereine:

„Niederschöneeweide“
„Silberlinde“.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen erhielt der Bund die Bezeichnung „**Bund der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend**“.

Trotz vieler Widerstände in den Vereinen gründete sich am 07. Mai 1910 als Selbsthilfemaßnahme die „**Berliner Landpacht Genossenschaft e.G.m.b.H.**“.

Der Anteil für die Mitgliedschaft in Höhe von zehn Mark konnte in Raten zu einer Mark oder durch Kauf von Bausteinen für je 25 Pfennig gezahlt werden. Der Erwerb von Anteilen sollte durch alle Mitglieder erfolgen, um weiteres Pachtland erwerben und dann verpachten zu können.

Die Kaufwilligkeit durch die bereits mit einer Parzelle versorgten Laubenkolonisten hielt sich aber in Grenzen.

1911 erhielt die Landpachtgenossenschaft 181 Morgen Land zur Verpachtung wodurch sie erheblich an Ansehen gewann.

In Treptow entstanden in diesem Jahr u.a. die Kolonien:

„Sternwarte 1911“
„Waldfrieden I“.

Franz Steinweg übernahm am 5. März 1911 den Vorsitz des Bundes, der seinen Namen erneut änderte und nun „**Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend**“ hieß. In Folge des immer stärker werdenden Widerstandes der Generalpächter nahm die Zeitschrift „Der Laubenkolonist“ zu den Machenschaften der Generalpächter Stellung und hob die soziale Bedeutung des Kleingartenbaus hervor.

Allein in Treptow hatte ein Generalpächter zwölf Kolonien, aus denen er jährlich 2.400 Mark Gewinn erzielte, weil er von jedem einzelnen Pächter 4,50 Mark mehr forderte, als er selbst bezahlte. Aus diesem Grunde fanden im Juli mehrere Protestversammlungen gegen die Repressalien der Generalverpächter statt.^{30/}

Der städtischen Obrigkeit waren die überall entstehenden Laubenparzellen nicht sehr genehm. Die Gendarmen waren angewiesen, ein besonderes Auge auf diese zu werfen.

Eine weitere finanzielle Belastung für die Laubenkolonisten in Treptow war, dass für jede Feuerungsanlage in der Laube zwei Mark Anmeldegebühren bei der Gemeindeverwaltung bezahlt und für die Feuerstättensteuer 6,00 Mark, später 2,00 Mark, entrichtet werden musste.

In seiner Öffentlichkeitsarbeit hob der Verband die soziale Bedeutung der Kleingärten für die Bevölkerung, insbesondere für die Kinder, hervor und forderte vom Zweckverband Groß-Berlin Parks und Spielplätze, Wald- und Wiesengürtel in Verbindung mit Laubenkolonien. Die Reaktion darauf waren verschärfte Polizeiaktionen gegen die Kolonien. Übernachtende Kleingärtner holte man aus den Betten, strafte sie ab und man erließ baupolizeiliche Vorschriften, was eine Übernachtung kaum möglich machte.

Ergebnis des so erzeugten zunehmenden Organisationswillens der Laubenkolonisten war, dass sich der Verband zusehends vergrößerte. Aus anfangs 12 Vereinen waren inzwischen 33 Vereine geworden. Hinzu kam eine Vielzahl von Einzelmitgliedern.

Am 19. Juli 1911 verabschiedete das preußische Abgeordnetenhaus das Gesetz über den Zweckverband Groß-Berlin.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes schlossen sich Berlin und die umliegenden Städte Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim mit insgesamt 347 Einzelgemeinden zusammen.

Die Lösung gemeinsamer Probleme und Anliegen scheiterten aber an so wichtigen Fragen, wie Wohnungsbau, Wirtschaft, Wasser- und Stromversorgung.

Ab 27. Januar 1912 durfte sich, auf Erlass von Kaiser Wilhelm II., die Gemeinde Rixdorf von nun an Neukölln nennen.

In Treptow gründete sich, u.a. die Kleingartenanlage:

„Am Mississippi“.

Die Kleingärtner entwickelten ein reges Interesse nach Informationen zum Gartenbau aber auch besonders zu Themen, die die Rolle der Laubenkolonien in ihrem Umfeld tangierten. So führte die „Gemütlichkeit III“ an jedem ersten Donnerstag im Monat „... zur Verbesserung des Wissens Diskutierabende...“^{31/} durch.

Diese Veranstaltungen blieben, wenn auch in veränderter Form und unter wechselnden historischen Bedingungen, Begleiter des Kleingartenwesens.

Ausgeprägt war schon damals der in der Folgezeit immer stärker zu einem wesentlichen Merkmal der Kleingartenbewegung werdende Solidargedanke der Laubenkolonisten.

Waren es in der Anfangszeit die Landbeschaffung und Parzellierung, der Ausbau der Kolonien, die Organisation der Beschaffung der Baumaterialien für die Lauben, so waren es später die gegenseitigen Hilfen in den Vereinen. So z.B. bei der Beseitigung von Brandfolgen, indem beispielsweise jedes Mitglied einen Quadratmeter Bauholz oder den finanziellen Gegenwert zur Verfügung stellen musste.

Eine besondere Herausforderung stellte das Problem der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der davon betroffenen Kolonisten dar. So erließ oder stundete man Betroffenen den Vereinsbeitrag und in anderen Vereinen unterstützte man Arbeitslose mit wöchentlichen Zahlungen in Höhe bis zu einer Mark aus der Koloniekasse. Bei Feierlichkeiten erließen die Vereine arbeitslosen Mitgliedern das Eintrittsgeld und gaben „Zehrgeld“ aus.

Das dafür notwendige Geld sammelten die Vorstände der Vereine von allen Mitgliedern per Sammelbüchse bei jeder der recht häufigen Versammlungen. Diese Solidarität sollte im Ersten Weltkrieg ihre besondere Bewährungsprobe bestehen. So erhielten die zum Krieg eingezogenen Kolonisten zu Weihnachten vom Verein ein kleines Überraschungspäckchen.

Charakteristisch für jene Zeit war, dass die Kleingärtner bei den Behörden zwar nicht unbedingt erwünscht, aber wenigstens geduldet waren. Ob dafür der bevorstehende Krieg verantwortlich war, ist wohl schwer zu belegen. Aber bereits 1906 und 1912 hatte der Generalsekretär des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform“ den Gedanken der Absicherung der „Volksernährung im Kriegsfall“ formuliert.

Er verwies darauf, dass „... in Kriegszeiten, wo unter Umständen durch Störungen unseres Seehandels, lang andauernde Arbeitslosigkeit und große Teuerungen entstehen kann, die Kleingartenkolonien für die Beschäftigung und Ernährung der großstädtischen Volksmassen von gar nicht unerheblicher Wichtigkeit werden können“.^{32/}

1913 gründete sich die Kleingartenanlage: „Naturfreunde“.

Im August 1914, als die Mobilmachung für das Deutsche Reich angeordnet wird, ahnte niemand, was für Ausmaße der Erste Weltkrieg annehmen und welche Auswirkungen er auf das Kleingartenwesen haben sollte.

Da viele Männer Kriegsdienst leisteten, oblag den Frauen, neben der Beschäftigung in den Fabriken, die gesamte Arbeit in ihren Kleingärten. Zwar erhielten in einigen Vereinen Frauen, deren Männer als Soldaten eingezogen waren, neun Mark als monatliche Unterstützung, aber da die Frauen in den Fabriken für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhielten, nahm die Not in den Familien immer mehr zu.

Auch hier zeigte sich die Solidarität in den Kleingartenkolonien. Frauen von einberufenen Mitgliedern erhielten aus der Vereinskasse drei Mark monatlich.

Diese finanzielle Belastung und die damit einher gehenden knapperen Vereinskassen führten dazu, dass nach einiger Zeit die finanzielle Unterstützung eingestellt werden musste.

In dieser Zeit erhielt die Kleingartenbewegung einen neuen Stellenwert. Insbesondere die immer mehr um sich greifende Lebensmittelknappheit machte nunmehr den kleinen Garten in den Städten interessant. Denn durch ihn war vielen Bürgern die Möglichkeit gegeben, zu einer, wenn auch bescheidenen, Selbstversorgung mit Gartenprodukten zu kommen.

Auch bei den Behörden wuchs die Einsicht, dass der ernährungswirtschaftlichen Seite des Kleingartens mehr Beachtung gewidmet werden muss. Um dieses Ziel zu erreichen, erließ man während des Krieges eine ganze Reihe von Notverordnungen, die u.a. die Eindämmung der Pachtpreise und die Bereitstellung von städtischem Gelände zur Gartenbestellung vorsahen.

Diesen Verordnungen folgten im Laufe des Krieges auch eine Reihe von Kündigungsschutzbestimmungen.

Im Januar 1915 gründete sich der **„Kriegsausschuss der Groß-Berliner Laubenkolonien“**, der die vom Schutzverband des Deutschen Grundbesitzes zur Verfügung gestellten Ländereien an Antragsteller auf einen Kleingarten vergab. Dadurch erfuhr der Verband der Berliner Laubenkolonisten, dem nun 159 Vereine mit 13.000 Mitgliedern angehörten^{33/}, eine weitere Festigung. Im gleichen Jahr übergab „...eine Gesellschaft das Brachland hinter der Britzer Allee für 300,00 Mark an den Verband“.^{34/}

Entsprechend des Ermächtigungsgesetzes von August 1914 trat am 14. August 1916 die Verfügung in Kraft, dass „Grundstücke zum Zwecke gärtnerischer Nutzung ... nicht zu höheren als von der unteren Ver-

waltungsbehörde festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen“.^{35/}

1916 übernahm Franz Kriener den Vorsitz von dem im Juni zum Kriegsdienst einberufenen Franz Steinweg.

Es gründeten sich die Kolonien:

„Drosselgarten“

„Freiheit“.

In Folge eines Racheaktes brannte die Vereinslaube der Kolonie „Gemütlichkeit I“ ab. Trotz finanzieller Notlage spendeten einige Vereine Geld für den Wiederaufbau.

Im sehr strengen Winter 1916/17, dem so genannten „Kohlrüben-Winter“, konnte die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gesichert werden, und es herrschte in vielen Haushalten eine Hungersnot, die zahlreiche Opfer forderte.

Wenn der Wandel hin zum „Nutzgarten“ als Quelle der Selbstversorgung nicht schon vor dem Kriege vollzogen war, so geschah es jetzt sogar mit behördlicher Genehmigung.

Auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes durfte wegen der immer schwieriger werdenden Ernährungslage ab 12. Oktober 1917 das an Pächter überlassene Brachland nicht gekündigt werden.^{36/}

Hinzu kam, dass sich die Wohnungssituation im Laufe des Krieges verschärfte, was bereits im letzten Kriegsjahr die Errichtung von Unterkünften in Kleingärten erleichterte.^{37/} Alle diese Gründe führten zu einer erheblichen Nachfrage nach Gartenland.

Zu Beginn des Jahres 1918 registrierte der Verband 15.000 Mitglieder.

In Treptow gründete sich der Verein:

„Vogelsang II“.

Franz Steinweg übernahm nach Rückkehr aus dem Krieg, wieder den Vorsitz des Verbandes.

3. Die Entstehung des Kleingartenrechts und der Organisationen des Kleingartenwesens in den Jahren 1919 bis 1945

3.1. Die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31.07.1919 (KGO)

Der Erste Weltkrieg führte zur dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen eines Großteils der deutschen Bevölkerung. Es mangelte an Ernährung, Gesundheit, Bekleidung, und Unterkunft. So überschatteten noch Jahre nach dem Kriegsende Verzweiflung, Hunger und Krankheit den Alltag jener, die mit dem Leben davongekommen waren.

Eine besondere Belastung für die Familien war die Wohnungsnot. Hinzu kam, dass durch den in Versailles diktierten Frieden nun auch viele Familien aus den von Deutschland abgetretenen und aus den durch die Siegermächte besetzten Gebieten zu den Wohnungssuchenden gehörten.

Die Rolle des Kleingartenwesens im Krieg und die Nachkriegsverhältnisse, insbesondere die akute Wohnungssituation, welche sich über Jahrzehnte nicht wesentlich verbessern sollte, lenkte die Aufmerksamkeit der Behörden erneut auf die Laubenkolonien. So duldeten sie das Wohnen in den Lauben, das vorher strikt verboten und oftmals mit Polizeigewalt unterbunden wurde.

Positiv für die weitere Entwicklung der Kleingartenbewegung wirkten die im Ersten Weltkrieg in Kraft gesetzten Notverordnungen nach.

Inzwischen war die Mitgliederzahl des Verbandes der Laubenkolonisten auf 17.000 angewachsen, so dass der Vorsitzende am 14. Februar 1919 eine Festanstellung erhielt.

Die Fördermaßnahmen aus der Zeit des Krieges, aber auch die Forderungen der Kleingärtner, fanden ihren Niederschlag in der „Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung, kurz Kleingartenordnung (KGO)^{438/} genannt.

Das am 31. Juli 1919 von der Nationalversammlung beschlossene erste Kleingartengesetz löste damit die alten Verordnungen aus den Jahren 1916 und 1917 ab und beseitigte das „parasitäre und demoralisierende Generalpächtertum“.

Mit diesem Gesetz erfolgte der erste entscheidende Schritt zur Sicherung und zum Erhalt von Kleingartenland. Es regelte die Festsetzung von angemessenen Pachtpreisen für Kleingartenland, beschränkte das Recht der Aufkündigung des Pachtvertrages durch den Bodeneigentümer, forderte für die Austragung von Pachtstreitigkeiten Schiedsverfahren und erlaubte in Fällen dringender Bedürfnisse die Vornahme von Zwangspachtungen zugunsten von Kleingartenbedürftigen.^{39/}

Das Gesetz stellte für die Erschließung und Bereitstellung von Kleingartenland eines der wichtigsten Fördermomente der Kleingartenbewegung dar.



Auszug aus der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919

Wegen der großen Bedeutung, die die Kleingartenordnung für das Kleingartenwesen hatte, behielt dieses erste Gesetz der Kleingartenbewegung in der DDR bis 1956^{40/} und in der BRD sogar bis 1983^{41/} Gültigkeit.

Dieses Gesetz hatte auch für Treptow große Bedeutung. Wie überall in Deutschland nahm auch hier die Kleingartenbewegung einen starken Aufschwung. So gründeten sich noch 1919 die Kleingartenvereine:

- „Am Heidekampgraben“
- „Fortuna“
- „Hermannsruh“
- „Kreuztal“
- „Rinkartgrund“
- „Sorgenfrei“.

In Umsetzung dieses Gesetzes bildete sich beim Bezirksamt Treptow, im Bau- und Wohnungsamt, ein Kleingartenamt. Neben der verwaltungstechnischen Betreuung des Kleingartenwesens im Bezirk hatte es auch die Aufgaben des Kleingartenschiedsgerichtes wahrzunehmen und ab 1924 alle vier Jahre im herausgegebenen Tätigkeitsbericht des Bezirksamtes über die Entwicklung des Treptower Kleingartenwesens zu berichten.

Weitere Veränderungen waren die Erhöhung des Beitrages je Mitglied von fünf auf zehn Pfennig und die Einführung von Verbandsausweiskarten, die die Mitgliedsbücher ablösten.

Die Kleingartenbewirtschaftung, die nur als Freizeitbeschäftigung gedacht war, löste besonders in Berlin als brennendes Problem die Frage der Landbeschaffung aus.

Das notwendige Kleingartenland war zum Großteil nur am Stadtrand und in den angrenzenden Gemeinden zu beschaffen, was wiederum der Forderung der Kleingärtner nach Gärten in so genannter Kinderwagen-nähe entgegenstand.

Im Gleichklang zu dem Bemühen um die Beschaffung von Kleingartenland entwickelten sich auch die Organisationen der Kleingärtner.

Neben dem „Verband der Laubenkolonisten von Berlin und Umgebung“, der seine Tätigkeit territorial begrenzt ausübte, hatte sich vor allem der „Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärtner“ als Spitzenverband entwickelt.

Am 20. Oktober 1919 beschloss der Vorstand der Berliner Laubenkolonisten, nicht ganz uneigennützig, den Verband in „Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands“ umzubenennen.

Damit einher ging das Bestreben, den Einfluss des Verbandes über Berlin hinaus auf das gesamte deutsche Reich anzustreben.

Obwohl sich Groß-Berlin erst ein Jahr später bildete, diskutierten die Laubenkolonisten Treptows bereits im November 1919 in den Vereinen über die zu erwartenden Folgen für den Verband. In der Diskussion war u. a. die Untergliederung des Verbandes in zehn Großberliner Bezirksverbände.

3.2. Die Gründung von Bezirksverbänden als Konsequenz aus der Bildung Groß-Berlins

Eine wesentliche Veränderung für Treptow und die anderen 8 Städte, 59 Gemeinden und 27 Gutsbezirke um Berlin brachte 1920 die Gründung von Groß-Berlin durch das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“.

Die Großstadt Berlin hatte ab 1. Oktober eine Fläche von 878 Quadratkilometer mit 3.858.000 Einwohnern und war in 20 Bezirke gegliedert.

Die bevorstehende Bildung Groß-Berlins veranlasste den „Verband der Laubenkolonisten“ sich bereits am 14. Juni 1920 durch Änderung der Satzung in „**Gauverband Groß-Berlin im Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands**“ umzubenennen.

Gleichzeitig erfolgte wegen der Größe der Organisation, die nun 696 Vereine und rund 39.000 Mitglieder umfasste, die notwendige Bildung von sechzehn selbständigen Bezirksverbänden im Gauverband Groß-Berlin.

Für Treptow gab es dabei Besonderheiten, die bis Ende 1946 Bestand haben sollten. Als einziger Bezirk hatte Treptow zwei Bezirksverbände. Den **Bezirksverband „Neukölln-Treptow“** mit Sitz in der Böhmisches Straße 48 in Neukölln und den **Bezirksverband „Treptow-Süd-Ost“** mit seinem Sitz in der Wilhelminenhofstraße 1 in Oberschöneweide.^{42/}

Ursache dieser Besonderheit war die immer wieder aufgetretene Einflussnahme des Magistrats von Neukölln auf die Angelegenheiten des sehr dörflichen Treptow und seiner späteren Ortsteile.

Der Einflussbereich des Bezirksverbandes „Neukölln-Treptow“ reichte in Treptow von der Lohmühlenstraße bis zur Eichbuschallee und bis hinein nach Johannisthal.

Die übrigen Ortsteile Treptows, verwaltete der Bezirksverband „Treptow-Süd-Ost“. Über den Bezirksverband „Treptow-Süd-Ost“ liegen kaum Unterlagen vor, so dass eine exakte Abgrenzung der Einflussbereiche nicht mehr nachvollziehbar ist.

Aus Veröffentlichungen von Vereinslisten geht hervor, dass der Anteil der Treptower Kleingartenanlagen im Bezirksverband „Treptow-Süd-Ost“ bei ca. 30 % lag, während 70% der Treptower Kleingärten der Bezirksverband „Neukölln-Treptow“ verwaltete.

Mit der Bildung der Einheitsgemeinde „Groß-Berlin“ vertieften sich die sozialen Gegensätze, in deren Folge sich immer mehr Menschen nach Licht, Luft und Natur sehnten.

Unter diesen Bedingungen gründeten sich 1920 in Treptow die Kleingartenvereine:

- „Am Korkgraben“
- „Birkenwäldchen“
- „Harmonie“
- „Holunderbusch“
- „Lindenhof II“
- „Sedanstraße“
- „Teltowkanal III“
- „Späthswalde“
- „Westend“.

Trotz eines, dem Kleingartenwesen eine Perspektive gebenden Gesetzes, gab es massive Angriffe auf das Kleingartenland, gegen die sich die Kleingärtner zur Wehr setzen mussten.

So versammelten sich am 24. August 1920 rund 80.000 Kleingärtner aus allen Berliner Bezirksverbänden auf dem Neuen Markt in Neukölln, um gegen die Kündigung von 2.000 Kleingärtnern in Neukölln zu protestieren. Diese machtvolle Demonstration wäre ohne die inzwischen erstarkte Organisation und eines den Kleingärtnern relative Rechtssicherheit bietendes Kleingartengesetzes unvorstellbar gewesen.

Im Jahr 1921 folgten die Gründungen der Vereine:

- „Blumenhain“
- „Goldweide“
- „Kummersee“
- „Lange Gurke“.

Gestärkt durch die Kleingartenordnung, den Zustrom immer neuer Mitglieder und die Erkenntnis, dass die Bewegung der Kleingärtner einen starken Zentralverband zur Durchsetzung der Kleingärtnerinteressen benötigt, fand in Berlin-Neukölln am 08. Mai 1921 der **1. Kleingärtnertag** statt.



1. Kleingärtnertag in Berlin-Neukölln, Pfingsten 1921

Die Vereinigung des Zentralverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands mit seinen 60.000 Mitgliedern mit dem Zentralverband der Arbeiter- und Schrebergärten mit 130.000 Mitgliedern sowie kleinerer Vereinigungen mit insgesamt 40.000 Mitgliedern^{43/} verhinderten aber große Meinungsverschiedenheiten. Dies blieb dem **2. Kleingärtnertag** vorbehalten, der am 14. August 1921 in Bremen stattfand.

Auf dieser historischen Tagung schlossen sich die Kleingärtnervereinigungen zum

„**Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands**“ zusammen.

Damit entstand eine starke Organisation auf nationaler Ebene.

Seinen Sitz hatte der Verband, zu dessen Vorsitzenden der Kleingärtnertag Alwin Bielefeld wählte, in Berlin.



Tagungsstätte des 2. Kleingärtnertages, 14. August 1921

Die Gründung des Reichsverbandes zog die erneute Veränderung des Namens der Berliner Kleingartenorganisation in „**Gauverband Groß-Berlin im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands**“^{44/} nach sich, was zwangsläufig auch die Änderung der Namen der Bezirksverbände in Berlin bedeutete.

Die neue Verbandszeitung erschien ab sofort unter dem Namen „**Neue Zeitschrift für Kleingartenwesen**“.



Die Fahne des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands“ e.V.

3.3. Das Kleingartenwesen in Treptow nach der Gründung des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands

Das nach der Gründung des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands folgende Jahr diente in der Hauptsache seinem inneren Aufbau. Seine Gründung und die Herausbildung seiner notwendigen Strukturen sowie der Entfaltung seiner Aktivitäten zur Umsetzung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung führten in den zwanziger Jahren zu einem gewaltigen Aufschwung im Kleingartenwesen.

Diese Jahre waren auch für die Treptower Kleingartenbewegung eine bedeutsame Zeit. Die Kleingartenfläche im Bezirk betrug 1920 380 ha, die 8.800 Kleingärtner nutzten.^{45/} Den in Treptow in den letzten beiden Jahren entstandenen zahlreichen neuen Kleingartenanlagen folgte **1922** die Gründung der Vereine:

„Lindentäl“
„Frohsinn“
„Kuckucksheim II“.

Neben dieser erfreulichen Entwicklung sahen sich die Kleingärtner aber auch mit zahlreichen Kündigungen ganzer Kleingartenanlagen konfrontiert, was wiederum auch Auswirkungen auf die finanzielle Belastung der Kleingärtner hatte. Im September 1922 sollten die Vereine 5,00 M pro Mitglied an den Bezirksverband abführen, „...um die Prozesskosten für die vielen Räumungsklagen aufbringen ...“^{46/} zu können.

Am 20. Mai **1923** führte der Reichsverband in Erfurt seinen **3. Kleingärtnerstag** durch, auf dem sich der Verband erstmals eine neue Satzung gab und zum neuen Ersten Vorsitzenden Heinrich Förster wählte. Die Bedeutung dieser Tagung der Kleingärtner liegt besonders darin, dass von nun ab der Reichsverband allein als gemeinnützige Spitzenorganisation auf dem Gebiet des Kleingartenwesens anerkannt war, und wer ihm als Untergliederung angehörte, bekam ohne Antrag ebenfalls die gemeinnützige Anerkennung.

Preußen ging sogar noch einen Schritt weiter. In einer Verwaltungsordnung ^{47/} war

festgelegt, dass grundsätzlich kein Verein die Gemeinnützigkeit erhält, der nicht dem Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands angehört.

Das Jahr 1923 war durch die Inflation, die alle Lebensbereiche erfasste, gekennzeichnet. Der Wert des Geldes sank täglich. Für ein Kilo Roggenbrot, das im Oktober 1922 noch 23,19 Mark gekostet hatte, musste im Juli 1923 bereits 2.000,- M, im September 3,6 Millionen Mark und im Oktober 480 Millionen Mark bezahlt werden. Bevor am 15. November 1923 mit der Einführung der Rentenmark (RM) die Inflation beendet war, betrug der Gegenwert für einen Dollar 4,2 Billionen Mark.

Trotz dieser insgesamt schlechten Lebensbedingungen, oder gerade deswegen, war der Wunsch nach einem Kleingarten ungebrochen. In Treptow gründeten sich 1923/1924 die Vereine:

„Bodenreform“
„Gemütliches Heim“
„Rathaus Treptow“
„Teltowkanal I“.

Der Berliner Gauverband hatte inzwischen 43.000 registrierte Mitglieder. Als Anleitung und Information für die beträchtliche Anzahl von Kleingartenfunktionären erschien ab 25. November 1923 das Mitteilungsblatt „**Kleingartenwacht**“.

Da offensichtlich immer wieder die Lauben ungenehmigte bauliche Veränderungen erfuhren, gab es Ärger mit der Baupolizei von Treptow. Um im Interesse der Sicherung der Kolonien die Einsicht bei den Kleingärtnern zu wecken, dass der Bau und die Veränderung der Lauben ohne baupolizeiliche Genehmigung verboten ist, nahmen diese Probleme in den Mitgliederversammlungen der Vereine einen zentralen Platz ein.

Am 16. März **1924** erfolgte der Übergang des alten Gauverbandes mit all seinen Aufgaben in den neuen „**Provinzialverband Groß-Berlin im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands**“.

Damit verbunden war die Einbeziehung der noch abseits stehenden Vereine und Organisationen der unterschiedlichsten Herkunft. Eine Ausnahme bildeten noch immer die Rot-Kreuz-Vereine.

Für die Bezirksverbände änderte sich hierdurch nichts grundlegendes. Am 10. April 1924 erfolgte die Registrierung des „Bezirksverbandes Neukölln-Treptow“ als Teil des Provinzialverbandes Groß-Berlin des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands beim Amtsgericht Neukölln.

1924 war für die Treptower Kleingärtner ein kämpferisches Jahr. An der Parkstrasse, der Neuen Krugallee und der Baumschulenstrasse sollten die Kleingartenanlagen für den Wohnungsbau geräumt werden. Es kam zu einer der größten und bekanntesten Protestversammlung die in „Richters Parkschloß“ in der Parkstraße stattfand. Die rund 2.000 Teilnehmer verabschiedeten eine Protestresolution, die sich nicht nur „... gegen die brutale und unsoziale Zerstörung von Erholungsstätten für die werktätige Bevölkerung, sondern auch gegen die Zerstörung von Wohnstätten, die mit behördlicher Genehmigung und Unterstützung errichtet wurden ...“⁴⁸ richtete.



Titelblatt der Sondernummer „Kleingartenwacht“ zum 4. Reichskleingärtnerstag

Der 4. Kleingärtnerstag fand vom 30. Mai bis 1. Juni 1925 in München statt. Die Dauer von drei Tagen zeigt, welche Bedeutung die Kleingartentage für die Entwicklung der Kleingartenbewegung mittlerweile erreicht hatten. Insbesondere war es geboten, den Vorständen der Vereine Arbeitsmaterialien für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, um ein einheitliches Vorgehen im Reichsverband gewährleisten zu können. Dem Rechnung tragend gab der Reichsverband Werbeschriften heraus, wie

- „Schafft Kleingärten“,
- „Jugendpflege, eine wichtige Aufgabe der Kleingartenbewegung“,
- „Kleingartenrecht - Seine Anwendung und Fortbildung“,
- „Kleingartenämter und Kleingärtnerräte“,
- „Zur Lage des deutschen Kleingartenbaus“,
- „Drei Vorträge über Kleingartenwesen“,
- „Kleingartenbauausstellungen“.

Werbeschrift Nr. 1

des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands

Schafft Kleingärten!

Ein Mahnruf
an die verantwortlichen Führer
in Staat und Gemeinde

Von H. Förster und M. Krüger



Preis: 20 Pfennig

Verlag:

Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands
Geschäftsstelle: Frankfurt a. M., Winger Straße 22

Titelblatt von Heft 1 der Schriften des Reichsverbandes

Zu einer großen Demonstration der Kleingärtner zum Richardplatz kam es am 6. September 1925. An dieser Demonstration beteiligten sich auch die Mehrzahl der Treptower Vereine.

Hauptforderungspunkte waren die Schaffung von Dauerkleingartenanlagen und der Kampf gegen die Aufhebung der erst 1919 beschlossenen Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Da in den Anfangsjahren des Bestehens von Kleingartenkolonien die Mitgliedschaft im Verband nicht zwingend vorgeschrieben war und auch die Vereine dem Verband öfter bei- und wieder austraten, richtete der Bezirksverband Neukölln-Treptow am 13. Oktober 1925 an alle bis dahin nicht organisierten Vereine die schriftliche Aufforderung, dass sie ab sofort zum Bezirksverband gehören. Damit verbunden war die Forderung nach einer formellen Beitrittserklärung.^{49/}

Es gründete sich der Verein:
„Heimatscholle“.

In den Pachtverträgen von 1925 war festgelegt, dass vor der Errichtung von Baulichkeiten der Vorstand in Kenntnis zu setzen sei. Dieser hatte über die Einholung einer baupolizeilichen Genehmigung zu entscheiden. Bei einer Kündigung der Parzelle bestand Anspruch auf eine Entschädigung nur, wenn diese der Landeigentümer freiwillig zahlte oder das Gericht eine Entschädigung festlegte. In diese Zeit fallen auch die Bildung von Abschätzkommissionen in den Vereinen.

1926 sollten in Treptow die von 100 Kleingärtnern dauernd besiedelten Kolonien „Immestäl“, „Immeshain“ und „Reherberge“ beräumt werden. Dagegen versammelten sich am 10. August 1926 etwa 1.000 Kleingärtner und erhoben schärfsten Protest gegen die Verdrängung der in den Kolonien wohnenden, zur Zeit wohnungslosen zahlreichen Kleingärtner.

Es gründeten sich in Treptow die Vereine:
„Am Hederichweg“
„Helmuthstal“
„Sonnenthal“
„Spreetal“.

Auf dem **5. Kleingärtnertag** in Frankfurt/Main am 30. und 31. Juli 1927 beschloss der „Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands“ eine Gartenord-

nung, nach der u.a. jede Kolonie eine Vertretung oder einen Vorstand zu bestimmen hatte.



Titelblatt der Festaussgabe der Zeitschrift „Kleingartenwacht“ zum 5. Kleingärtnertag

„Der Kleingärtner“ veröffentlichte 1927 die projektierten Dauerkleingartenflächen Berlins, wonach in Treptow:

- 40,0 ha beiderseits der Görlitzer Bahn in Treptow und Baumschulenweg,
- 25,6 ha zwischen Köpenicker Landstraße und der Neuen Krugallee,
- 1,3 ha am Dammweg, Ecke Neue Krugallee,
- 0,5 ha Hintergelände der Baumschulenstraße,
- 3,8 ha Gelände an der Westseite des Dauerwaldes Königsheide,
- 1,9 ha Gelände an der Hoffmannstraße,
- 14,8 ha Gelände östlich der Königsheide^{50/} vorgesehen waren.

Am 15. Dezember 1927 stellte der Magistrat insgesamt 1.991 ha unbebautes Land für 10 Jahre zur Nutzung als Kleingartenland zur Verfügung.

Neu gründete sich die Kolonie:
„Treidelweg“.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Kleingartenbewegung, der Reichsverband hatte 1928 insgesamt 33 Provinz- bzw. Regierungs- und Landesverbände, die sich aus 3.559 Vereinen zusammensetzten, fand in

Breslau am 28. und 29. Juli 1928 der **6. Kleingärtnertag** statt.

Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes betrug 414.915, davon 392.058 Mitglieder mit und 22.857 Mitglieder ohne Garten.



Der Verwaltungsbericht des Bezirksamtes Treptow wies für 1928 insgesamt 8.500 Parzellen auf 383 ha aus. Der Anteil der landeseigenen Fläche betrug 210 ha, 116 ha waren im Besitz von privaten Eigentümern. Wegen der zunehmenden Bebauung mussten in den zwanziger Jahren viele Parzellen geräumt werden. Durch neue Kolonien und Teilung von großen Parzellen konnte aber ein Ausgleich geschaffen werden.^{51/} Es gründeten sich die Kleingartenvereine:

- „Am Adlergestell“
- „Am Falkenberg“
- „Fortschritt“.

In Essen fand am 8. September 1929 der **7. Kleingärtnertag** statt. Er beschloss u.a., die Herausgabe von Werbeschriften durch den Reichsverband weiter zu führen und zu intensivieren. Für die Arbeit der Chronisten ist dabei das Heft 21 „Geschichte des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands“ von besonderer Bedeutung.

Im Gefolge der durch den schwarzen Freitag am 29. Oktober 1929 an der New Yorker Börse ausgelösten Weltwirtschaftskrise stieg in Berlin von Dezember 1929 bis Oktober 1930 die Zahl der Arbeitslosen von 271.330 auf annähernd 450.000. Diese Krise hatte auch Auswirkungen auf die Treptower Kleingärtner, da nahezu alle durch Lohnkürzungen, Streichung von Sozialleistungen und vor allem durch Massenentlassungen direkt betroffen waren.

Die Wohnverhältnisse für die Bevölkerung waren katastrophal. Eine Erhebung des Provinzialverbandes Berlin über die Wohnungsgröße der Kleingärtner ermittelte, dass 1929 Treptow 5,0 % der Bevölkerung in der Laube, 49,5 % in einer 1-1½ Raum-Wohnung und 38,0 % in einer 2-2½ Raum-Wohnung lebten.^{52/}

Nachdem der Provinzialverband immer wieder die Forderung nach Dauerkleingärten erhob, gab der Magistrat eine grundsätzliche Stellungnahme zu Dauerkleingärten ab, in der es u.a. hieß: „In der Lehre des modernen Städtebaues spielt der Kleingarten für die ... Großstädter als Ergänzung der Parks und Freiflächen eine große Rolle. Es wird allgemein anerkannt, dass Kleingärten für die Erholung der ... Großstädter dauernd erhalten bleiben müssen“.^{53/} Am 19. September 1929 beschloss der Magistrat, 1.359,6 ha Land für Dauerkolonien auf 10 Jahre bereitzustellen. Auch wenn die Bezeichnung „Dauer“ nicht in Übereinstimmung mit „10 Jahre“ stand, war es aber für die Kleingartenentwicklung Berlins ein Fortschritt.^{54/}

1929 gründeten sich die Vereine:
„Felsenfest“
„Lerchenhöhe“.

1929 verfügte Berlin über 5.700 ha Kleingartenfläche, wovon organisierte Kleingärtner 2.982 ha nutzten. Der Bezirksverband „Neukölln-Treptow“ verwaltete 290 ha bei 9.000 registrierten Mitgliedern und der Bezirksverband „Treptow-Süd-Ost“ 159 ha bei insgesamt 3.366 registrierten Mitgliedern.^{55/}

3.4. Die Kleingartenbewegung Treptows in der Zeit der Weltwirtschaftskrise

Für die Vereine des „Königsheideblocks“ wäre das Jahr 1930 beinahe das Ende des Kleingärtnerns geworden.

Die Gärtnerei Späth parzellierte das gesamte Gelände, um es als Siedlungsgrundstücke zu vermarkten. Angedacht war zudem eine Bahnverbindung zwischen Schöneweide und Rudow mit einem Güterbahnhof auf dem Gelände der Kleingartenanlage „Neu-Seeland“.^{56/}

Die Umsetzung dieses Planes erfolgte aber nur westlich der Johannisthaler Chaussee und der Bau der Bahnlinie erfolgte nicht. Damit konnte das Überleben der meisten Kolonien zwischen Königsheideweg und Teltowkanal gesichert werden.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Provinzialverbandes für das Jahr 1930 betrug das Durchschnittsalter der 66.750 Mitglieder 49,6 Jahre und die durchschnittliche Mitgliedschaft im Verein 9,8 Jahre.

Auch wenn diese Statistik nur ca. die Hälfte der Kleingärtner erfasste, kann man daraus ableiten, dass viele Vereine schon 10 Jahre und länger bestanden.

Im gleichen Jahr mussten im Zuständigkeitsbereich der Bezirksverbände „Neukölln-Treptow“ 9,2 ha und „Treptow Süd-Ost“ 8,3 ha geräumt werden. Die Gesamtfläche der in Berlin zu räumenden Gärten betrug 63,2 ha. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Parzellengröße von 300 m², waren das in Treptow immerhin rund 585 Parzellen.

Dennoch stiegen, auf Grund von Neuverpachtungen und Parzellenteilungen, die Mitgliederzahlen.

Im Bezirksverband „Neukölln-Treptow“ konnten 264.650 m² und im Bezirksverband „Treptow Süd-Ost“ 10.923m² Kleingartenland an neue Parzellanten verpachtet werden.

Der Bezirksverband „Treptow Süd-Ost“ führte 1930 eine Blumenschau durch.

Außerdem fand im Stadtbezirk Treptow eine Kleintierausstellung statt.

Bereits im April 1930 informierte der Bezirksvorstand „Neukölln-Treptow“ seine Mitglieder darüber, dass die Vereine zu Gruppen zusammengefasst werden sollen. Kleinere Vereine sollten sich zusammen- bzw. größeren Vereinen anschließen.

Weil offensichtlich die Räume in der Böhmischen Straße nicht allen Anforderungen genügten, fanden die Sitzungen des Bezirksvorstandes ab Dezember 1930 im Gewerkschaftshaus am Engeldamm statt.

Den Vereinen fiel es immer schwerer größere Feste zu organisieren und durchzuführen. Einerseits verbot das Gaststättengesetz, alkoholische Getränke unter freiem Himmel auszuschenken, um „Schlägereien zu vermeiden“. Andererseits fielen bei Gartenfesten alle möglichen Steuern, wie Vergnügungssteuer, Tombolasteuer etc. an.

Hinzu kam die Ungleichbehandlung der Kleingartenvereine durch die Steuerämter, die z.B. die Jugendfeiern der Vereine vom Roten Kreuz nicht mit Steuern belegten.

Auch, dass die Brauereien den Kleingartenanlagen für ihre Feste keine Gartenmöbel mehr leihweise zur Verfügung stellten, sondern der Wirtschaftsgesellschaft des Provinzialverbandes zum Kauf anboten, belastete die Vereine finanziell zusätzlich.

Der Provinzialverband gewährte dem Verein „Am Adlergestell“ ein Darlehen von 1.250,- RM. Offensichtlich sollte so dem zwei Jahre zuvor gegründeten Verein bei der weiteren Erschließung der Kleingartenanlage finanziell geholfen werden.

Der Bezirksverband „Treptow Süd-Ost“ kam in die Kritik, weil er es versäumt hatte die Übersicht über die zahlungsrückständigen Vereine zu melden.^{57/}

Im Stadtbezirk Treptow gründeten sich 1930 die Vereine
„Antons Ruh“
„Einigkeit II“.

Auf dem Späth-Gelände in Britz siedelte sich die neu entstandene Landpacht- und Erwerbsgenossenschaft des Provinzialverbandes an. Sie sollte preisgünstige Ländereien aufkaufen oder pachten und für neue Kolonien zur Verfügung stellen.

Am Jahresende 1931 erreichte die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt. Viele Betriebe meldeten Konkurs an, die Berliner Verkehrsgesellschaft legte 15 Straßenbahnlinien still.

In einer Verordnung von 1931 verfügte der Reichspräsident die „Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose“.^{58/}

Damit konnte zwar in Treptow die Räumung von Parzellen zu Gunsten des Wohnungsbaus nicht aufgehalten, aber die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, geeignetes Land für die Parzellierung zur Verfügung zu stellen.

Die Verordnung stellte an die Nutzer dieser Parzellen als einzige Anforderung, dafür „...geeignet zu sein und eine bestimmte Zeit am Aufschluss des Geländes mitzuarbeiten“. Wie ernst es um die Bereitstellung von Kleingartenland bestellt war, zeigt sich darin, dass der eingesetzte Reichskommissar sogar das Recht hatte, bestimmte Ländereien zu enteignen und der Kleingärtnerlei zuzuführen.

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise fand der **8. Kleingärtnerstag** am 30. und 31. Mai 1931 in Hannover statt.

Der Verbandstag der eine Fülle von Themen erörterte, um die Lage der Kleingärtner zu lindern, offenbarte schon, dass sich am politischen Horizont bereits düstere Wolken gebildet hatten, die auch den Idealismus der Kleingärtner bedrohen sollten.

In Treptow gründeten sich in diesem Jahr die Vereine:

„Erlengrund“
„Heide am Wasser“.

1931 gehörten dem Provinzialverband Berlin 899 Vereine mit 69.701 Mitgliedern, dem „Verband der Arbeitergärten vom Roten Kreuz“ 90 Vereine mit 9.762 Mitgliedern und dem „Deutschen Bund der Vereine für naturgemäße Heil- und Lebensweise“ 73 Vereine mit 6.608 Mitgliedern an.^{59/}

Am 19. Juni 1931 nahm der Provinzialverband als 17. Mitglied den Bezirksverband „Heim und Garten e.V.“, die so genannte Heiga, mit 156 Mitgliedern auf.

Der Bezirksvorstand „Neukölln-Treptow“ verlegte 1931 seinen Sitz in die Pflügerstraße 27.

Die Eigentumsverhältnisse des von den Berliner Kleingärtnern genutzten Pachtlandes teilten sich auf in:

130 ha	Gemeindeverwaltung
1.325 ha	Staatsverwaltung
<u>1.527 ha</u>	<u>Privatbesitz</u>
2.983 ha	Gesamt

Durch den verstärkten Wohnungsbau, insbesondere zur Weiterführung der Randbebauung der größeren Straßen sank die kleingärtnerisch genutzte Fläche in Treptow 1932 auf 318 ha.^{60/}

Ungeachtet dessen gründete sich die Vereine:

„Holderbusch“
„Spätstrasse“
„Waldfrieden II“.

Am 15. Februar 1932 waren 615.168 Berliner, und damit jeder dritte Erwerbsfähige, arbeitslos.

Mit dem Beginn des Autobahnbaus in Deutschland konnte das weitere Ansteigen der Arbeitslosenzahlen gestoppt werden. Ende Dezember betrug die Arbeitslosenzahl in Berlin aber immer noch 529.839.

3.5. Das Kleingartenwesen unter den Bedingungen der Gleichschaltung

Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus im Jahre 1933 blieb der Kleingartenorganisation die sofortige Auflösung erspart. Im Gegenteil. Eine ganze Reihe Organisationen wie, der Siedlerbund, der Reichsbund der Kleintierzüchter u.a., die ihre Eigenständigkeit verloren, wurden ihr zugeordnet, womit die Kleingärtnerorganisation eine Aufwertung erhielt.

Offensichtliches Anliegen war es, die Ernährungsbasis zu verbessern bzw. zu erhalten. Beleg dafür ist, dass man mit dem Bauerntum ähnlich verfuhr. Schlagzeilen wie, „Die Lehre von Blut und Boden als Grundlage von Volk und Staat“ oder „Nordisch denken heißt auf Gedeih und Verderb mit dem Boden verbunden zu sein“, zeigen, dass die Kleingärtner in die „Erzeugungs- und Ernährungsschlacht“ einbezogen werden sollten.

Es ist davon auszugehen, dass dieser Prozess sich ohne Anwendung von drakonischen Maßnahmen erfolgte.

Beleg dafür ist, dass in der Märzausgabe der „Kleingartenwacht“, neben der Einladung zum 9. Reichskleingärtnerstag und dessen Tagesordnung, die sich in nichts von denen vorangegangener Tagungen unterschied, auch ein längerer Artikel von Heinrich Förster abgedruckt war, in dem er mit keinem Wort auf die bereits erfolgte Machtergreifung einging.

Am 12. März 1933 fand letztmalig in Treptow die Wahl einer Bezirksversammlung statt. Die Stadtverordnetenversammlung trat aber nur noch am 24. Mai und am 28. Juni 1933 zu Sitzungen zusammen.

Für die Gleichschaltung der Kleingartenbewegung gab am 6. Mai 1933 Karl Freytag im Namen des Hauptvorstandes des „Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands“ einen detaillierten Terminplan für die auf allen Ebenen erforderlichen Mitgliederversammlungen vor.

Nach dieser Vorgabe mussten die Vereine bis zum 22. und die Ortsverbände bis zum 26. Mai 1933 sowie der Provinzialverband bis zum 1. Juni 1933 Mitgliederversammlungen durchführen^{61/} und die erforderlichen Änderungen und Ergänzungen in den Satzungen beschließen.

Der Bezirksverband „Treptow Süd-Ost“ nahm am 19. Juni 1933 alle Kleingartenvereine in den Reichsverband auf. Damit war der Weg für eine zentrale Einflussnahme auf alle Kleingärtner des Bezirksverbandes frei.^{62/}

Da Streitfragen nur noch auf dem Verwaltungswege entschieden werden konnten, mussten die Kleingartenschiedsgerichte bei den Kleingartenämtern im Juli 1933 ihre Tätigkeit einstellen.

Mit dem in der Festschrift zum bevorstehenden Reichskleingärtnerstag abgedruckten Artikel von K. Freytag „Wir Kleingärtner und der neue Staat“ kam erstmals ein öffentliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus aus Kleingärtnerkreisen. Die Kleingärtner sollten sich nicht nur freudig und aufrichtig gleichschalten, sondern mit aller Tatkraft und mit heißer Liebe bemühen, die Kleingärten nutzbringend zu bebauen und zugleich schön zu gestalten, sie zu einem Hort der Familie zu machen und auf diese Weise auch ihren Anteil zur Gesundung des deutschen Volkes an Leib und Seele beizutragen.^{63/}

Mit dem 9. (andere Quellen nennen ihn 1.) **Reichskleingärtnerstag** am 29. Juli 1933 in Nürnberg, begann die Ära des Nationalsozialismus auf dem Gebiet des Kleingartenwesens. Ohne Mitspracherecht der 430.000 Mitglieder des Reichsverbandes, erfolgte seine Umbildung in „**Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands e.V.**“, was die Beseitigung der bislang traditionsreichen demokratischen Strukturen im Kleingartenwesen zur Folge hatte.

Als Reichsbundführer ernannte das Amt für Agrarpolitik der Reichsleitung der NSDAP Hans Kammler. Ihm zur Seite stand beratend ein „Führerring“. Die geschäftlichen und fachlichen Aufgaben oblagen dem Geschäftsführer und dem Fachschaftsführer. Den Führerring und die Fachschaft leitete Hermann Steinhaus.

Anstelle der „Kleingartenwacht“ erschien ab November 1933 „**Der Kleingärtner und Kleinsiedler**“ als offizielles Fachblatt des Reichsbundes.

Die Konsequenz aus der vollzogenen Umbildung war die Umbenennung des Provinzialverbandes Berlin in „**Provinzgruppe Berlin, Brandenburg und Grenzmark der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands e.V.**“ Als Provinzgruppenführer dieser Untergliederung des Reichsbundes war Hans Kaiser eingesetzt.^{64/}

In den Berliner Bezirken erfolgte die Umbildung der Bezirksverbände in Stadtgruppen. Die Treptower Kleingärtner waren in den beiden eigenständigen **Stadtgruppen „Neukölln-Treptow“** (kurzzeitig erfolgte die Ausgliederung der 4.000 Treptower Kleingärtner und Bildung einer eigenständigen „Stadtgruppe“^{65/}) und „**Treptow-Süd-Ost**“ organisiert.

Der Vollzug der Gleichschaltung in den Kleingartenvereinen erfolgte offensichtlich im September 1933. So forderte die Stadtgruppe „Treptow-Süd-Ost“ den Kleingartenverein „Teltowkanal I“ auf, am 24. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen, um die vorgegebenen Anweisungen den Mitgliedern bekannt zu geben.

Dabei ging es darum, dass

- ab sofort der Verein im nationalsozialistischen Sinne und nach dem Führerprinzip zu leiten ist;
- in Versammlungen Debatten künftig zu unterbleiben haben;
- die Satzung des Vereins nur insofern in Kraft bleiben darf, als sie den Anordnungen und Bestimmungen des „Reichsbundes“ nicht zuwiderläuft;

- der „Ortsgruppenvereinsführer“ sich nur noch an den Vorsitzenden des Vereins allein hält;

- es künftig keine 2. Vorsitzende gibt;

- die Ausgaben des Vereins der Kontrolle des Verbandes durch zwei Revisoren unterworfen werden;

- alle Entscheidungen künftig vom Vorsitzenden allein getroffen werden;

- alle Beschwerden direkt beim Vorsitzenden anzubringen sind;

- die bisherigen Vereinsfahnen nicht mehr gehisst werden dürfen. Bei entsprechenden Anlässen die „Reichsfahne“ oder die „Hakenkreuzfahne“ oder beide zusammen zu hissen sind.^{66/}

Die endgültige Gleichschaltung im Bezirksverband „Neukölln-Treptow“ erfolgte am 27. Oktober 1933 in Beckers Festsälen in Britz. Mit der Gleichschaltung waren die Vereinsführer „... alleiniger Vorstand im Sinne des § 26 des BGB ...“^{67/} und die Vereine „... in der Vereinsregistersache ... als nicht mehr bestehend von Amts wegen gelöscht“.^{68/}

Mit der Gleichschaltung aller Kleingartenvereine erfolgte auch eine strukturelle Umbildung. Die Vereine der Stadtgruppen, waren nun zum größten Teil nach territorialen Gesichtspunkten in Blocks zusammen gefasst. Innerhalb der Blocks bezeichnete man die Vereine als Abteilungen.

Die Stadtgruppe „Neukölln-Treptow“ hatte 28 Blöcke und 19 Einzelvereine. Treptower Vereine waren Bestandteil dieser Neuköllner Blöcke.

So am „Dammweg“ im Block 1 die Vereine „Einsamkeit“ und „Kuckucksheim I“ oder im Block 2 die Vereine „Vogelsang II“ und „Grüne Weide“.

Im Unterpachtvertrag der „Provinzgruppe Berlin-Brandenburg und Grenzmark der Kleingärtner e.V.“ im „Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands“ musste der Unterpächter die §§ 10 und 11 anerkennen, in denen formuliert war, der „... Pächter versichert ausdrücklich, dass er nicht staatsfeindlich eingestellt ist.“ Bei Nachweis der staatsfeindlichen

Einstellung erfolgte die fristlose Kündigung ohne Schadensersatzansprüche.

Weiter hieß es, dass er „... hinsichtlich der Beflagung seiner Laube den Anordnungen des zuständigen Stadtgruppenführers bzw. seines Beauftragten Folge leisten werde.“^{69/}

Es gründete sich in Treptow der Verein: „Formosa“.

Zum 1. Januar 1934 betrug der Mitgliederbestand im Reichsbund 626.252 Kleingärtner und 37.000 Kleinsiedler.

Zum gleichen Termin trat eine finanzielle Regelung in Kraft, die den Kleingärtnern eine 50%ige Fahrpreismäßigung für Bahnfahrten bis 50 Kilometer gewährte. Diese Regelung galt für alle Kleingärtner mit einer Parzellengröße von 200 bis 5.000 m² und deren im Haushalt lebenden Angehörigen.^{70/71/}

Es gründete sich der Verein: „Alte Sternwarte“.

Am 19. Januar 1935 erging die Weisung an die Vereine, dass die Aufnahme neuer Mitglieder von der Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses abhängig zu machen sei. Kranke und überalterte Personen sollten auch nicht mehr aufgenommen werden.^{72/}

Um den Einfluss der nationalsozialistischen Führung auf alle Kleingärtner zu erhalten, mussten sich die rund 16.000 bisher „freien“ Kleingärtner, darunter die 3.400 Berliner Reichsbahnkleinlandwirte und die 6.400 Kleingärtner vom Roten Kreuz der Provinzgruppe Berlin anschließen, die nun weit über 100.000 Kleingärtner in sich vereinigte.^{73/} Durch diese Zuführung wuchs die Mitgliederzahl im Reichsbund auf 787.124 Kleingärtner und 99.445 Kleinsiedler an.

Am 1. Juli 1935 trat mit einer Gültigkeit bis 1940 die Ergänzung zur Kleingartenordnung (KGO) von 1919 in Kraft. Nach dieser waren die Regelungen auch auf die Grundstücke auszudehnen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes ständig zu Wohnzwecken dienten. Der Verpächter hatte damit

das Recht, neben der Pacht ein weiteres Entgelt für die ständige Benutzung der Laube zu Wohnzwecken zu verlangen.^{74/} Auf der Grundlage dieses Gesetzes erhoben auch in Treptow ab 1. Juli 1935 die Verpächter von den Dauerbewohnern Wohnlaubenentgelt.



Abzeichen des „Reichsbundes Deutscher Kleingärtner“

Im Juli 1935 fand unter Leitung des durch den Reichsbauernführer eingesetzten Reichsbundführer Hans Kaiser der 2. Kleingärtner- und Siedlertag in Braunschweig statt.

Dieser Reichskleingärtnertag diente lediglich der Entgegennahme von Berichten und Vorträgen. Vorträge, wie „Die ernährungspolitische Bedeutung der deutschen Kleingärtner- und Kleinsiedlerbewegung“, zeigten aber schon, wohin sich das Kleingartenwesen entwickeln und wozu es dienen sollte.

Immer häufiger bezogen in der Folgezeit die wehrpolitischen Überlegungen und Übungen die Kleingärtner ein. Die für alle Gebäude der Stadt befohlene Verdunkelung galt auch für die Lauben. Für die Kontrolle seiner Einhaltung waren in allen

Kolonien vertrauenswürdige Personen als Luftschutzwarte eingesetzt.

Da die Regierung die Kleingärtner immer stärker aufforderte, ihren Anteil an der Erzeugungsschlacht und an der Sicherung der Ernährung der Volksgemeinschaft zu leisten, forderten die Vereinsführer in den Mitgliederversammlungen, auf den Parzellen mehr Kleintiere, insbesondere Hühner und Kaninchen, zu halten und den Gemüseanbau unbedingt zu intensivieren.

Mit einem Rundschreiben wies der Stadtgruppenführer die Regelungen für den Umgang mit den Juden an. „Ich ordne ... folgendes an: Juden haben sich auf den Kolonien der allergrößten Zurückhaltung zu befleißigen! Das heißt, Juden haben keine Versammlung zu besuchen, die Teilnahme an Erntefesten, Vergnügungen und Aufmärschen ist ihnen verboten. Ebenfalls dürfen Juden auf keinen Fall die Deutsche Reichsflagge zeigen.“^{75/}

Ab Januar 1936 erschienen die „Sondernachrichten Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands“.

1936 hatte Treptow eine Kleingartenfläche von 347 ha. Von dieser Fläche waren 187 ha städtischer, 70 ha fiskalischer und 90 ha privater Besitz. Diese Flächen nutzten 8.700 Kleingärtnern. Darüber hinaus waren 61 ha als Heimstättengebiet ausgewiesen.^{76/}

Der 3. Kleingärtnertag des Reichsbundes fand vom 24. bis 27. Juni 1937 in Chemnitz statt. In Vorträgen stellte er erneut die ernährungswirtschaftliche Bedeutung des Kleingartenwesens, diesmal in Form eines Vierjahresplanes, heraus.

Von Bedeutung war hier insbesondere ein Vortrag von Ministerialrat, Wilhelm Gisbertz, der den Kündigungsschutz und die Umsetzung der gesetzlichen Regelung zur Bereitstellung von Kleingartenland forderte. Denn trotz aller Beteuerungen verloren immer mehr Kleingärtner, ganz im Sinne der Forderung „Gemeinnutz vor Eigenutz“, im Zuge des Wohnungs- und Straßenbaus sowie durch die Errichtung von Militärbauten ihre Parzellen.



Titelblatt ex Zeitschrift „Der Kleingärtner und Kleinsiedler“, Heft 1/1938

Im Februar 1938 fand eine Tagung der Landes- und Provinzgruppenführer in Berlin statt, auf der der Reichsbund eine Satzung erhielt, mit der eine Trennung der Fachschaften erfolgte.

Damit verbunden war die bereits am 24. Januar 1938 erfolgte Namensänderung des Bundes in „Reichsbund Deutscher Kleingärtner e.V.“ Die Satzung sah vor, dass die Untergliederungen ihre Satzungen entsprechend der Satzung des Reichsbundes zu gestalten hatten.

Auch die Zeitschrift „Sondernachrichten des Reichsbundes...“ änderte ihren Namen in „Das Deutsche Kleingartenwesen - Sondernachrichten des Reichsbundes Deutscher Kleingärtner e.V.“.

Dies führte zur Umbenennung der Provinzgruppe in „Landesbund Berlin-Brandenburg der Kleingärtner e.V. im Reichsbund Deutscher Kleingärtner e.V.“ Die Mitglieder des Landesbundes waren die Stadtgruppen, die nun auch die lange Bezeichnung auf ihren Briefköpfen, Stempeln und Adressen trugen.

Die Satzung der Stadtgruppe war voll auf die Führerrolle des Stadtgruppenführers ausgerichtet.

Danach unterstanden die „Vereine der Leitung und Beaufsichtigung durch die Stadtgruppe in jeder Beziehung“. An den Mitgliederversammlungen der Stadtgruppe durften nur die Vereinsführer teilnehmen. Der Stadtgruppenführer konnte Abstimmungen herbeiführen, war aber an das Ergebnis nicht gebunden.^{77/}

Am 1. April 1938 erfolgte auf Betreiben des Generalbauinspektors in Berlin eine Begradigung der Bezirksgrenzen.

Davon waren 7 % des Territoriums betroffen. Auch in Treptow veränderten sich die Bezirksgrenzen.

Die Verwaltung des Ortsteiles Oberschöneweide ging an Köpenick über. Als Ausgleich erhielt Treptow Bohnsdorf und die Britzer Wiesen sowie Späthsfelde.

3.6. Der Zweite Weltkrieg und der erweiterte Kündigungsschutz für die Kleingärtner

Nachdem im Jahr 1938 in Deutschland Kündigungen von 63.970, in Berlin von 15.800, Kleingartenparzellen erfolgte, war offensichtlich, dass das Kleingartenwesen seit 1933 nicht nur eine Stagnation, sondern einen Rückgang erfuhr.^{78/}

Ein wesentlicher Teil der in Berlin geräumten Kleingartenflächen betraf Treptow. Insbesondere durch die 1938 erfolgte Randbebauung entlang der Köpenicker Landstraße mussten Kleingartenanlagen geräumt werden.^{79/}

Betroffen waren u.a. die Vereine „Alte Eiche“, „Birkeneck“, „Dammecke“, „Moorecke“ und „Treptows Idyll“.

Gängige Praxis war, dass die Kommunen, ohne den Reichsbund in Kenntnis zu setzen, Kündigungen anstrebten, in dem sie sich mit den Kleingärtnern direkt absprachen, ihnen zwar Entschädigungen zahlten aber kein Ersatzland zur Verfügung stellten.

Einher ging diese Praxis, mit der Erhöhung des Druckes auf die Dauerbewohner in den Kleingartenanlagen. Der Bezirksbürgermeister von Treptow setzte die Vereine darüber in Kenntnis, dass „... sämtliche Kleingärtner, die ermäßigte Wohnlaubengebühren in Höhe von 2,45 RM (70 %) zahlen, verpflichtet (sind), Mittellosigkeitsbescheinigungen beizubringen“ haben. Bei Nichtvorlage der Bescheinigung sollte rückwirkend ab 1. April das volle Wohnlaubengelt in Höhe von 3,50 RM kassiert werden.^{80/}

Angesichts dieser Praktiken und der in den kommenden Jahren zu erwartenden militärischen Bauvorhaben war mit noch mehr Kündigungen zu rechnen.

Vom 28. Juni bis 2. Juli 1938 fand in Wien der 4. Reichskleingärtnerstag des Reichsbundes statt.

In den Folgemonaten geschah alles unter der bereits angelaufenen Rüstung für den geplanten Krieg.

Bereits am 27. August 1939 beschloss die Reichsregierung die „öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen“^{81/} und befahl unmittelbar nach Beginn des Zweiten Weltkrieges ab 25. September Lebensmittelkarten einzuführen.^{82/} Danach erhielten Erwachsene wöchentlich 2.400 Gramm Brot/Mehl, 500 Gramm Fleisch und 270 Gramm Fett.^{83/}

Lebensmittelkarte für den 25. 9. bis 22. 10. 1939

Auch im Vereinsleben gab es Einschränkungen. In einer Polizeiverordnung waren „öffentliche Tanzlustbarkeiten vor 19.00 Uhr“ verboten und die Teilnahme an solchen Veranstaltungen unter Strafe gestellt.^{84/}

In den Kriegsjahren erfuhr das Kleingartenwesen zwangsläufig ein vorrangiges Interesse, wie man es bisher zwar betont, aber nicht praktizierte hatte. Wie bereits im Ersten Weltkrieg erhielt es eine reale Bewertung als Eigenerzeuger von Obst, Gemüse und Produkten aus der Kleintierhaltung.

Logische Konsequenz war, die „Verordnung über den Kündigungsschutz von Kleingärten“ vom 27. September 1939.

Danach war es den Verpächtern verboten, kleingärtnerisch genutztes Land zu kündigen. Kündigungen von Kleingartenland war nur für Zwecke der „Reichsverteidigung“ möglich.^{85/}

Nach Abschluss der Randbebauung mit Wohnungen gründete sich im gleichen Jahr, als verkleinerter Nachfolger des bereits 1913 gegründeten Vereins „Heimgarten“, die Kleingartenanlage „Lakegrund“.

Nach einer am 16. Dezember 1939 gehaltenen Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers zur Verordnung über den Kündigungsschutz lief 1940 die Propaganda um den Ernährungskleingarten an. Ob Bürgermeister, Landesbundleiter, Gauleiter, Reichsleiter, sie und alle, die Führeraufgaben hatten, legten nun ihr Bekenntnis zum Kleingartenwesen ab. Ohne zeitliche Begrenzung erfolgte, die Verlängerung der Gültigkeit der Kleingartenordnung von 1919.^{86/}

Mit dem Einsatz von 8.000 Fachberatern sollte „**Das ernährungspolitische Kriegsprogramm des Reichsbundes deutscher Kleingärtner**“ umgesetzt werden. Zur Umsetzung dieses Programms fand erstmalig im September 1940 in Kattowitz eine Tagung der Landesbundfachberater statt.

In den Kriegsjahren war das Organisationsleben in den Kleingartenvereinen stark eingeschränkt. 1941 stagnierte die Mitgliederbewegung. Die Kündigungen gingen zwar in Folge des verstärkten Kündigungsschutzes zurück, es entstanden aber auch keine neuen Kleingartenanlagen.

Die Ankurbelung der Leistungssteigerung der Kleingärtner sollte nach dem Willen der Reichsführung das Jahr 1942 bestimmen. Dieser Aufruf verpuffte aber, weil inzwischen schon viele Kleingärtner zum aktiven Wehrdienst einberufen waren und die Bewirtschaftung der Gärten durch die Frauen und Kinder erfolgte.

Am 6. April 1942 erfolgten einschneidende Kürzungen bei den Nahrungsmittelrationen.

Es gab wöchentlich für Erwachsene nur noch 2000g Brot/Mehl, 300g Fleisch und 200g Fett. Ab Juni waren die Kartoffeln rationiert.^{87/}

Die Verordnung zum verstärkten Kündigungsschutz hatte nicht nur fördernde Wirkungen. Sie erwies sich auch als hemmend, wenn es darum ging, dass der private Grundstückseigentümer Land für Kleingartenzwecke bereitstellen sollte. Demzufolge erfolgte die Ablösung der Verordnung durch eine neue Verordnung vom 23. Mai 1942.^{88/}

Mit einem Schreiben vom 28. Januar 1943 forderte das Polizeirevier 234 einen Lageplan von allen Laubenkolonien.^{89/} Darin waren die Dauerbewohner blau, die Sommerbewohner rot, das Vereinsheim grün und die Deckungsgräben sowie die Schutzräume schwarz zu kennzeichnen.

Beim Großangriff auf Berlin am 27. März 1943 war auch Johannisthal, insbesondere der Flugplatz und die Flugzeugwerke, direkt betroffen. Die Brücke an der Südostallee über den Britzer Zweigkanal war durch einen Bombenangriff so schwer beschädigt, dass sie später abgerissen werden musste.

Angesichts der immer stärkeren Bombenangriffe, begann Berlin am 1. August 1943 damit, die Zivilbevölkerung, soweit sie nicht in der kriegswichtigen Industrie beschäftigt war, in sichere Gebiete zu evakuieren. Bis Ende 1943 waren davon 700.000 Berliner, insbesondere Frauen und Kinder, betroffen.

Der Kriegsverlauf mit seiner Verschlechterung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens brachte das Organisationsleben im Reichsbund der Kleingärtner völlig zum Erliegen. Kleingärtner, die in ihren Wohnungen ausgebombt waren, suchten Zuflucht in ihren Gärten. Andere flüchteten aus der dicht besiedelten Innenstadt und hofften in den Kleingärten auf größere Sicherheit vor den tödlichen Bomben.

Durch Winterfestmachung oder Anbauten richteten die Kleingärtner ihre einfachen, kleinen Lauben zum Dauerwohnen her.

Um Baugenehmigungen kümmerte sich angesichts der Lage niemand mehr. Zudem hatte die Reichsregierung angewiesen, alle kleingärtnerischen Vorschriften in Bezug auf Dauerwohnen in Kleingärten außer Kraft zu setzen. Die Laube konnte auch anderen „Luftkriegsbetroffenen“ zur Nutzung überlassen werden, ohne dass sich daraus rechtliche Konsequenzen für den Kleingärtner ergaben.^{90/}

Die Verordnung zum Kündigungsschutz erfuhr nachträglich eine Ergänzung, die als „Kündigungsschutzverordnung vom 15. Dezember 1944“ in das Kleingartenrecht eingegangen ist.

Sie fasste den Kündigungsschutz für Kleingärtner noch konkreter und sicherte letztlich ab, dass die Kleingärten als eine wichtige Versorgungsquelle für die Bevölkerung erhalten blieben. Gleichzeitig legalisierte die Verordnung auch das Überlassen des Kleingartens an Luftkriegsbetroffene zum Zwecke des ganzjährigen Wohnens und der Bewirtschaftung des Gartenlandes.^{91/}

Mit dem Näherrücken der Kriegshandlungen nach Berlin, erhielten die Kündigungsschutzverordnung und weitere Regelungen eine untergeordnete Bedeutung.

Auch in Treptow waren zum Kriegsende die Keller, Splittergräben und Bunker mehr und mehr die „Hauptunterkunft“ der Menschen.

Am 3. Februar 1945 werfen 1.550 amerikanische Flieger 2.080 Bomben über der Berliner Innenstadt ab. Historiker gehen heute von über 20.000 Toten aus, die dieser Luftangriff hinterließ. 120.000 Berliner werden auf einem Schlag obdachlos.

Für den weiteren Vormarsch der Sowjetarmee war es nötig, Ersatz für zerstörte bzw. beschädigte Spreebrücken zwischen Köpenick und Treptow zu schaffen.

So bauten am 22. April 1945 sowjetische Pioniereinheiten vom Wilhelmstrand in Oberschöneweide nach Baumschulenweg eine Pontonbrücke, die dem Transport der schweren Kriegstechnik diente. Nach dem Krieg nutzten die Treptower diesen Behelf, um auf die andere Spreeseite zu gelangen.

Am 23. April 1945 nahmen Verbände der sowjetischen 8. Gardearmee den Flugplatz Johannisthal ein. Dem folgte am 24. April 1945 um 8.00 Uhr mit einem 40-minütigen Feuerschlag aus 2.000 Geschützen der Angriff auf Treptow, Neukölln und Tempelhof.

Mit der Einnahme dieser Bezirke am 25. April 1945 waren auch die unmittelbaren Kampfhandlungen in Treptow beendet.

4. Die politische Entwicklung in Berlin und ihre Auswirkungen auf das Kleingartenwesen in den Jahren 1945 bis 1959

4.1. Die schwere Zeit des Neubeginns für das Kleingartenwesen in Treptow

Das Ende des Zweiten Weltkrieges befreite die Menschen zwar von der Angst um das tägliche Überleben, aber nicht von der Sorge um seine weitere Erhaltung, nicht von der Sorge um das tägliche Brot und die Beschaffung neuer Unterkünfte und befreite sie auch nicht von der Sorge um ihre Vermissten und gefangenen Angehörigen.

Die Wiederherstellung des täglichen Lebens in dem von den Kriegseignissen zerstörten Berlin, in Treptow gab es 4,4 % total zerstörte und 3,6 % schwer beschädigte Gebäude, womit rund 1.000 Gebäude nicht mehr verfügbar waren^{92/}, realisierte sich in der Anfangsphase nur auf Befehlsbasis. Die sowjetische Kommandantur in Treptow hatte überwiegend Verwaltungsaufgaben zu realisieren und den Wiederaufbau der deutschen Verwaltung im Stadtbezirk zu unterstützen und zu kontrollieren.

Der Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung, Nikolai E. Bersarin, vom 28. April 1945 beinhaltete die ersten Schritte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Sicherung der Versorgung, aber vor allem das Verbot jeglicher Aktivitäten von Personen und Organisationen des alten nationalsozialistischen Regimes.^{93/}

Am 12. Juni 1945 erteilte der Magistrat, auf Grund der ernährungswirtschaftlichen Bedeutung der Kleingärtner- und Siedlerbewegung, die Genehmigung zur Umbenennung und Verschmelzung des Landesbundes Berlin-Brandenburg der Kleingärtner e.V. mit der Gau- und Provinzgruppe Berlin-Brandenburg der Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer e.V. in den **„Provinzialverband Berlin-Brandenburg der Kleingärtner und Kleinsiedler“**. Als Geschäftsführer bestätigte der Magistrat, Abteilung Ernährung Wilhelm Müller und Willi Luther. Der Verband sollte die Geschäfte des ehemaligen Reichsbundes, soweit notwendig, wahrnehmen.

Dieser Zusammenschluss hatte aber nicht gleichzeitig die Anerkennung der vielen Kleingartenvereine zur Folge. Während einerseits die Besatzungsmächte bei jeder Art von weiter bestehenden und neu entstehenden Organisationen außerordentlich misstrauisch waren, brauchte man andererseits die Kleingartenvereine zur Nutzung des Gartenlandes für die Ernährungssicherung der Berliner.

Am 15. Juni 1945 kamen in den Geschäftsräumen des neuen Provinzialverbandes in der Mittelstraße 43 unter Leitung der Geschäftsführer die Vertreter der Stadt- und Bezirksgruppen des ehemaligen „Landesbundes Berlin-Brandenburg der Kleingärtner e.V.“ und der „Gau- und Provinzgruppe Berlin-Brandenburg der Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer e.V.“ zusammen, um die weiteren Aufgaben zu beraten. Sie diskutierten u.a. den Vorschlag zur Umbenennung von „Stadtgruppe“ in „Bezirksverband“. Jedoch blieb man zunächst noch bei der alten Bezeichnung „Stadtgruppe“.^{94/}

Am 18. Juni übernahm der Bürgermeister a.D. Gustav Klimpel kommissarisch den Vorsitz des Verbandes.

In den Kleingartenvereinen, kam das Vereinsleben recht schnell wieder in Gang. Die Kleingärtner trafen sich, um die notwendigsten Maßnahmen zu besprechen. Vor allem diskutierten sie darüber, was zur Sicherung der Ernährung, aber auch für die Bestellung der Gartenflächen zu tun sei.

Als Hauptproblem stellte sich heraus, dass kaum Saatgut vorhanden war. Das Solidarprinzip, das die Jahre überdauert hatte, half hier meist, indem durch gegenseitigen Austausch der vorhandenen Sämereien in der Regel dieses Problem gelöst werden konnte. Die Kleingärtner begannen wieder mit den ihnen zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln Gemüse und Kartoffeln anzubauen.

Manche bauten auch Tabak an. Allerdings war dabei Vorsicht geboten. Bei mehr als 25 Pflanzen mussten bereits 5,- RM Steuern und bei mehr als 100 Pflanzen 10,- RM gezahlt werden. Deshalb erfolgte der Anbau meist versteckt hinter der Laube.^{95/}

Der Wunsch, an alte Kleingärtnertraditionen mit einem regen Vereinsleben anzuknüpfen, war nicht verloren gegangen.

Aber das jahrelange Wirken der Vereinsführer und die Unterdrückung jeder öffentlichen Meinungsäußerung oder Diskussion über befohlene Aufträge, wirkten noch nach.

Es gab, auf Grund der Lebenserfahrungen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte, auch berechtigte Vorbehalte und vor allem großes Misstrauen untereinander.

Aus einem „Bericht über die Prüfung der ehemaligen Vereinsgruppe Britzer Allee“ für den Zeitraum Mai 1944 bis April 1945 ist zu entnehmen, dass in der Stadtgruppe Neukölln-Treptow die Zusammenfassung der Kolonien zu Vereinsgruppen offensichtlich auch zu einer gemeinsamen Kassenführung mit nur einem Kassenbuch für die sieben Vereine geführt hat. Die Pacht- oder Kassenbücher der Vereine waren so zu einem internen Hilfsmittel für die Unterkassierer verkümmert. Damit bestätigt sich, dass das Wirken der Vereinsgruppenführer durch die einzelnen Vereine weder beeinträchtigt oder kontrolliert werden konnte.

Die Treptower Vereine erhielten bereits am 18. Mai 1945 in einem Rundschreiben des Bezirksverbandes die Aufforderung, dass sie bis zum 31. Mai 1945 die Kleingärtner melden sollen, die die NSDAP zur Aufgabe ihrer Kleingärten zwangen, um diese wieder in ihre vollen Rechte einsetzen zu können.

Die Pachtverträge mit den Mitgliedern der NSDAP sollten für nichtig erklärt, Entschädigungsfragen später geklärt werden.

Freie Parzellen durften nur an Antifaschisten vergeben werden. Bei unklaren Verhältnissen, wenn die Pächter zur Zeit nicht

in Berlin wohnten, bekam der Nutzer der Parzelle nur einen Jahresvertrag.^{96/}

Für die durch Evakuierung, Kriegsgefangenschaft u.ä. Ereignisse in den Kleingartenanlagen nicht bewirtschafteten Parzellen, forderte der Bezirksverband gegenüber den Vorständen, keine Doppelnutzung von Parzellen zuzulassen, sondern die freien Parzellen zu verpachten.

Am 29. Juli 1945 wandte sich die Abteilung Sozialwesen des Bezirksamtes Neukölln mit einem Aufruf an alle dem Bezirksverband angeschlossenen Kolonien, für Heimkehrer und Flüchtlinge Kartoffeln und Gemüse zu spenden.

Ein Beispiel der Selbsthilfe bei der Beschaffung der für die Kinder wichtigen Milch wird aus der Kleingartenanlage „Gemütlichkeit III“ berichtet. Der ehemalige Blockwart Becü hatte den Antrag auf Entnazifizierung gestellt.

Da er auch Eigentümer von zwei Ziegen war, erfolgte auf Beschluss des Vorstandes die „Sozialisierung“ der Ziegen. Reihum sollte jedem Kind von „Gemütlichkeit III“ die Milch zugute kommen.

Die zwei Liter Milch je Ziege erhielt an sechs Tagen der Woche zu je einem halben Liter jeweils ein anderes Kind, während er die Milch am siebenten Tag und die Futterbeschaffung sowie die Arbeit an allen Tagen der Woche hatte.^{97/}

Für Mai 1945 sollte kein Wohnlaubenentgelt erhoben werden. Für Juni war aber bereits die volle Bezahlung angefordert.^{98/}

Bereits frühzeitig hatte aber der Bezirksverband „Neukölln-Treptow“ in den „Richtlinien für die Vereine“ festgelegt, „brachliegendes Gelände innerhalb oder angrenzend an die Vereine als Grabeland (200 qm) aufzuteilen und durch Nutzungsvertrag an Reflektanten zu vergeben“.^{99/}

Um die einzelnen Vereine größtmäßig auf ein einheitliches Niveau zu bringen, war vorgegeben, dass sich kleine Vereine mit 20 – 30 Mitgliedern mit „räumlich zusammen liegenden Vereinen“ vereinigen.

Als Norm für die Vereinsgröße waren 80 – 150 Mitglieder vorgegeben.^{100/}

Als Folge dieser Maßnahme verschwanden zu dieser Zeit Vereine wie „Wochenend“, „Lustige Brüder“ u.a. aus der offiziellen Statistik, ohne dass sie wirklich nicht mehr existierten.

Aus einem Protokolleintrag der Kleingartenvereins „Forsthauseck“ geht hervor, dass sie nunmehr aus den Abteilungen „Forsthausallee“ (heutiger Name), „Forsthauseck“ und dem früheren „Sportplatz Wacker“ besteht.^{101/} Einen entsprechenden Antrag des Vorstandes der Kleingartenanlage „Forsthauseck“, den ehemalige Sportplatz Wacker in der Forsthausallee als Grabeland nutzen zu dürfen genehmigte das Bezirksamt am 23. September 1946.^{102/}

An die Kleintierzüchter und Kleintierhalter erging die Aufforderung, alle Hasen- und Kaninchenfelle, auch die weniger guten und beschädigten, bei den Fellannahmestellen abzuliefern. Bei einer Abgabe von 100 Fellen erhielt man 10 Felle zur eigenen Verwendung zurück. Die Fellannahmestelle befand sich in der Köpenicker Str. 208.^{103/}

Im November 1945 erließ der Magistrat eine Verordnung, nach der auf fünf Jahre befristet und unter bestimmten Bedingungen Lauben zum Wohnen in Kleingartenanlagen errichtet werden durften, die einschließlich einer Veranda eine Größe von bis zu 30 m² haben konnten.^{104/} Durch den Antragsteller musste schriftlich erklärt werden, dass er die Laube bis zum 31. Oktober 1951 räumt und restlos beseitigt. Die Wahl der Baustoffe war freigestellt.

Ebenfalls im November erfolgte die Wiedereinführung der **Brandunterstützungskasse**. Für eine Versicherungssumme von 500,- RM mussten -,50 RM bezahlt werden.

Die Obergrenze der Versicherungssumme war mit 6000,- RM festgelegt. Zur Schaffung eines Sicherheitsfonds, mussten zusätzlich nochmals -,50 RM/Parzelle bezahlt werden. Solange der Sicherheitsfonds min-

destens einen Bestand von 20.000,- RM hatte, entfielen die Beiträge.^{105/}

Zur Erfassung aller Reserven mussten die Vereine bis zum Januar 1946 eine detaillierte Liste aller in den Kolonien gehaltenen Tiere melden. Gleichzeitig konnten sie aber auch ihren Bedarf an Gemüsejungpflanzen anmelden, die dann gegen Vorlage einer Bescheinigung des Bezirksverbandes in der Gärtnerei erworben werden konnten.^{106/}

Zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung rief der Magistrat Anfang 1946 zur **Brachlandaktion** auf, nachdem er dazu bereits am 15. Oktober 1945 die Verordnung über den Anbau von Gemüse und Hackfrüchten“ erlassen hatte.^{107/} Zu der vorhandenen Anbaufläche von 20.000 ha sollten weitere 1.350 ha Park- und Freiflächen für den Gemüseanbau urbar gemacht werden. Den höchsten Anteil hatte der sowjetische Sektor mit 580 ha zu erbringen.^{108/}

Zur besseren Nutzung der übergroßen Parzellen mussten alle Kleingärten mit einer Größe von über 600 m² geteilt werden. Vereins- und Spielplätze mussten für den Gemüseanbau urbar gemacht werden.^{109/}

Die Alliierte Kommandantur forderte eine genaue Liste aller seit dem 1. Mai 1945 bis zum 1. April 1946 erfolgten Pächterwechsel an. Offensichtlich traten bei der Vergabe freier und frei werdender Parzellen Unregelmäßigkeiten auf. Es erfolgte an die Vorstände der Kolonien mit allem Nachdruck die Aufforderung, die Parzellenvergabe durch den Bezirksverband zu sichern.^{110/}

Obwohl großer Mangel an Kartoffeln herrschte, setzte der Magistrat alles daran, Saatkartoffeln für diejenigen zu beschaffen, die die Möglichkeiten zum Anbau hatten.

Zur Absicherung der zweckgebundenen Verwendung erfolgte die Einreichung der entsprechenden Empfangslisten an den Bezirksverband.^{111/}

Mit der Bereitstellung von Saatgut verband der Zentralverband und der Leiter des Ernährungsamtes die Forderung, dass die Kleingärtner freiwillig Obst und Gemüse sammeln und gegen Quittung an Krankenhäuser, Alters- und Kinderheime liefern.^{112/}

Am 15. Januar 1946 genehmigte die Alliierte Kommandantur die Bildung von Organisationen der Kleingärtner im Stadtgebiet Berlin.

Wilhelm Naulin folgte am 8. März 1946 Gustav Klimpel als Vorsitzender des Provinzialverbandes.

Der Provinzialverband änderte als Ausdruck eines neuen Anfangs seinen Namen in „**Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.**“ und wurde unter der Nummer 65/582 VR 4274 am 6. Juni 1946 beim Amtsgericht Mitte, Berlin-Charlottenburg, eingetragen. Mit der Namensänderung trat der Zentralverband an die Stelle der Organisationen:

- „Deutscher Siedlerbund e.V.“
- „Landesbund Berlin-Brandenburg der Kleingärtner e.V.“
- „Kleinsiedlung Berlin e.V.“
- „Gau- und Provinzgruppe Berlin-Brandenburg der Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer e.V.“ und
- „Provinzialverband Berlin-Brandenburg der Kleingärtner und Kleinsiedler“.

Alle vereinsrechtlichen Fragen, wie Angliederung, Umbildung oder Neugründung von Kleingartenvereinen fiel in die Verantwortung des neuen Zentralverbandes.

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes wählte, am 8. Juni 1946 Wilhelm Naulin zum 1. Vorsitzenden.

In den Stadtbezirken nannten sich nun die Verbände „**Bezirksverband ... der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.**“.

Ein von W. Naulin als 1. Vorsitzender des Zentralverbandes und J. Orlopp als Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Ernährung unterzeichnetes Plakat appellierte an die Kleingärtner und Siedler, Obst und

Gemüse für Kranke und Kinder zu spenden.^{113/}

Kleingärtner und Siedler!

Ihr seid die glücklichen Besitzer eines Gartens. Ihr erntet Gemüse und Obst, das zusätzlich Euren Tisch bereichert. Es gibt aber viele, die nicht in dieser glücklichen Lage sind.

Kinder und Kranke aber brauchen dringend Gemüse und Obst

Jeder fühle daher die innere Verpflichtung in sich, Krankenhäusern und Kinderheimen von seinem Erntesegen abzugeben

Übernimmt Patenschaften! Übt Volkssolidarität!

Jeder fühle daher die innere Verpflichtung in sich, Krankenhäusern und Kinderheimen von seinem Erntesegen abzugeben

Übernimmt Patenschaften! Übt Volkssolidarität!

Wilhelm Naulin

1. Vorsitzender des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.

Josef Orlopp

2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters Kam. Leiter der Abteilung für Ernährung

Alle Vorstände der Kleingärtner-, Siedler- und Eigenheimbesitzervereine folgen diesem Aufruf gern und nehmen bereitwillig die mit dieser Spendenaktion verbundene Arbeit auf sich. Die von den Kleingärtnern gespendeten Garten-Erzeugnisse werden durch den Verein vom zuständigen Bezirksverband der Kleingärtner örtlich erfasst. Siedler und Eigenheimbesitzer liefern ihre Gaben an der vom Vereinsleiter angegebenen Sammelstelle auf.

Die Verteilung der Gartenerzeugnisse an

Wohnhäuser, Altersheime und Krankenhäuser erfolgt im Einvernehmen mit dem Magistrat Abteilung für Ernährung bzw. der Bezirksbürgermeister der Stadt Berlin. Nähere Auskünfte erteilen die örtlichen Bezirksverbände der Kleingärtner oder die Vereinsleiter der Siedler- und Eigenheimbesitzer-Vereine. Kleingärtner, Siedler und Eigenheimbesitzer zeigt durch Eure Gaben, daß ihr Euch den Hilfsbedürftigen verbunden fühlt! Tragt mit dazu bei, ihnen ihr Schicksal zu erleichtern! Übt wahren Sozialismus der Tat!

Zentralverband der Kleingärtner, Siedler u. bodennutzenden Grundbesitzer e.V.
BERLIN NW 7, Neustädische Kirchstraße 3 NAULIN 1. Vorsitzender

Zur Unterstützung der Arbeit der Bezirksverbände verfügte der Magistrat in einer Anordnung, dass auf der Grundlage der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung von 1919 bei den Kleingartenämtern wieder Kleingartenschiedsgerichte einzurichten sind.

In Treptow geschah dies am 7. Juni 1946. Den Vorsitzenden stellte das Bezirksamt, der Bezirksverband stellte einen Beisitzer. Die Bearbeitungskosten von 8,- RM hatte der Antragsteller zu tragen.^{114/}

Einer der Amtsleiter des Kleingartenamtes in Treptow in den folgenden Jahren war u.a. Erich Richter, gleichzeitig Vorsitzender der Kleingartenanlage „Birkenwäldchen“.

Die Bezirksverbände mussten bis zum 1. Juli 1946 eine genaue Übersicht über alle Vereine an den Zentralverband melden.^{115/} Im Bezirksverband „Berlin-Süden“, der seine Meldung am 26. Juni 1946 abgab, waren, einschließlich der Kleingartenvereine des Bereiches Treptow, 275 Vereine mit 20.880 Mitgliedern organisiert.

Die Jahresvertreter-Versammlung des Bezirksverbandes „Berlin-Süden“ fand am 28. Juli 1946 in den Bürgersälen in der Bergstraße 147 in Neukölln statt. Entsprechend der Tagesordnung waren keine Wahlen vorgesehen. Aber offensichtlich gab es bei den Kleingärtnern nunmehr eine entsprechende Mehrheit für das Vollziehen einer Trennung der beiden Bezirke Neukölln und Treptow auch in der Kleingartenorganisation. Denn noch im Juli erfolgte im Bezirksverband „Berlin-Süden“ für den Bereich Treptow der Einsatz eines eigenen Geschäftsführers.

Damit begannen die Vorbereitungen zur Zusammenführung des Bezirksverbandes

„Treptow-Süd-Ost“ und des Bereiches Treptow im Bezirksverband „Berlin-Süden“ zum Bezirksverband „Berlin-Treptow“ endgültig.

Bereits am 20. August 1946 lag die Satzung vom „Bezirksverband Berlin-Treptow der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“ vor.

Diese dokumentierte die offizielle Loslösung von der seit 1920 bestehenden Bindung an den Bezirksverband „Neukölln-Treptow“ und die Überwindung der Besonderheit des zweiten Bezirksverbandes „Treptow-Süd-Ost“.

Satzungen

des Bezirksverbandes Berlin-Treptow der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e. V.

Satzung des Bezirksverbandes.

I. Name und Sitz des Verbandes.

§ 1.

Der Verband führt den Namen Bezirksverband Treptow der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e. V. Er ist durch seine Mitgliedschaft dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer angeschlossen. In das Vereinsregister eingetragen, besitzt die Gemeinnützigkeit gemäß § 3 der KGO und hat seinen Sitz im Verwaltungsbezirk Berlin-Treptow.

2. Zweck des Verbandes.

§ 2.

Der Verband arbeitet gemäÙrlich im Sinne der Kleingartenordnung vom 31. 7. 1919. Er bezweckt unter Ausschluß parteipolitischer und konfessioneller Bestrebungen die Förderung des Kleingartenwesens im Sinne der Satzungen des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e. V. besonders durch:

1. Enge Zusammenarbeit, Kontrolle und Belehrungen der angeschlossenen Vereine.
2. Interessenvertretungen, Rechtsbeistand und Jugendpflege.
3. Pflege der Statistik, Sammlung von Material zur Vorbereitung gesetzgeberischer und Unterstützung verwaltungsbehördlicher Maßnahmen.
4. Gewährung der Beschaffung von Beihilfen von Neuanlagen oder Verbesserungen von Kleingartenkolonien.
5. Beschaffung von Pachtung von Gelände zur Kleingärtnerischen Nutzung.
6. Hebung der Gemüse-, Obst- und Kleintierproduktion durch Belehrung, Schädlingsbekämpfung und dergl.

3. Mitgliedschaft.

§ 3.

Mitglied des Bezirksverbandes kann jeder Kleingärtner-, Siedler- und Grundbesitzerverein werden, dessen Orten im Geschäftsbereich des Bezirksverbandes liegen und der sich verpflichtet, seine Geschäfte nach den Bezirksverbandssatzungen zu führen.

Nach dieser Satzung konnte jeder Verein Mitglied werden, der sein Mitgliederverzeichnis und die Angaben zu seinem Vorstand, das Versammlungslokal, die Versammlungstermine und einen Lageplan der Kolonie bekannt gab.

In der Satzung war auch die Bildung von sieben Ortsausschüssen festgelegt. Diese sollten die „enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und den Vereinen“ pflegen^{116/} und umgekehrt den Bezirksver-

§ 4.

Der aufzunehmende Verein hat sich durch seinen Vorstand beim Bezirksverband oder in einer Bezirksverbandsversammlung (§ 76) um seine Aufnahme zu bewerben. Hierbei ist ein Mitgliederverzeichnis mit Angaben über Namen und Adressen des Vereinsvorstandes, des Versammlungslokals und der Versammlungstermine sowie ein Lageplan der Kolonie vorzulegen. Wird gegen die Aufnahme kein Einspruch erhoben, so beschließt die nächste Bezirksverbandsversammlung über Aufnahme oder Ablehnung durch Stimmenmehrheit. Gegen die Ablehnung kann der Vorstand des Zentralverbandes in letzter Instanz angerufen werden. Im Falle der Aufnahme ist die Satzung des Bezirksverbandes durch Unterschrift anzuerkennen.

§ 5.

Die Mitgliedschaft erlischt:

1. Durch Auflösung des Bezirksverbandes.
2. Durch Auflösung oder Austritt des Vereins der nur zum Schluß des Kalenderjahres nach vorheriger halbjähriger Kündigung mittels Einschreibebrief erfolgen kann.
3. Durch Streichung des Vereins aus der Bezirksverbandsliste.

§ 6.

Die Streichung nach § 5 Ziffer 3 kann erfolgen, wenn ein Verein sich irgend einer Verpflichtung gegen den Bezirksverband entzieht und der ihm gesetzten Frist zur Erfüllung nicht pünktlich nachkommt.

§ 7.

Über die Streichung eines Vereins entscheidet auf Antrag des örtlichen Rechtsausschusses die Bezirksverbandsversammlung durch Stimmenmehrheit. Gegen diese Entscheidung steht dem Verein innerhalb 14 Tagen nach Erhalt des Bescheides Berufung an die Bezirksverbandsversammlung zu. Bis zu deren Abhaltung ruhen alle Rechte des Vereins.

4. Beiträge.

§ 8.

Der aufzunehmende Verein hat eine Aufnahmegebühr von RM 8,10 je Mitglied zu zahlen. Die monatlichen Beiträge zum Bezirksverband in denen auch die Beiträge für die übergeordneten Verbände enthalten sind, werden von der Bezirksverbandsversammlung festgesetzt. Sie sind monatlich im voraus zu entrichten.

5. Dauer des Geschäftsjahres.

§ 9.

Das Geschäftsjahr beginnt mit dem Januar und endet mit dem 31. Dezember. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung in das Vereinsregister und endet mit dem Schluß des Kalenderjahres.

6. Bezirksverbandsvorstand und Fachausschüsse.

§ 10.

Geschäftsleitender Vorstand im Sinne des BGB § 36 ist der 1. Vorsitzende, der 1. Kassierer und der 1. Schriftführer. Der erweiterte Vorstand besteht aus den drei Vorgenannten, deren Stellvertreter, sowie mindestens 7 Beisitzern welche die Vorsitzenden der Ortsausschüsse sind, sowie den Obmannern der Fachausschüsse.

band schnell über Bedürfnisse, Nöte und Bitten aus den Vereinen informieren.

Seine eigenständige Arbeit nahm der Bezirksverband „Berlin-Treptow“ am 1. Oktober 1946 auf.^{117/ 118/ 119/}

Wegen des akuten Raummangels blieb der Bezirksverband „Berlin-Treptow“ vorerst noch Untermieter in den Räumlichkeiten des Bezirksverbandes „Berlin-Süden“.

Am 3. November 1946 fand eine Generalversammlung des Bezirksverbandes „Berlin-Süden“ im Vereinsheim „Guter Wille“ in Britz statt. Die zwei wichtigsten Punkte der Tagesordnung lauteten:

- Trennung „Neukölln-Treptow“ und
- Neuwahl des Vorstandes.^{120/}

Damit war die rechtskräftige Ausgliederung der Kleingartenvereine des Bereiches Treptow aus dem Bezirksverband „Berlin-Süden“ vollzogen, ohne damit schon die endgültige Zuordnung der Vereine zu den beiden Bezirksverbänden geklärt zu haben.

Am 1. Januar 1947 bezog der Bezirksverband „Berlin-Treptow“ Räume in der Seidenbaustraße 8 in Adlershof, womit eine über sechsundzwanzig Jahre währende Verquickung der Amtsgeschäfte über die Bezirksgrenzen hinweg auch eine räumliche Trennung erfuhr.

In der Folgezeit musste, offensichtlich wegen mangelnder Informationsmöglichkeiten, der Bezirksverband „Berlin-Süden“ die Treptower Vereine nachdrücklich auffordern, sich in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes „Berlin-Treptow“ zu melden, aber die noch offenen finanziellen Verbindlichkeiten in der Pflügerstraße abzurechnen.^{121/}

Im Februar 1947 erschien als erste Kleingartenzeitung nach dem Krieg **„Der Kleingärtner und Siedler“** als alleiniges Organ des Zentralverbandes.

Die Alliierte Kommandantur wies 1947 eine „Zählung von Gärten und kleinen Landparzellen“ an, um alles „...geeignete Land zur Bepflanzung ...“ zu erfassen. Dabei war freigestellt, ob bei fehlender Übereinstimmung der Akten mit den realen Bedingungen auf vorhandene Unterlagen zurück gegriffen oder alles neu erfasst wird.^{122/} Die Vereine waren zur aktiven Mitarbeit aufgefordert.

Die Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes Treptow fand am 22. März 1947 statt. Zum 1. Vorsitzender wählten die Delegierten Louis Preuschoff.

Trotz der Trennung der beiden Bezirksverbände „Berlin-Süden“ und „Berlin-Treptow“ beschlossen diese am 15. Mai 1947 auch weiterhin an der gemeinsamen Satzung der Brandschutzkasse festzuhalten und legten einen Höchstbestand von 20.000,- RM fest.^{123/}

Auch 1947 konnten die im Bezirk Treptow wohnenden Kleingärtner mit einer Parzellengröße von mehr als 300 m² wieder Pflanzkartoffeln über den Bezirksverband bestellen.^{124/}

Die Bestellmenge plus 10 % verrechnete im Herbst die Kartenstelle bei der Zuteilung der Einkellerungskartoffeln. Ertragsausfälle durch Unwetter gingen zu Lasten des Antragstellers. Im Falle des Ablebens des Antragstellers gingen die Forderungen der Stadt Berlin auf die Familienmitglieder über.^{125/}

Im Mai informierte der Zentralverband über die erforderlichen Schritte zur Eintragung der Vereine in das Vereinsregister. Wesentliche Voraussetzung für diese Eintragung war die Antragstellung und Genehmigung als „nichtpolitische Organisation“ durch die Kommandantur.^{126/}

Die ganze Aktion zog sich wegen Abstimmungsproblemen zwischen den Kommandanten der vier Sektoren und den Bezirksverwaltungen über viele Monate hin.

Der Bezirksverband Treptow erhielt am 4. Juni 1947 durch das Amtsgericht Charlottenburg die Mitteilung, dass dem „... Nachweis der Zulassung des Vereins durch die zuständige Alliierte Militärbehörde ... binnen 5 – fünf – Monaten entgegengesehen“ wird.^{127/}

Der Zentralverband berichtete im selben Monat, dass die Anzahl der organisierten Kleingärtner seit Juni 1946 von 94.000 auf 133.000 im April 1947 angewachsen ist und die Mitglieder in 1.014 Vereinen registriert sind.

Ebenfalls im Juni erhielten die Vereine die Aufforderung, den „Anordnungen zu den Kartoffelkäferbekämpfungsaktionen größte Aufmerksamkeit zu schenken“.

In einer Anordnung legte der Magistrat für den Bezirk Treptow den wöchentlichen Suchtag für Kartoffelkäfer auf den Freitag fest. Über die Teilnahme und das Sammelergebnis mussten die Vorstände jeden Sonnabend berichten.^{128/}

In Treptow konnten 1947 in Umsetzung der Brachlandaktion in den Ortsteilen Adlershof, Altglienicke, Bohnsdorf, Niederschöneweide und Johannisthal insgesamt 233.000 m² Brachland erschlossen und parzelliert werden.^{129/}

Durch Erweiterung erhielten die bestehenden Kleingartenanlagen „Am Adlergestell“ und „Arndtplatz“ 115, „Lindenhof“ 35, „Niederschöneweide“ 46 und „Heide am Wasser“ 63 neue Parzellen. Im Ergebnis der Brachlandaktion gründeten sich 1947 vier neue Kleingartenanlagen in Treptow:
„Zu den Eichen“ (300 Parzellen)
„Sperlingslust“ (220 Parzellen)
„Am Freibad Oberspree“ (45 Parzellen)
„Falkenbrunner Straße“ (200 Parzellen).

Für das Brachland „Adlergestell“ konnte am 1. Juli 1947 ein Verwaltungsabkommen über 21.600 m² abgeschlossen werden. Für das erste Nutzungsjahr vom 1. November 1947 bis 31. Oktober 1948 betrug die Pacht wegen der zu beseitigenden Schuttmassen nur 0,01 RM/m² (danach 0,03 RM/m²).

Der Bezirksverband Treptow musste diese Fläche eines ehemaligen Schulgartens aber vorher von der „Deutschen Treuhandstelle zur Verwaltung des sequestrierten und beschlagnahmten Vermögens im sowjetischen Sektor“ übernehmen.^{130/}

Die Aufteilung der Fläche und die Vermittlung der Parzellen übertrug der Bezirksverband dem Vorstand der Kleingartenanlage „Am Adlergestell“. Die Einzelpachtverträge schloss der Bezirksverband ab.^{131/}

Nach nur sechsmonatiger eigenständiger Tätigkeit musste sich der Bezirksverband nach neuen Räumlichkeiten für seine Geschäftsstelle umsehen. Mit einem Aushang informierte er seine Besucher, dass: „Auf Anordnung der Besatzungsmacht ... der Wohnblock in der Seidenbaustraße ge-

räumt werden (muss). Unser Büro befindet sich jetzt vorübergehend in der Friedensstraße 8“.^{132/}

Die Alliierte Kommission der vier Besatzungsmächte ließ am 28. August 1947 nach entsprechender Antragstellung den „Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“ als nichtpolitische Organisation zu.^{133/}

Für den 31. August 1947 hatte der Ortsausschuss Baumschulenweg des Bezirksverbandes zu einer Sammelaktion „...zu Gunsten alter Leute ...“ in den Kleingartenanlagen „Harmonie“, „Gemütlichkeit III“, „Holunderbusch“, „Britzer Allee“ und „Lerchenhöhe“ aufgerufen. Diese Spende sollte in 90 Portionen geliefert werden. Das Ergebnis war 586 Pfund Obst und Gemüse.^{134/} Diese organisierten Sammelaktionen von den Kleingärtnern führten nahezu alle Vereine mehrfach durch.

Zu der nach dem Krieg eingeführten Tabaksteuer für den Anbau von Tabak kam 1947 auch die Pflichtablieferung für die Tabakanbauer.

Auf der Grundlage des Befehls Nr. 77 des „Garnisons-Chefs und Militärkommandanten des sowjetischen Okkupationssektors von Groß-Berlin“ mussten alle Anpflanzungen mit mehr als 100 Tabakpflanzen bei der Abteilung Ernährung in der Treptower Chaussee 52 (heute Puschkinallee) gemeldet werden. Für die Ablieferung von Tabak stellte man Tabakfertigerzeugnisse und Zucker im Rückkaufverfahren in Aussicht.^{135/}

Den Kleingärtnern ging durch Diebstähle der Lohn ihres Kleingärtners verloren. Kartoffeln, Kohlköpfe, Salat aber auch Hühner und Kaninchen verschwanden.

In einem Schreiben des Bezirksverbandes forderte dieser deshalb die Vereine auf, eigene Wachdienste, die durch die Polizeiinspektion und die Militärkommandantur Unterstützung fanden, in den Kolonien zu organisieren. „Parzelleninhaber, die sich von dieser Gemeinschaftsarbeit fernhalten, setzen sich der Gefahr einer fristlosen Kündigung ihrer Parzelle aus...“.^{136/}

Zur Weihnachtsfeier des Zentralverbandes 1947 spendete der Bezirksverband für 400 Waisenkinder, Flüchtlinge und Rentner 300,- RM, die Kleingartenanlage „Drei Pappeln“ 20,- RM.

Am 5. Januar 1948 teilte der Zentralverband dem Bezirksverband Treptow mit, dass bei noch nicht erfolgter Zulassung als nichtpolitische Organisation der Bezirksverband im Auftrage des Zentralverbandes und dessen Zulassung BK/0 (47) 66 handeln kann.^{137/}

Für die Ausweitung der Sammlung von Kaninchenfellen eröffnete 1948 in der Straße Am Rehpfehl 29 in Alt-Glienicke die Hauptsammelstelle und richtete im gesamten Stadtbezirk weitere neun Sammelstellen für Kaninchenfelle ein. Zur Abgabepflicht wies die Abteilung Wirtschaft des Bezirksamtes darauf hin, dass die Kaninchenfelle entsprechend dem Befehl Nr. 21 des Chefs der Garnison und Militärkommandanten des sowjetischen Sektors abzuführen sind, da sonst hohe Strafen drohen.^{138/}

Die „Jahres-Hauptdelegierten-Konferenz“ des Bezirksverbandes fand am 18. Januar im „Volkshaus Baumschulenweg“ (Bewag Stadion) in der Köpenicker Landstraße statt, auf der auch die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung stand.

Zum 1. Vorsitzender wählten die Delegierten erneut L. Preuschoff, zum Stellvertretenden Vorsitzenden O. Lüdemann und zum Schriftführer/Geschäftsführer Wilhelm Lachmund.^{139/}

Die Bedeutung dieser Treptower Kleingärtnerkonferenz bestand vor allem darin, dass sie eine neue Satzung des Bezirksverbandes annahm.

Diese wies aus, dass die Mitgliedschaft im Bezirksverband auch möglich ist für:

- Kleingarten- und Brachlandkolonien,
- Hausgärtner - Vereinigungen und Siedlungen,
- einzelner Kleingärtner, Brachland- und Hausgärtner sowie
- Siedler.

Statt des früher üblichen Schiedsgerichtes gab es jetzt eine Schiedsstelle. Einsprüche bzw. die Anrufung der Schiedsstelle waren kostenpflichtig. Rechtsanwälte waren vor der Schiedsstelle nicht zugelassen.

Die Delegiertenversammlung bestätigte die gebildeten neun Ortsausschüsse und deren Vorsitzende in:

- Treptow mit 23 Anlagen,
F. Petersohn
- Baumschulenweg mit 31 Anlagen,
L. Preuschoff
- Johannisthal I mit 18 Anlagen,
O. Schulte
- Johannisthal II mit 22 Anlagen,
A. Piephardt
- Johannisthal III mit 8 Anlagen,
F. Raack
- Adlershof mit 14 Anlagen,
Nitsche
- Bohnsdorf mit 4 Anlagen,
O. Dressler
- Altglienicke mit 22 Anlagen,
R. Günther
- Niederschöneweide mit 8 Anlagen,
P. Beley

Neben den Vereinsvorsitzenden gehörten nach dem Schlüssel 1:50 weitere gewählte Vereinsdelegierte den Ortsausschüssen an. Nach den vorliegenden Protokollen des Ortsausschusses Johannisthal III bestanden diese Ortsausschüsse bis 1963.

Die zweimonatlichen Bezirksdelegiertenversammlungen hatten sich offensichtlich nicht bewährt. In der neuen Satzung war deshalb für Januar der Bezirksverbandstag und für Juli die Delegiertenkonferenz des Bezirksverbandes vorgesehen.^{140/}

Die Zeitschrift „Der Kleingärtner und Siedler“, das alleinige Organ des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V. – Berlin, erschien bis Februar 1948 mit Sitz der Redaktion und des Express-Verlages in der Mohrenstraße 36/37 in Berlin-Mitte. Im März 1948 verlegte die Redaktion der Zeitschrift ihren Sitz in die Berliner Straße 134 in Berlin-Wilmersdorf. Im Express-Verlag in der Mohrenstraße erschien nun die

„...unabhängige illustrierte Zeitschrift...“
„Garten und Siedlung“.

Die große Not, die in dieser Zeit in den Kleingartenvereinen herrschte, zeigt sich auch an Hand der Vereinsfeier der Kleingartenanlage „Teltowkanal I“.

Die Mitgliederversammlung vom 25. Februar 1948 beschloss, dass zur Feier aus Anlass des 25. Jahrestages des Bestehens des Vereins jedes Mitglied zwei Kohlen für die Beheizung der Gaststätte und Lebensmittelkarten für 50g Zucker, 20g Fett zum Backen von Kuchen und 100g Fleisch mitzubringen hat.^{141/}

Zu der am 25. April 1948 stattfindenden zentralen Delegiertenversammlung erschienen alle eingeladenen Delegierten. Obwohl der Zentralverband keine rechtlichen Befugnisse gegenüber den Grabelandnutzern hatte, nahmen auch von ihnen Delegierte an der Versammlung teil. Die Delegiertenversammlung verabschiedete einen Antrag an den Magistrat, in dem sie die Aufhebung der Pflichtablieferung für Obst und Gemüse forderten, was für alle Kleingärtner von mehr als 600 m² Gartenland galt. Vom Hauptamt für Grünplanung beim Magistrat verlangten die Delegierten, geeignete Flächen für Kleingärten freizugeben.

Der Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V. beantragte beim Magistrat eine Überarbeitung der Kleingartenordnung aus dem Jahre 1919, da sie in einigen Punkten nicht mehr zeitgemäß sei. Der eingereichte Entwurf einer neuen Fassung legte besonderen Wert darauf, dass eine Verpachtung von Parzellen nur durch den Zentralverband und die Bezirksverbände erfolgen sollte.

Außerdem mahnte der Zentralverband beim Magistrat an, dass die Kündigungsschutzverordnung vom 15. Dezember 1944 endlich aufgehoben werden müsse.^{142/}

In Rundschreiben an die Vereinsvorstände der Kleingartenanlagen verwies der Bezirksverband Treptow darauf, was bei Abschluss von Unterpachtverträgen zu beachten und wie zu verfahren ist. Demnach

durften Unterpachtverträge nicht mit allein stehenden Personen abgeschlossen und nur von einem Partner unterschrieben werden.^{143/}

Außerdem musste zuerst der Bewerber der Mitgliederversammlung der Kolonie vorgestellt und aufgenommen werden. Danach erfolgte die Ausfüllung des Pachtvertrages, der erst Rechtsgültigkeit erlangte, wenn der Bezirksverband ebenfalls unterzeichnet hatte.^{144/}

Da die sowjetische Kommandantur eine gesonderte Bestätigung als „nichtpolitische Organisation“ für den Bezirksverband Treptow ablehnte, weil diese bereits am 8. August 1947 für den Zentralverband als übergeordnetes Organ erfolgt sei, forderte der Bezirksverband Treptow in einem Schreiben vom 14. Juli 1948 das Amtsgericht Charlottenburg auf, seine Eintragung in das Vereinsregister zu klären.

Der Berliner Zentralverband erhielt am 24. Juli 1948 die Anerkennung seiner steuerlichen Gemeinnützigkeit.

Die Kleingartenanlage „Naturfreunde“ in Baumschulenweg führte am 5. September 1948 für besonders bedürftige alte Leute eine Obst- und Gemüsebescherung durch, bei der jeder Gast 12 Pfund Gartenerzeugnisse erhielt.^{145/}

1948 schloss der Bezirksverband mit den einzelnen Vereinen Verwaltungsabkommen ab, die den Vereinen die Aufgabe übertrug, im Auftrage des Bezirksverbandes die „...ordnungsgemäße Durchführung der Bedingungen im Pachtvertrag ...“ zu gewährleisten.^{146/}

Der Bezirksverband Treptow pachtete das Teilgut Markgrafshöhe in Bohnsdorf mit etwa 90 Morgen Land, von denen 12 Morgen als Baumschule genutzt und auf einem Teil des Geländes die Kleintierzucht betrieben werden sollte. Am 25. Juli fand in den Räumen des Gutes auch die Delegiertenversammlung statt.^{147/}

Vom 20. August bis 5. September 1948 nahm der Treptower Bezirksverband mit einem eigenen 9 x 2 m großen Stand an der „Grünen Woche der Kleingärtner und

Siedler“ in der Halle IV des Ausstellungsgeländes am Funkturm teil. Für seine Kleingärtner hatte er drei Preise von 50,-, 30,- und 20,- RM für ausgestelltes Obst und Gemüse sowie Kleintiere ausgeschrieben. Durch die rege Beteiligung der Kleingärtner und Kleintierzüchter errang der Bezirksverband „Berlin-Treptow“ nach Wedding und Reinickendorf den 3. Preis.^{148/}

Eine besondere Delikatesse sollen, entsprechend dem Protokollbuch der Kleingartenanlage „Birkenwäldchen“, die Sojabohnen von W. Lachmund gewesen sein.

Die „Grüne Woche“ war, trotz der Geldknappheit und der damit verbundenen Schwierigkeiten, ein Ereignis, das rund 136.000 Gäste anzog.

In der Ausgabe Nr.11 der Zeitschrift „Der Kleingärtner und Siedler“ veröffentlichte der Zentralverband, dass 4.787,42 ha, das waren 5,5 % des gesamten Berliner Stadtgebietes, von Kleingärtnern genutzt werden. Im sowjetischen Sektor betrug die Fläche allein 2.327,12 ha. Davon nutzten die Treptower Kleingärtner 400 ha, rund 9,7 % der Bezirksfläche.

Bereits 1946 hatte die SED die bedeutende Rolle des Kleingartenwesens zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung erkannt und auch die Förderung und Organisation der Kleingärtner, -siedler und Kleintierzüchter benannt. Die Umsetzung sollte, um ihren Führungsanspruch durchsetzen zu können, über eine einheitliche Gesamtorganisation erfolgen.

Nach langen internen Auseinandersetzungen in der SED-Führung entschied man sich am 1. November 1948, die „**Kleingartenhilfe des FDGB**“ für die sowjetische Zone zu bilden. Wegen des Viermächtestatus war die „Kleingartenhilfe des FDGB“ für Berlin nicht wirksam.

Staatlich sanktionierte diese Order der Präsident der Deutschen Verwaltung des Inneren am 22. November 1948.

Damit war die Herausbildung einer selbständigen, eigen initiierten Vereinigung, wie sie die Kleingärtner anstrebten, nicht mehr möglich.

1948 gründete sich in Treptow der Kleingartenverein:
„Neuer Garten“.

4.2. Die Spaltung der Berliner Kleingartenorganisation

Die 1948 immer spürbarer werdenden Tendenzen hin zu einer Spaltung Berlins in Ost und West machte auch vor den Kleingärtnern und ihrer Organisation nicht halt.

Die Kleingärtner hatten in ihrer langen Bewegung immer ihre parteipolitische Neutralität betont und in ihren Satzungen festgeschrieben. Die Einbeziehung in den jetzt auszutragenden Interessenkonflikt der Großmächte und ihrer deutschen Helfershelfer konnten sie aber nicht verhindern.

Im Juni erfolgte die Wahl des Treptower Kleingärtners Wilhelm Lachmund zum Beisitzer des Zentralverbandes^{149/} und kurze Zeit später seine Berufung zum 2. Vorsitzenden.

Ein wesentlicher Einschnitt im Leben der Kleingärtner stellte die **Währungsreform** dar, die am 20. Juni 1948 mit der Einführung der DM (West) begann. Vier Tage später erfolgte im Gegenzug im sowjetischen Besatzungsgebiet die Einführung der DM (Ost).

Die Treptower Kleingärtner hatten „über Nacht“ plötzlich anderes Geld als ihre Gartennachbarn, die damit auch noch andere Waren kaufen konnten.

Der Schwarzmarkt erfuhr zwar wesentliche Einschränkungen, aber es entstanden auch die ersten tieferen Gräben zwischen Ost und West.

Am 24. Juni 1948 die Blockade von Westberlin.

Bedingt durch diese Ereignisse erfolgte nun die Trennung der Brandschutzkasse für die beiden Bezirksverbände „Berlin-Treptow“ und „Berlin-Süden“, woraus sich die Notwendigkeit ergab, innerhalb kürzester Zeit das eigene Grundkapital aufzustocken.

Der Vorstand der Treptower Brandschutzkasse, die eine Unterstützungskasse der Kleingärtner auf Gegenseitigkeit war, wies deshalb in mehreren Rundschreiben in der

Folgezeit immer wieder auf die Pflicht der Mitgliedschaft hin.

Eine Ausnahme bestand nur, wenn eine offizielle Feuerversicherung für die Laub nachgewiesen werden konnte.

Neben den persönlichen Problemen der Kleingärtner durch die Währungsreform, die in Wirklichkeit eine Geldentwertung war, waren auch die Vereine ernsthaft betroffen. Alle Versuche, die Vereinskassen bei der Zentralen Wirtschaftskommission 1:1 zu tauschen, schlugen fehl. Dadurch mussten die Ausgaben in den Vereinen wesentlich reduziert werden und die sonst üblichen Vereinsfeste teilweise ausfallen.

Die Hoffnung, dass die von den Treptower Vereinen beim Bezirksverband eingezahlten rund 80.000,- RM 1 : 1 umgetauscht werden können, erfüllte sich ebenfalls nicht. Dagegen konnte die „kleine“ Kasse bei den Ortsausschüssen wegen der geringen Beträge 1 : 1 umgetauscht werden.^{150/}

Im August informierte der Zentralverband alle Vereine, dass die Beiträge bis 30. Juni 1948 in der alten Währung und alle finanziellen Verpflichtungen nach diesem Termin, in der neuen Währung zu entrichten seien.

Bei geleisteten Vorauszahlungen erfolgte die Verrechnung des Betrages mit einem Wert von 1/10, d.h. es mussten noch 9/10 nachgezahlt werden.

Auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V. am 7. November 1948 traten die Konflikte zwischen den Funktionären Ost und West offen zu Tage. Die Delegierten stimmten dem Vorschlag des 1. Stellvertreters des Zentralvorstandes, W. Lachmund, den 31. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ zu begrüßen, zu.

Andere Anträge politischen Inhalts lehnte der Vorsitzende des Zentralverbandes, W. Naulin, ab.

So erfolgte keine Würdigung der „Helden der Luft“, die sich während der sowjetischen Blockade um die Versorgung der Westberliner verdient gemacht hatten.

Naulin betrachtete eine solche Wertung durch die Delegiertenversammlung als Verstoß gegen die politische Neutralität des Zentralverbandes.

Ab Mitte Oktober 1948 zog sich die Mehrheit des Berliner Magistrats in den britischen Sektor zurück und immer mehr Behörden verlagerten ihren Sitz in die Westsektoren.

Am 30. November 1948 bildete sich im Admiralspalast in einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung ein neuer Magistrat. Daraufhin verlegte am 1. Dezember der bisherige Magistrat seine Dienststellen endgültig in die Westsektoren. Mit dieser Entwicklung waren auch die Tage des bis dahin einheitlichen Zentralverbandes gezählt.

Durch unüberbrückbare politische Meinungsverschiedenheiten im Vorstand kam es in der Nacht zum 3. Dezember 1948 zur Aufspaltung des Zentralverbandes. W. Naulin verließ unter Mitnahme diverser Unterlagen die Geschäftsräume in der Neustädtischen Kirchstraße 3.

Unter Vorsitz von W. Naulin etablierte sich ein neuer „Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“ in Berlin-Wilmersdorf in der Berliner Straße 134, den das Grünflächenamt des alten Magistrats, am 13. Januar 1949 sanktionierte.^{151/}

Dieser Zentralverband berief eine außerordentliche Delegiertenversammlung zum 16. Januar 1949 ein, zu der die Bezirksverbände und Vereine aller Sektoren geladen waren.

Parallel dazu erhielten alle Vorstände eine von W. Naulin unterzeichnete dreiseitige Darstellung der Vorgänge vom 3. Dezember 1948.^{152/}

Die Versammlung schloss, neben zwei weiteren Ostberliner Bezirksverbänden, den von Treptow aus, da diese gegen den Grundsatz der unpolitischen Arbeit verstoßen hätten.

Unter Vorsitz von W. Lachmund blieb der „Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“ unter der alten Adresse bestehen.

Nach einem Gerichtsbeschluss vom 17. Dezember 1948 und nach einem Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 14. Februar 1949 erhielt dieser Zentralverband den alleinigen Vertretungsanspruch zugesprochen.^{153/} Neben den Ostberliner Bezirksverbänden schlossen sich dem Zentralverband auch die Bezirksverbände aus Reinickendorf, Tempelhof und Wedding an, deren Vorsitzende daraufhin ihrer Funktion durch das Grünflächenamt des Magistrats der Westsektoren enthoben wurden.^{154/}

Auch W. Lachmund lud für den 16. Januar 1949 zu einer Delegiertenversammlung in das Volkshaus Mitte ein. Dazu erhielten alle Vorstände eine von ihm unterzeichnete zweiseitige Darstellung der Vorgänge vom 3. Dezember 1948.^{155/}

Dass zwischen den beiden Darstellungen keine inhaltliche Übereinstimmung bestehen konnte, ist durchaus nachvollziehbar. So schmerzhaft und überraschend diese Trennung der Berliner Kleingartenorganisation auch war, so ist sie doch überwiegend nur das Ergebnis der sich immer stärker zuspitzenden politischen Auseinandersetzungen in der Stadt.

4.3. Das Kleingärtnern unter den Bedingungen des Viermächtestatus

Berlin unterstand auf Grund des Viermächtestatus den vier Besatzungsmächten. Während in den übrigen Ländern unterschiedliche Aktivitäten zur Belebung des Kleingartenwesens, aber auch zur Schaffung einer einheitlichen Kleingärtnerorganisation zu verzeichnen waren, durften alle in Berlin geltenden Regelungen nicht auf die Besatzungszonen ausgedehnt werden. Andererseits klammerten alle für die Besatzungszonen vorgesehenen Maßnahmen Berlin aus. Über Jahre mussten alle Gesetze für Berlin, auch die für das Kleingartenwesen, gesondert beschlossen und im Verordnungsblatt für Groß-Berlin veröffentlicht werden.^{156/}

Der Bezirksverband Treptow stellte nach der Spaltung des Vorstandes des Zentralverbandes in einem Rundschreiben gegenüber seinen Vereinen klar, dass W. Naulin „keine Berechtigung mehr hat, im Namen und im Auftrage des Zentralverbandes aufzutreten...“. Er machte darauf aufmerksam, „dass alle Zahlungen wie bisher, nur an den Bezirksverband Berlin-Treptow der Kleingärtner, -Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V., zu leisten sind“. Den Forderungen, „... Zahlungen an ihn (Naulin) oder auf sein Westkonto“ vorzunehmen, ist nicht nach zu kommen.^{157/}

Im Dezember 1948 richtete der Bezirksverband Treptow eine eigene Kleintier-Werbeschau im „Volkshaus Baumschulenweg“ aus. Neben „beringten“ und „tätowierten“ Rassetieren stellten die Züchter auch eigene Kreuzungen aus.

Der hierzu durchgeführte Wettbewerb in den Vereinen zielte nicht auf die Teilnahme von Ausstellern, sondern auf die Anzahl der verkauften Eintrittskarten. Insgesamt maß man der Werbeschau große Bedeutung zu, da sich mehrere Rundschreiben nur mit dem Stand der Vorbereitung, der Beschaffung der Ehrenpreise und der Anzahl der von den Vereinen verkauften Eintrittskarten befassten.

Nachdem die Währungskommission die Freigabe der Gelder anordnete, die die Vereine während der Währungsreform beim Bezirksverband hinterlegt hatten, konnten Anfang 1949 die Vereinskassierer die fälligen Zahlungen im Abwertungsverhältnis 10:1 verrechnen.^{158/}

Am 16. Januar 1949 trafen sich im Volkshaus Mitte, wie in der Einladung aufgefordert, die Delegierten der Kleingartenvereine zu ihrer ersten Versammlung im sowjetischen Sektor nach der Aufspaltung der Berliner Kleingartenorganisation.

Von den bereits vor der Teilung gewählten 105 Delegierten waren 71 anwesend, also auch Delegierte aus den Westsektoren. Neben weiteren 109 Gästen nahm auch der Bürgermeister des Stadtbezirkes Treptower, A. Burde, als Gast teil.^{159/}

Hauptinhalt der Tagung war die Ausrichtung der weiteren Arbeit des Zentralverbandes nach der Aufspaltung des Vorstandes. Die Delegierten beschlossen, dass der neue Vorsitzende und der Kassierer hauptamtlich anzustellen seien und zusätzlich noch ein Geschäftsführer beschäftigt wird. Zum Vorsitzenden des Zentralverbandes wählte die Versammlung Wilhelm Lachmund und als Beisitzer u.a. zwei Delegierte aus Mariendorf bzw. Spandau.^{160/}

Bei der Wahl des neuen Vorstandes des Zentralverbandes lehnte W. Lachmund den Vorschlag, eine Frau in den Vorstand zu wählen, ab, da die Kandidatin kein Mitglied des Verbandes war. Zu dieser Zeit konnte sie es auch noch nicht sein, da immer nur einer, in dem Fall der Ehemann, den Unterpachtvertrag unterschrieb.

Die Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes führten die Treptower Kleingärtner am 30. Januar 1949 im „Alten Eierhäuschen“ durch. Neu war der Delegiertenschlüssel. Auf 50 Mitglieder kam ein Delegierter (bisher 1:100). Die Delegiertenversammlung bestätigte L. Preuschoff und O. Lüdemann in ihren Funktionen.

Die immer differenziertere Entwicklung in den vier Besatzungssektoren von Berlin erschwerte auch die Situation der Kleingärtner aus den Westsektoren, die ihre Parzelle in Kleingartenanlagen Treptows hatten. Um ihre Gartenerzeugnisse mit nach Hause nehmen zu können, mussten sie an den Sektorenübergängen den Kleingärtnerausweis und eine Bescheinigung ihres Vereinsvorstandes vorlegen.

Auch die Landeigentümer aus den Westsektoren unterlagen neuen Festlegungen. So erfolgte der Zahlungsverkehr von den Vereinen nicht mehr auf direktem Wege, sondern über den Bezirksverband auf ein Verrechnungskonto beim Magistrat.^{161/}

Mit der Gründung der Wirtschaftsgenossenschaft der Kleingärtner und Siedler, über deren Angebote die „Kleingärtner- und Siedlerzeitung“ aktuell berichtete, verbesserte sich die Versorgung mit Dünger, Saatgut und anderen Materialien für die Kleingärtner. Der Sitz der Genossenschaft war in der Charlottenstraße 44. Das für Treptow zuständige Lager befand sich in Grünau in der Merkurstraße.^{162/}

Das Eintrittsgeld für die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsgenossenschaft betrug 1,50 DM. Es konnte mindestens 1 Anteil und höchstens 50 Anteile erworben werden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates war Johann Tadler, der frühere Geschäftsführer des Zentralverbandes.

An Saatkartoffeln standen für die Treptower Kleingärtner insgesamt 150 t zur Verfügung. Entsprechend der Parzellengröße - bis 300 m² 10 kg, bis 600 m² 20 kg und über 600 m² 30 kg - erhielten die Kleingärtner die ihnen zustehende Menge, wenn sie ihren Bedarf, in der Kartenstelle angemeldet hatten. Westberliner Mitglieder erhielten nur dann Saatkartoffeln, wenn sie ihre Lebensmittelkarten in Treptow erhielten.

Mit der Wirtschaftsgenossenschaft war der große Mangel an Saatgut aber auch an Baumaterial und anderen notwendigen Dingen für das Kleingärtner nicht beseitigt, so dass in einigen Vereinen Sammel- oder Angebotslisten auslagen, in denen die

Kleingärtner all das anbieten konnten, was sie noch in Reserve hatten, aber eigentlich gar nicht selbst benötigten.

Aus einer vorliegenden Originalliste geht hervor, dass das Angebot von Schrauben, Nägeln, Klebemasse, Glas über diverse Geräte bzw. Handwerkszeug bis hin zu Bargeld in Ost- und West-Währung reichte. Wer bei der Verteilung Nutznießer war, geht aus dieser Liste nicht hervor.

Die unterschiedliche Entwicklung in den Besatzungszonen trat im ersten Halbjahr 1949 immer deutlicher zu Tage. Mit der Annahme des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ am 8. Mai 1949 war die Spaltung Deutschlands praktisch vollzogen, die sich dann mit der Konstituierung des Bundestages am 7. September 1949 und der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 vollendete.

1949 endete offiziell die Brachlandaktion. Über die tatsächlich genutzte Brachlandfläche in Berlin gehen die Zahlenangaben weit auseinander. So wird in der Festschrift zum 60. Jahrestag des Landesverbandes der Gartenfreunde Berlins für 1946 eine Fläche von 502 ha mit 12.521 Nutzern genannt.^{163/} Andererseits werden in einer Grafik vom Juni 1948 in „Der Kleingärtner und Siedler“ sogar 1.700 ha, das ist mehr als der Müggelsee groß ist, Brachland für die Nahrungsmittelerzeugung genannt. Das wäre eine Verdreifachung in eineinhalb Jahren.

Aus der Entwicklung des Kleingartenwesens in den westlichen Besatzungszonen gründete sich folgerichtig am 19. August 1949 in Bochum der „Verband Deutscher Kleingärtner, der seinen Sitz in Hamburg nahm.

Die Eintragung des Ostberliner „Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“ in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Mitte erfolgte am 25. August 1949 unter der Nummer 411. Dieser Vermerk des Amtsgerichtes ist auf der Satzung des Zentralverbandes mit Stempel bestätigt.^{164/}

Die Eintragung nennt W. Lachmund als Vorsitzenden und R. Kissner als stellvertretenden Vorsitzenden. Es ist auch vermerkt, dass „ein Verein mit gleichen Namen ... beim Amtsgericht Charlottenburg unter 66 VR 16 Nz“ eingetragen ist.

Bedingt durch die Spaltung des Zentralverbandes erschien ab Januar 1949 die „Kleingärtner- und Siedlerzeitung“ als offizielles Organ des „Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“. Der Sitz der Redaktion war in der Charlottenstraße 44 in Berlin-Mitte.

Diese Zeitschrift diente gleichzeitig als offizielles Informationsorgan der Wirtschaftsgenossenschaft der Kleingärtner und Siedler e.G.m.b.H. Berlin. Der Druck erfolgte in der Phönix-Druckerei in Treptow.



Erstausgabe „Der Kleingärtner“ 01. September 1949

Ab 1. September 1949 erschien vierzehntägig „Der Kleingärtner“ als „illustrierter Ratgeber für Garten, Siedlung und Kleintierhaltung“.

Redaktion und Verlag hatten ihren Sitz in der Reinhardtstraße 14 in Mitte. Der Druck erfolgte weiter in Treptow.

Der Leitartikel der ersten Ausgabe verwies darauf, dass die Berliner Kleingärtner mit

„...den Kleingärtnern, Siedlern und Kleintierhaltern der sowjetischen Besatzungszone enger als bisher verbunden sind“. Anlass war, dass der Vertrieb dieser Ausgabe auch in der sowjetischen Besatzungszone erfolgte.

Vom 3. bis 11. September 1949 fand in beiden Eierhäusern an der Spree als öffentlicher Auftritt des Bezirksverbandes die „Treptower Ernteschau“ statt. Diese Schau der 10.047 Kleingärtner aus 124 Kolonien und rund 600 Siedler aus 22 Siedlervereinen sollte ein Spiegelbild der Leistungen der Treptower Kleingärtner geben. Organisiert von den Ortsausschüssen begann die Ernteschau mit einer Demonstration der Kleingärtner aus allen Ortsteilen Treptows, die zu Fuß, per Rad und mit anderen geschmückten Fahrzeugen zu den Eierhäusern im Plänterwald kamen.^{165/}

Die hohe Besucherresonanz - allein an den ersten drei Tagen kamen rund 25.000 Besucher - zeigte das große Interesse der Bevölkerung an derartigen Ausstellungen.

Den anlässlich der „Treptower Ernteschau“ durch den Bezirksverband Berlin-Treptow der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V. neu geschaffenen Wanderpreis „Goldener Spaten“, bekam der Verein „Forsthausallee“ verliehen. Dieser Wanderpreis, befindet sich noch heute in diesem Verein und wird hin und wieder auch auf Ausstellungen gezeigt.^{166/}



Wanderpreis „Goldener Spaten“

Ebenfalls im September 1949 fand in Leipzig-Markkleeberg unter Beteiligung der „Kleingartenhilfe des FDGB“ eine Gartenbauausstellung statt. An der am 11. September 1949 stattgefundenen Tagung der Kleingärtner und Siedler nahmen auch Kleingärtner aus Berlin teil. Warum der 1. Vorsitzende des Berliner Zentralverbandes W. Lachmund trotz des Viermächte-Status die Tagung eröffnete, darüber kann man heute nur spekulieren.

Er führte u.a. in seiner Rede aus, dass mit der „Kleingartenhilfe des FDGB“ nun „... praktisch ein Verband der Kleingärtner und Siedler in der sowjetischen Besatzungszone besteht, dem zur Zeit nur Berlin noch nicht angehört“. In die verschiedenen Kommissionen der Tagung war jeweils ein Vertreter jedes Landes, aber keiner aus Berlin, delegiert.^{167/}

Vom 17. bis 25. September 1949 fand wieder die „Grüne Woche“, diesmal allerdings ohne aktive Beteiligung der Kleingärtner aus dem sowjetischen Sektor, statt. Die Beteiligung der Kleingärtner war nicht mehr bestimmend für den Inhalt der Ausstellung, da inzwischen die Gewerbebetriebe für ihre Erzeugnisse Werbung betrieben und besser bezahlen konnten.^{168/}

Anfang Oktober 1949 starb im Alter von 81 Jahren, „Onkel Pelle“, mit bürgerlichem Namen Max Gräwenitz“. In fast 60 Jahren hatte er auf ungezählten Kinderfesten in den Kleingartenanlagen für Unterhaltung gesorgt und die Kinder mit einfachen Mitteln erfreut.^{169/}

Im November tagte erstmalig nach der Auflösung im Juli 1933 das Kleingartenschiedsgericht Treptow und behandelte sieben Fälle. Außerdem tagte auch der Schlichtungsausschuss neun mal und behandelte dreiundzwanzig Fälle.

Im Jahr 1949 entstanden in den Treptower Kleingärten durch Brände fünf Total- und vier Teilschäden an Lauben sowie durch drei Schuppenbrände und einen Blitzeinschlag insgesamt ein Schaden in Höhe von 19.614,63 DM, den die Brandschutzkasse beglich.^{170/}

Im Ergebnis eines Delegiertenbeschlusses forderte der Zentralverband vom Magistrat eine Abschaffung des seit 1935 erhobenen Wohnlaubenentgeltes.^{171/}

Der angesichts der großen Wohnungsknappheit betriebene Versuch, die Lauben weiter auszubauen, endete mit einer vom Magistrat 1949 erlassenen Verfügung zum Verbot des „wildem Bauens“ in Kleingartenkolonien.^{172/}

Ab Ende 1949 war für die Durchführung von Mitgliederversammlungen und Schulungsabenden in den Vereinsheimen keine polizeiliche Anmeldung durch die Vorstände mehr erforderlich.^{173/}

Während unmittelbar nach dem Krieg große Parzellen geteilt werden sollten, musste dazu ab 1949 die Zustimmung vom Kleingartenamt eingeholt werden.

Offensichtlich erfolgte in Treptow auch noch nach 1948 die Übergabe von brach liegendem bzw. ungenutztem Gelände für die Parzellierung an angrenzende Kleingartenanlagen, wie die Erweiterung der Kleingartenanlage „Am alten Fenn“ (vormals „Sonnenhal I“ und „Sonnenhal II“), durch Grabelandparzellen zeigt.

Am 6. Dezember 1949 schloss der Bezirksverband mit dem Bezirksamt Treptow einen Grabeland - Nutzungsvertrag über eine Fläche von 2.200 m² an der Straße 15 ab. Diese Fläche erhielt später wahrscheinlich den Namen „Tannenbergl“. Nach den Grenzsicherungsmaßnahmen 1961 erfolgte für die restlichen Parzellen die Angliederung an die Kleingartenanlage „Kuckucksheim II“^{174/} und 2003 mit dem Bau der Autobahn A 13 neu die endgültige Räumung.

„Der Kleingärtner“ erschien ab 1950 als Publikationsorgan der „Kleingartenhilfe des FDGB“ und hatte nur noch eine Informationsrubrik für die Berliner Kleingärtner und Siedler. Wegen der großen Steigerung der Auflage erschienen vier Ausgaben für:

- Groß-Berlin
- Sachsen-Anhalt
- Sachsen
- Ausgabe A (für Brandenburg, Mecklenburg und Thüringen).^{175/}

Die unterschiedlichen Interessenlagen zwischen den Funktionären der Gewerkschaft und den Kleingärtnern erfüllten das Ziel der SED-Führung, das Kleingartenwesen auf Dauer im FDGB anzusiedeln, nicht.

Zwar verabschiedete das Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB am 13. Januar 1950 die Satzung der „Kleingartenhilfe des FDGB“, aber die bereits bei deren Ausarbeitung aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten eskalierten im Laufe des Jahres derart, dass die 2. Sitzung des Zentralaussschusses am 5. Dezember 1950 beschloss, sich vom FDGB als Träger des Kleingartenwesens zu trennen.

Die „Kleingartenhilfe“ sollte nach dem Willen der Kleingärtner als selbstständige Massenorganisation aufgebaut werden.

Die Delegiertenversammlung der 9.638 Treptower Kleingärtner, die in 120 Vereinen organisiert waren, fand am 5. Februar 1950 im „Alten Eierhäuschen“ statt. Hauptgegenstand der Tagung war die Anwendung des Gesetzes zur Gleichberechtigung der Frau in der Bezirksorganisation.

Der in den Vereinen und Ortsausschüssen eingehend diskutierte Entwurf eines neuen Unterpachtvertrages, der die Möglichkeit der Unterzeichnung des Pachtvertrages durch beide Ehepartner vorsah, befürworteten die Delegierten.^{176/}

Die Versammlung bestätigte Louis Preuschhoff in seinem Amt und wählte Erich Richter als stellvertretenden Vorsitzenden.

In Durchsetzung des Gesetzes zur Gleichberechtigung der Frau diskutierten die Treptower Ortsausschüsse, dass nach dem Tode des Parzelleninhabers die Witwe automatisch nach 3 Monaten neuer Pächter der Parzelle wird, wenn nicht besondere Gründe für eine Kündigung vorliegen.^{177/}

Das Amt für Stadtplanung erteilte die Auflage, Baugenehmigungen nur für die dem Stadtplanungsamt bekannten Kleingartenflächen zu erteilen. Die Errichtung von Gebäuden auf Grabeland war weiterhin nicht möglich. In Einzelfällen konnten Anlagen der Grabelandnutzer, wie die heute noch bestehende Kleingartenanlage

„Falkenbrunn“ (vorher „Falkenbrunner Straße“), die sich im Rahmen der Brachlandaktion besonders hervorgetan hatten, durch den Bezirksverband dem Magistrat als Kleingartenanlage vorgeschlagen werden.^{178/}

Offensichtlich gab es viele Versuche das sogenannte „Grabeland“ in Kleingartenanlagen umzuwidmen, weshalb auf seiner Jahresversammlung am 4. März 1950 der Zentralverband zu dieser Problematik Stellung bezog.

Er stellte klar, dass Grabelandnutzer keinen Schutz durch die Kleingartenordnung von 1919, keinen Kündigungsschutz und keine Entschädigungsansprüche haben. Sie zahlen keinen Pachtzins sondern Nutzungsentgelt, dürfen keine mehrjährigen Kulturen anbauen und keine Gebäude errichten und müssen Streitfälle vom Amtsgericht und nicht vom Kleingartenschiedsgericht entscheiden lassen.^{179/}

Überprüfungen der Elektroanlagen in den Kolonien, ergaben, dass die Anlagen den technischen Mindestanforderungen nicht genügen. Der Bezirksverband legte daraufhin fest, dass nur noch Installationsfirmen, die von der Bewag zugelassen waren, Arbeiten an den Stromnetzen durchführen dürfen. Die vorhandenen Mängel waren sofort zu beseitigen.^{180/}

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes, die am 17. Juni 1950 im großen Saal des Deutschen Bauernverlages in der Reinhardtstrasse 14 stattfand, beschloss die schon lange überfällige Mitzeichnung des Ehepartners auf dem Unterpachtvertrag, die Übernahme von Verbandsfunktionen durch Frauen, die Durchführung von zentralen Schulungen und die Einführung von einheitlichen Unterpachtverträgen.

Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten Erich Richter.^{181/}

Das Präsidium der Volkspolizei verlangte ab 1950 für alle Kleingartenanlagen eine durchgehende Nummerierung der Parzellen und verbot die Nummerierung innerhalb von Koloniestrassen oder -wegen.^{182/}

Im Wettbewerb zur Ausgestaltung von Kinderspielflächen erhielten die Kleingartenanlagen „Gemütlichkeit III“ und „Blumenfreunde“ den 2. und 3. Preis im Berliner Maßstab.

Im August 1950 veröffentlichte „Der Kleingärtner“ unter dem Titel „Was wird geflaggt?“ die Mitteilung, dass „...bei öffentlichen Anlässen, gesetzlichen Feiertagen und Koloniefesten die alten Vereinsfarben ... nicht mehr gezeigt werden dürfen und dass statt dessen die DDR-Fahne oder die rote Fahne gehisst wird ...“.^{183/}

Der Zentralverband forderte 1950, dass die besonders in Berlin verbreitete Bezeichnung „Kolonie“ nicht mehr zu verwenden sei und statt dessen grundsätzlich die Bezeichnung „Kleingartenanlage“ gilt.^{184/}

Das erste Kinderfest nach dem Krieg in der Kleingartenanlage „Vogelsang II“, ausgerichtet durch Spenden der Mitglieder, war es wert, in der Verbandszeitschrift erwähnt zu werden.^{185/}

Die Auswirkungen der Währungsreform waren auch noch nach über zwei Jahren zu spüren. So hatte der Bezirksverband Treptow Ende 1950 noch 10 verschiedene Konten bei drei verschiedenen Banken und verschiedene Sparsbücher. Die Guthaben schwankten zwischen 26,29 RM und 10.623,30 RM.^{186/} Nach Antragstellung an den Zentralverband zur Umwertung der Uralkonten erhielt der Sekretär des Bezirksverbandes Treptow, A. Landgraf, die Vollmacht zur Umwertung der Uralkonten.

Insbesondere die Siedlergemeinschaften hatten in der Vergangenheit erhebliche Mittel angehäuft, die aber größtenteils durch zweckgebundene Umlagen, beispielsweise für den Straßenbau – die so genannte Pflasterkasse – entstanden waren. So hatte der Grundbesitzerverein auf einem seiner Konten 620.547,- RM und die Siedlervereinigung Altglienicke 201.919,- RM. Aber auch die Kleingartenvereine hatten gespart. Das Guthaben der Kleingartenanlage „Rathaus Treptow“ betrug beispielsweise 3.982,15 RM, das des Vereins „Alte

Sternwarte“ 769,35 RM und das der Kleingartenanlage „Lange Gurke“ 730,- RM.

1951 waren in Treptow 9.639 Kleingärtner in 122 Kleingartenanlagen und 3.181 Siedler in 21 Siedlungen organisiert.^{187/}

Für den Bau des südlichen Güteraußenringes der Deutschen Reichsbahn mussten 1951 Teile der Kleingartenanlagen „Waldfrieden“ und „Neues Leben“ sowie der Grabelandanlage „Kanne“ geräumt werden.^{188/}

Die Neuordnung des Versicherungswesens bedingte, dass durch eine Verfügung des Magistrats, Hauptamt für Banken und Versicherungen, die Brandschutzkasse der Kleingärtner ihre Tätigkeit einstellen musste.

Ab Januar 1951 war durch den Bezirksverband ein Kollektiv-Feuerversicherungsvertrag bei der Groß-Berliner Versicherungsanstalt abzuschließen.^{189/}

Auf der Delegiertenversammlung am 11. Februar 1951 erhielt als 1. Vorsitzender L. Preuschoff erneut das Vertrauen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung E. Richter. Die Delegierten stimmten der Umbenennung des Treptower Verbandes in **„Bezirksverband der Kleingärtner und Siedler“** zu und legte zur Feuerversicherung die obligatorische Mitgliedschaft für sämtliche Kleingärtner fest.^{190/}

Da die Umbenennung des „Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer e.V.“ in **„Zentralverband der Kleingärtner und Siedler Berlin e.V.“** erst auf der Delegiertenversammlung am 31. März 1951 erfolgte, ist davon auszugehen, dass offensichtlich durch die Personalunion von E. Richter in beiden Vorständen diese Namensänderung bereits bekannt war.

Mit einer zentralen Dienstanweisung wies die Volkspolizei an, dass „... sich Personen, die ihren Wohnsitz im Westsektor haben, dort polizeilich gemeldet sind, sich jedoch während der Sommermonate auf einem Laubengelände als Pächter ... im demokratischen Sektor aufhalten, auf dem

für dieses Laubengelände zuständigen Volkspolizeirevier registrieren lassen^{191/}.

Dieser Anmeldeverordnung unterlagen ab 1952 auch Besucher, wenn sie sich länger als 3 Tage auf der Parzelle aufhielten. Durch die besondere Historie des Treptower Kleingartenwesens waren hier durch diese Regelung fast die Hälfte aller Kleingärtner betroffen.

Das zentrale Sommerfest des Bezirksverbandes feierten die Treptower Kleingärtner mit 5.000 Besuchern im Juli 1951 in Baumschulenweg.

1951 beendeten die Vorstände der Kleingartenanlagen die Aktion zur Einführung der neuen Unterpachtverträge, die sich textlich wesentlich von den zahlreichen Vorgängern unterschieden. Am Grundinhalt der Vertragsbedingungen und am Inhalt der Gartenordnung änderte sich nichts.

Mit den Pachtverträgen verpflichteten sich die Pächter, die Parzelle nur für den eigenen Bedarf zu nutzen und keinesfalls für gewerbliche Zwecke. Baulichkeiten durften nur mit einer Baugenehmigung errichtet werden. Der Vorstand konnte die Entfernung nicht genehmigter Bauten auf Kosten des Pächters verlangen.

Für die Erteilung von Baugenehmigungen galten 1951 folgende Preise:

- Laube bis 15 m² mit 3 m Firsthöhe, nur Bauanzeige ohne Zeichnung, gebührenfrei,
- Laube (wie oben), aber mit Feuerstätte, 2,- DM,
- größere Laube, 6,- DM,
- Reparatur mit Vorlage der alten Baugenehmigung, gebührenfrei,
- Schwarzbau, 50,- DM Strafe.^{192/}

Der Bezirksverband Treptow hatte 1952 115 Kleingartenanlagen mit insgesamt 9.670 Parzellen, von denen:

- „Niederschöneweide“
mit 376 Parzellen auf 179.365 m²
- „Parkstraße“
mit 285 Parzellen auf 113.462 m²
- „Rathaus Treptow“
mit 327 Parzellen auf 108.000 m²

- „Sperlingslust“
mit 220 Parzellen auf 103.679 m²
 - „Treptows Idyll“
mit 302 Parzellen auf 96.172 m²
 - „Zu den Eichen“
mit 276 Parzellen auf 95.100 m²
- die größten Kleingartenanlagen waren.

Der Verlauf der Jahreshauptversammlung des Bezirksverbandes Treptow am 24. Februar 1952 war von unsachlichen Diskussionen und heftigen Attacken gegenüber Vertretern der Verwaltung sowie Westberliner Gartenfreunden geprägt. Bei der Wahl des neuen Vorstandes erhielt E. Richter, der noch 1. Vorsitzender des Zentralverbandes war, nicht mehr das Vertrauen als 2. Vorsitzender des Bezirksverbandes.^{193/}

Der Zentralverband und der Bezirksverband riefen die Kleingärtner auf, für das Nationale Aufbauwerk (am 22. Dezember 1951 proklamiert) Arbeitsgeräte bereitzustellen. Die Sammlung erfolgte über die Vorsitzenden der Ortsausschüsse der Kleingärtner in den Ortsteilen.^{194/}

Für den 16. März und zum 15. Juni 1952 waren alle Kleingärtner zum Aufbausontag aufgerufen, der als unentgeltliche Arbeitsleistung zur Entrümmung und für Aufräumungsarbeiten statt fand.^{195/}

Die zweite Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes, die zum 8. Juni 1952 in das Reichsbahnausbesserungswerk in Schöneweide einberufen war, musste, da die zu beratenden Statuten nicht rechtzeitig zur Verfügung standen, auf den 27. Juli 1952 als außerordentliche Delegiertenversammlung verschoben werden.^{196/}

Der Wunsch der Kleingärtner nach einer eigenen Kleingärtnerorganisation sanktionierte das Politbüro der SED am 15. Juli 1952 und beauftragte für die organisatorische Zusammenführung einen Ausschuss.

Im Sommer 1952 fand ein Wettbewerb zur Verschönerung der Kleingartenanlagen statt, wozu die Vorstände die fünf schönsten Parzellen ihrer Anlage melden konnten, die die Kommissionen der Ortsausschüsse bewerteten.^{197/}

Am 23. Juli 1952 gliederte das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern“ (Demokratisierungsgesetz) die fünf Länder der DDR in vierzehn Bezirke und 217 Kreise.

Ständige Kritiken an der Arbeitsweise des Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebes (VEAB), zogen im September 1952 eine gemeinsame Beratung zwischen dem Zentralverband (A. Klingbeil), dem Bezirksverband (L. Preuschoff, A. Landgraf) und der VEAB nach sich, um die aufgetretenen Probleme bei der Erfassung und beim Aufkauf von Obst zu beseitigen. Im Ergebnis der Beratung erhielten die Aufkäufer in den Kleingartenanlagen und Siedlergemeinschaften eine Vergütung von 3 % des Wertes.^{198/} Das Bezirkssoll konnte mit 799 kg übererfüllt und insgesamt 10.499 kg Obst erfasst werden.

Im Vorfeld der Delegiertenkonferenz des Zentralverbandes, am 8. Dezember 1952, war der Vorsitzende E. Richter beurlaubt worden.

Zum 1. Vorsitzenden wählten die Delegierten Albert Klingbeil, der bereits seit 1930 Kleingartenfunktionär war, und als 2. Vorsitzenden Walter Reinhold.^{199/}

Der am 16. Oktober 1952 durch die gewählten Vertreter des Sektors Kleintierzucht im Zentralverband der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, des Zentralausschusses der Kleingartenhilfe des FDGB und des Berliner Zentralverbandes der Kleingärtner und Siedler konstituierte „Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter - Körperschaft des öffentlichen Rechts“, nahm am 1. Januar 1953 seine Arbeit auf und berief für den 15. bis 17. Mai 1953 den ersten Verbandstag nach Leipzig ein. Einher ging, dass nun „Der Kleingärtner“ als Organ des „Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ erschien.

Mit der Bildung des Zentralverbandes gab es immer noch keine Klarheit über die zukünftige Organisationsstruktur des Ostberliner Kleingartenwesens^{200/}. Ungeachtet dessen änderte sich mit dem Jahreswechsel

der Name des Bezirksverbandes, der nun „Kreisverband Treptow der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ hieß. Damit waren die Treptower wieder schneller als die Berliner Organisation.

Für den Bau eines Feierabendheimes an der Eichbuschallee musste 1953 ein Teil der Kleingartenanlage „Treptows Idyll“ geräumt werden. Das gleiche Schicksal traf, wegen des Schulneubaus im Ellernweg, einen großen Teil der Anlage „Am alten Fenn“, die erst durch die Erschließung von Grabeland im Zuge der Brachlandaktion entstanden war. Für den Aufbau des Deutschen Fernsehfunks in Adlershof erfolgte die Festlegung der endgültigen Räumungsgrenzen, was aber noch keine unmittelbaren Konsequenzen für die Anlage „Birkenwäldchen“ hatte.

Als Flächenausgleich pachtete der Kreisverband in Baumschulenweg und in Johannisthal neues Grabeland.

Die Delegiertenkonferenz, die am 29. März 1953 in das Restaurant Lehmgrübner in der Dörpfeldstraße statt fand, informierte die Delegierten darüber, dass ab sofort „... nach Maßgabe der Verordnung zur Verhinderung von Spekulationen mit Lebensmitteln und Industriewaren vom 27. November 1952, ein Verkauf von Kleingärten an Bewohner der Westsektoren nicht mehr erfolgen ...“ darf. Diese Regelung betraf auch die Verpachtung von Parzellen.^{201/}

Heftige Debatten löste auf dieser Konferenz der Antrag aus, alle Kleingartenanlagen im Königsheideblock zu einer Großanlage zusammen zuschließen. Die Delegierten der betroffenen Anlagen wehrten sich entschieden gegen diesen Antrag, da sie um ihre langjährige Eigenständigkeit fürchteten.^{202/}

Die Kleingärtner waren in der Nachkriegszeit für die notwendige Versorgung der Bevölkerung und zur Eindämmung der Wohnungsnot unentbehrlich. Als sich die Ernährungssituation allmählich besserte, standen die Kleingärtner, weil sie jene Flächen, auf denen der dringend notwendige Wohnungs- und Industriebau sowie der Ausbau von Straßen und Bahntrassen ge-

plant war, dem weiteren Wiederaufbau im Wege.

Diese Tatsache, aber auch das Misstrauen gegenüber den Kleingärtnern, die außerhalb der anerkannten gesellschaftlichen Arbeit im Wohngebiet, in der Schule, in Parteien und in Massenorganisationen sich mit der Kleingärtnerei beschäftigten und die Auffassung, dass Kleingartenanlagen im Sozialismus überflüssig werden, können Gründe dafür sein, dass am 11. Mai 1953 das Sekretariat des Zentralkomitees der SED die durch den Ministerrat vorgelegte Beschlussvorlage - „Verordnung zur Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens und der Kleintierzucht“ - ablehnte.

Damit war auch die offizielle Verbandsgründung abgelehnt und der geplante Verbandstag fand nicht statt.

Dieses Reglementieren von oben nach unten hatte offensichtlich auch zur Folge, dass 1953 die gewählten Vorstände durch den übergeordneten Vorstand bestätigt werden mussten.

Da der Bezirksvorstand von den neun gewählten Mitgliedern des Kreisvorstandes nur vier bestätigte, war der Kreisverband Treptow über Monate nicht beschlussfähig. In dieser Situation stellte die Geschäftsstelle des Kreisverbandes die notwendigen Arbeiten sicher und orientierte die Vereine auf die zu erwartende außerordentliche Versammlung.

Einerseits musste man mit den Kleingärten leben. Andererseits war die Zeit für die Gründung einer einheitlichen Dachorganisation der Kleingärtner noch nicht reif.

Deshalb beschloss das Zentralkomitee der SED am 09. Dezember 1953 die Auflösung des Zentralverbandes und den Aufbau des „Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ nur auf Kreis- und auf Ortsebene.

Diesem Beschluss folgend, erließ die Regierung der DDR am 22. April 1954 die „Verordnung zur Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens und der Kleintierzucht“. Die Anleitung der gebil-

deten „Kreisverbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ erfolgte, außer in Berlin, nun direkt durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Alle nicht angeschlossenen Gruppierungen mussten sich auflösen.^{203/}

Um einer zu großen Selbstständigkeit der Kreisverbände entgegenzuwirken, übertrug am 7. Juli 1954 ein Musterstatut den Räten der Kreise die Rechts- und Fachaufsicht über das Kleingartenwesen.^{204/}

Das „Nationale Aufbauprogramm der Stadt Berlin“ fand als „Nationales Aufbauwerk“ dezentral in den Stadtbezirken, später als „Volkswirtschaftliche Masseninitiative“, seine Fortsetzung. In Weiterführung dieser Bewegung legten im Rahmen der Bewegung „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit“ die Vorstände Ehrenbücher an, die alle freiwilligen Arbeitsleistungen in Stunden und als finanzieller Wert erfassten.

Für jeweils 75 Stunden bzw. 300,- Mark geschaffener Wert gab es ein Los, das am Jahresende in einer Lotterie in einen Sachgewinn umgesetzt werden konnte.^{205/}

Im Jahr 1954 verschärften sich die Beschränkungen für die Mitglieder aus den Westsektoren weiter. Für die Mitnahme von Hausgerät, Mobiliar und elektrischen Geräten in den Garten war am Grenzübergang und beim Vorstand eine komplette Liste zu hinterlegen, damit ein Rücktransport in die Wohnung problemlos erfolgen konnte.

Für die Mitnahme von bis zu 3 kg Obst und Gemüse aus dem Garten musste ein gesondertes Transportbuch, das über den Kreisverband erhältlich war, ausgefüllt und am Grenzübergang vorgelegt werden.^{206/}

Die schon seit einiger Zeit bestehende Regelung zur Erhebung einer Provision bei Pächterwechsel für den Verein bestätigte der Bezirksverband und legte fest, dass bis zu einem Schätzwert von 1.000,- DM 3 % und über 1.000,- DM 5 % vom Käufer eingefordert werden können.^{207/}

In den Pachtverträgen durften entgegen den bisherigen Festlegungen nur noch eine Person als Pächter aufgeführt werden.

Aus Anlass des 200-jährigen Bestehens des Ortsteiles Adlershof im September 1954 beteiligte sich auch der Kreisverband Trep-tow als Vertreter von 15.000 Kleingärt-tern, Siedlern und Züchtern mit verschie-denen Aktivitäten.

Die Vereine nahmen mit Fahrzeugen am Festumzug und mit ihren Kulturgruppen am Programm auf dem Marktplatz teil.

Im Restaurant „Ratskeller“ in der Dörp-feldstraße fand eine Blumen- und Obstaus-stellung statt. Eine Obstsammlung führten die Kleingärtner zu Gunsten der Kinderta-gesstätten in Adlershof durch.

4.4. Das „Nationale Aufbauwerk“ und seine Folgen für die Treptower Kleingärtner

Die Auswirkungen der Kriegszerstörungen, insbesondere die Wohnungsnot, waren 1954 noch derart, dass in Treptow 2.735 Lauben Kleingärtnern als Dauerwohnungen dienten.

Das „Aufbaugesetz“ der Regierung der DDR ermöglichte den Kreisen, Städten und Gemeinden auf unkomplizierte Weise Bauland zu beschaffen, auf dem sich auch Kleingartenanlagen befanden. Wohnhäuser, die in den fünfziger und vor allem in den sechziger Jahren in Treptow errichtet wurden, stehen überwiegend auf ehemaligem Kleingartenland.

Die ersten Gründungen der Arbeiter-Wohnungsbaugesellschaften erfolgte im Herbst 1954. Sie dienten den Zielen, „... den Umfang des Wohnungsbaus zu erweitern und die Versorgung der Werktätigen mit Wohnungen zu verbessern sowie die Vorteile des kollektiven Bauens anzuwenden ...“.

Für die Kleingärtner in Treptow verband sich damit die weitere Räumung von Kleingärten auf städtischem Land, das nun als Bauland genutzt werden sollte.

Elf Monate nach Inkrafttreten der „Verordnung zur Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens und der Kleintierzucht“, verfügte am 23. März 1955 der Magistrat die Eingliederung des Ostberliner Kleingartenwesens, als Mitglied der „Organisation der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“.^{208/}

Entsprechend dieser Verordnung erfolgte bereits zum 30. Mai 1955 „von Amts wegen“ die Löschung des im Vereinsregister eingetragenen „Zentralverband der Kleingärtner und Siedler e.V.“.

Im Gegensatz zu den Bezirken in der DDR, bildete sich in Berlin auf dem ersten Verbandstag im Berolinahaus am Alexanderplatz am 28. August 1955 der einzige **„Bezirksverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“** mit einem gewählten Bezirksvorstand.

Gleichzeitig mit der Bildung des Bezirksverbandes sollten die in Berlin noch bestehenden Kleingarten-Schiedsgerichte aufgelöst werden.^{209/}

Im Zusammenhang mit dieser grundsätzlichen organisatorischen Umbildung verbesserte sich die Stellung der Frau im Kleingartenwesen. Die Ehefrauen konnten nun auch beitragspflichtige Mitglieder der Kleingartenanlage werden. Unterzeichner des Pachtvertrages und damit Pächter der Parzelle blieb aber weiterhin nur der Ehemann.^{210/}

Mit dem Bau des S-Bahnhofs Plänterwald, musste die Kleingartenanlage „Blumenfreunde“ geräumt werden. Gleichzeitig erfolgte die Zuordnung der elf erhalten gebliebenen Parzellen zur Kleingartenanlage „Treptows Ruh“. Auf dem ursprünglich zwischen beiden Anlagen gelegenen Straßenbahnhof für die Linie 93 entstand ein Garagenkomplex.^{211/}

Die Kleingartenanlage „Birkenwäldchen“ wählte den ehemalige Vorsitzende des Zentralverbandes Wilhelm Lachmund zu ihren Alterspräsidenten.

Innerhalb einer Siedlung gründete sich 1955 der Verein „Wendenheide“.

Nach Bestätigung durch den Magistrat gab im März 1956 der Bezirksverband „Richtlinien für die Berechnung von Entschädigungen beim Besitzwechsel von Kleingärten im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin“ heraus. Danach waren in jeder Kleingartenanlage Abschätzkommissionen aus drei fachlich geeigneten Mitgliedern zu bilden.

Auf der Grundlage der „Verordnung zur Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens und der Kleintierzucht“ erfolgte die Eintragung des „Bezirksverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Berlin“ in das Register der Abteilung Landwirtschaft des Magistrats von Berlin. Das Statut war am 19. März 1956 genehmigt worden.

Eine am 14. Mai 1956 veröffentlichte Statistik weist für den Kreisverband Treptow 121 Kleingartenanlagen mit 9.564 Parzellen aus. 2.744 Kleingärtner, das sind 29 Prozent, nutzten ihre Parzelle immer noch als Dauerbewohner. Die anteiligen Dauerbewohner waren in einzelnen Kleingartenanlagen wesentlich höher.

So betrug allein in der Kleingartenanlage „Gemütlichkeit III“ bei 132 Parzellen die Zahl der Dauerbewohner 65.

Das seit dem 1. Juli 1935 von den Dauerbewohnern zu entrichtende Wohnlaubentgelt brauchte ab 1. August 1956 nicht mehr bezahlt werden.^{212/213/}

Der umfassende Wiederaufbau der Stadt nach dem Krieg und der damit einhergehende Neubau von Wohnungen, sozialen und Gemeinschaftseinrichtungen sowie die Erweiterung der Wirtschaft führten zu einer Verknappung des freien Baulandes innerhalb des Stadtbezirkes. Neben der Erschließung bisher nicht genutzter Flächen waren zunehmend Flächen mit Kleingartenanlagen betroffen.

In Treptow sollten folgende Grundstücke für den Wohnungsbau genutzt werden:

Eichbuschallee	7-11
Arndtstraße	45-53
Oppenstraße	34-44
Handjerystraße	7-15 und 42-54
Büchnerweg	33-41
Wassermannstraße	76-86 ^{214/}

Weiterhin mussten für den Wohnungsbau die Kleingartenanlagen „Am Arndtplatz“ und „Süßer Grund“ vollständig und die Kleingartenanlagen „Naturfreunde“, „Lange Gurke“, „Freie Luft“ und „Fortschritt“ teilweise geräumt werden.^{215/}

Es gründete sich die Kleingartenanlage „Immergrün“.

Nach Aufhebung der Kleingartenordnung von 1919 und aller inzwischen erlassenen Kündigungsschutzverordnungen erließ am 1. August 1956 die Regierung der DDR eine neue „Anordnung über den Kündigungsschutz für Pächter von Kleingärten“, die auch für Berlin Gültigkeit hatte.

Darin waren alle Regelungen, die bei Inanspruchnahme von Kleingartenland zu beachten waren, erfasst, insbesondere die Fragen der finanziellen Entschädigung und der Bereitstellung von Ersatzflächen.^{216/}

Auf dem 2. Verbandstag der Ostberliner Kleingärtner, der am 26. Mai 1957 stattfand, erfolgte die Auswertung des Wettbewerbes der Kreisverbände von Berlin. Treptow schloss punktgleich mit dem Kreisverband Nordost als Bester ab.

Durch Beauftragung mussten die Hühnerhalter in den Kleingartenanlagen, die mehr als 10 Hennen hielten, jährlich 60 Eier pro Henne abliefern.^{217/}

Der Bezirksverband informierte im August den Kreisverband Treptow, dass folgende Gebiete im kommenden Jahr für den Wohnungsbau vorgesehen sind:

Radenzer Straße,
Frauenlobstraße,
Dornbrunner Straße,
Hallberger Zeile,
Eichbuschallee 7-11 bis südöstliche Begrenzung Friedhof,
Defreggerstraße 7-9,
(KGA „Alt-Kairo“).^{218/}

Da die Beräumung offensichtlich nur schleppend voran ging forderte der Kreisverband die Vorstände der betroffenen Kleingartenanlagen auf, sämtliche für den Wohnungsbau in den Ortsteilen Baumshulenweg und Treptow frei werdenden Parzellen für die Erschließungsarbeiten zur Verfügung zu stellen.^{219/}

Besonders hart traf es die Parzellanten der zu räumenden Kleingartenanlagen „Morgentau“, „Sperlingslust“, „Zu den Eichen“, „Falkenbrunn“ und „Sonneneck“, deren Anlagen erst im Ergebnis der Erschließung von Grabeland entstanden, so dass sie keine Pachtverträge mit dem „Kreisverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ hatten und ihnen dadurch keinerlei Entschädigungen zustanden.^{220/}

Die Sitzung des Ortsausschusses Johannisthal III beschäftigte sich im Oktober mit der Situation des Kleingartensterbens.

In einer Protestresolution heißt es, dass wegen der „ ... regen Bautätigkeit in den umliegenden Anlagen 700 Parzellen gekündigt (werden müssen)“.^{221/}

Im Jahr 1958 waren im Kreisverband Treptow 9.480 Kleingärtner organisiert.

Die Delegiertenversammlung des Kreisverbandes fand am 17. April 1958 im Kulturhaus der Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke statt, die insbesondere die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit würdigte und Prämierungen besonders aktiver Kleingärtner vornahm.

Ein weiteres Thema war die neue Vergütungsverordnung, wonach ab sofort auch bei Festen in den Kleingartenanlagen 60 % der gespielten Tanzmusik aus „volksdemokratischer Produktion“ stammen musste.^{222/}

Zur Vorbereitung der Räumung von Kleingartenflächen fanden im April Mitgliederversammlungen in den betroffenen Kleingartenanlagen „Frauenlob“, „Annatal“, „Weißdorn“, „Marienthal III“, „Rathaus“, „Parkstraße“, „Johannesblume“ und „Immergrün I“ statt.^{223/}

Am 18. Mai 1958 fand die 2. Delegiertenkonferenz des Bezirksverbandes statt.

Albert Klingbeil informierte, dass im Verband 76.236 Mitglieder, einschließlich Siedler, Züchter und Reichsbahnlandwirtschaft registriert sind und dass im Zuge der Bauvorhaben in Berlin 49,3 ha mit 1.259 Parzellen geräumt werden mussten.

In seinen Ausführungen ging er auf die Fragen des Schutzes der Kleingartenanlagen und auf die kleingärtnerische Nutzung ein. Insbesondere bei den privaten Nutzungsverträgen hob er den Wohnzweck der Laube hervor. In den Verhandlungen zur kleingärtnerischen Nutzung konnte mit den staatlichen Stellen eine einheitliche Leseart erreicht werden. Demnach verlor durch die „ ...Anpflanzung mehrjähriger Kulturen das Grundstück seinen ursprünglichen Charakter als Acker- oder Unland ... und (erhält) seinen gartenmäßigen Charakter“.^{224/}

Die Konferenz informierte auch darüber, dass der Kreisverband als „ ... juristische Person und alleiniger Vermögensträger aller dem Kreisverband angeschlossenen Sparten ... berechtigt ist, über das Grundeigentum der früheren eingetragenen Vereine zweckgebunden zu verfügen, also auch derartige Grundstücke zu veräußern.“

Im Rathaus Treptow fand im August eine Ausstellung über alle zukünftigen neuen Wohngebiete des Stadtbezirkes statt.

Vorgesehen waren die Standorte „ ... in Baumschulenweg, am S-Bahnhof Oberspree, zwischen Plänterwald und Köpenicker Landstraße sowie am Anfang des Adlergestells bei Schöneweide ...“. 1958 sollten noch 1.000 Wohnungen und 1959 2.500 Wohnungen und danach jährlich 4.000 Wohnungen entstehen.^{225/}

Am 6. Dezember 1958 hielt anlässlich des „ ... zehnjährigen Bestehens der demokratischen Organisation ...“ der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin, Albert Klingbeil, die Festrede, in der er die besonderen Leistungen der Kleingärtner würdigte und feststellte, dass die Gärten von der ausschließlichen wirtschaftlichen Nutzung zur Bekämpfung des Hungers wieder zu Stätten der Erholung und Entspannung geworden sind. Er schätzte aber auch ein, dass noch immer rund 10.000 Familien in meistens winterfesten Lauben ständig wohnen.^{226/}

Neben dem notwendigen Wohnungsbau gab es 1959 umfangreiche Projektierungen für Infrastrukturmaßnahmen im Stadtbezirk. Vorgesehen waren unter anderem der Bau eines Südosthafens am Britzer Zweigkanal. Für die Führung der erforderlichen Gleisanlagen sollte die Baumschulenstraße in Höhe Königsheideweg um 7,75 m angehoben werden.^{227/}

Zwischen Kieffholzstraße, Dammweg, S-Bahn und Heidekampgraben war der Bau des Zentralinstituts des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung vorgesehen.^{228/}

Die Kleingartenfläche der Anlage „Neu-Seeland“ sollte für den Bau einer zentralen medizinischen Einrichtung bis 1965 geräumt werden.

Diese Projekte, denen zusätzliches Kleingartenland zum Opfer gefallen wäre, fanden keine Realisierung.^{229/} Von der Kündigung der Kleingartenanlagen „Treptows Idyll“, „Baumschulenweg-Mitte“, „Heidekamp“, „Morgenrot“, „Kleiner Bauernhof“, „Schmidts Sportplatz“ und „Niederschöneeweide“ zum 30. Oktober 1959 waren auch 224 Dauerbewohner betroffen. Im Juli 1959 konnte für 109 dieser Dauerbewohner noch keine Wohnung durch das Wohnungsamt nachgewiesen werden.^{230/}

Die Ortsausschüsse protestierten gegen die Reglementierung der Vergabe von freien Parzellen. So sollten, laut Anordnung von „oben“, Bewerber aus anderen Stadtbezir-

ken nur unter Vorbehalt eine Parzelle erhalten. Bewerber aus der DDR waren grundsätzlich abzuweisen.^{231/}

Ab Ende 1959 durften für die Kleingartenanlagen „Dammweg“ und „Immergrün II“ keine Baugenehmigungen mehr erteilt werden, da sie für die Räumung vorgesehen waren.^{232/}

Der Kreisverband legte im Dezember gegen eine für die Räumung von Kleingartenanlagen vorgesehene Nutzung der Lauben als Baustelleneinrichtungen beim Bezirksamt Einspruch ein. Er forderte, dass nach der Abschätzung der Parzellen die Pächter berechtigt sind, das verwendbare Material vom Abriss der Baulichkeiten sowie die Pflanzen ohne finanzielle Verrechnung für sich weiter verwenden können, um volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden.^{233/}

5. Das Kleingartenwesen in der DDR nach Gründung des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter in den Jahren 1959 bis 1989

5.1. Die Gründung des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter

Die Entwicklung zeigte, dass nach der Auflösung des Zentralverbandes und der Abschaffung der Bezirksverbände der durch die SED beabsichtigte Führungsanspruch gegenüber den Kleingärtnern, Siedlern und Kleintierzüchtern nicht realisiert werden konnte.

Weder die Räte der Kreise noch die Kreisleitungen der SED gaben den Kreisverbänden die gewollte Unterstützung. So machten sich Tendenzen der völligen Selbstständigkeit der Kreisverbände breit, was den Partei- und Staatsapparat 1959 veranlasste, wiederholt über eine zentrale Organisation der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter nachzudenken.

Ein weiteres Problem dieser Zeit war die angespannte Versorgungslage der Bevölkerung. Von den Kleingärtnern versprach man sich einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der Situation.

Unter Zeitdruck und in Auseinandersetzung mit Zweiflern an der Richtigkeit einer von oben verordneten Zentralen Organisation fand die Gründung des „**Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter**“ am 28. und 29. November 1959 in Leipzig statt. Die 361 Delegierten der 850.000 Mitglieder zählende Organisation, wählten Karl Stein zum Vorsitzenden und Erich Angermann zum 1. Sekretär.

Der Gründungskongress verdeutlichte, dass es insbesondere die wirtschaftlichen Notwendigkeiten waren, warum die SED auf die Schaffung einer zentralen Organisation drängte.

Die Sicherung der Existenz der Kleingartenanlagen, die Verbesserung der Versorgung mit Saatgut, Jungpflanzen, Jungtieren oder Futter, die Bereitstellung dringend benötigter Baumaterialien und Gerätschaften, alles ureigene Anliegen der Verbandsmitglieder, spielten eine untergeordnete Rolle.

So beschloss der Gründungskongress neben den Aufgaben des Verbandes, die im wesentlichen den Leitsätzen des V. Parteitages der SED entsprachen, das einheitliche Statut, die Beitrags-, Wahl- und Konfliktordnung sowie die Arbeitsrichtlinien für die Spezialzuchtgemeinschaften als Anlagen zum Statut.

Nach der Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus unterstrich nun eine Satzung ausdrücklich den politischen Charakter des Verbandes.

In den Zielen und Aufgaben wird genannt, dass die demokratische Massenorganisation „die Entfaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeit aller Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ fördert, sich von den „Grundsätzen der Politik der Arbeiter- und Bauern-Macht“ leiten lässt und „aktiv am Aufbau des Sozialismus ..., insbesondere an der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne“ teilnimmt, „um die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands“ kämpft und den Kampf um den Frieden unterstützt.^{234/}

Mit dem einheitlichen Statut brauchten die Sparten, wie sich nun die Vereine nennen sollten, die Kreis- und die Bezirksverbände keine eigenen Statuten mehr.

Es ging aber nicht nur um eine neue Bezeichnung für die seit über einem halben Jahrhundert in Vereinen organisierten Kleingärtner.

Vordergründig ging es darum, den Einfluss auf die Vielzahl der ursprünglichen Vereine zu sichern. Verbunden damit war, dass die Eintragung der Sparten beim Registergericht entfiel, wodurch auch die relative Selbstständigkeit verloren ging. Auch das Reglementieren im Umgang mit den Vereinsfahnen, die nur noch in den Vereinen hängen durften, zeugt davon, dass

die Vereinstraditionen verschwinden sollten.

Im Gesetzblatt vom 3. Dezember 1959 wird durch die „Verordnung über das Kleingarten- und Siedlungswesen und die Kleintierzucht“ der „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ staatlich anerkannt.

Im Verordnungsblatt Groß-Berlins vom 22. Januar 1960 erfolgt, „unter Berücksichtigung des Aufbaus und der Stellung der Organe der Staatsmacht von Groß-Berlin“^{235/}, die Anerkennung des Verbandes für Berlin.

Per Gesetz waren damit nahezu alle Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter der DDR in einem einheitlichen Verband vereinigt.

Die Wahlen der Vorstände in den Sparten erfolgten von Januar bis März 1960. Dem schlossen sich die Wahlen der Kreis- und der noch zu bildenden Bezirksverbände der neuen Kleingärtnerorganisation an.

Am 21. Mai 1960 fand die erste Treptower Kreisdelegiertenkonferenz des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter statt. Zum 1. Vorsitzenden wählten die Delegierten Erich Puck und zum 1. Sekretär Adalbert Landgraf.

Durch den Wohnungsneubau in Treptow ging die Anzahl der Dauerbewohner in den Kleingartenanlagen zurück. In den vergangenen vier Jahren reduzierte sich die Zahl der Dauerbewohner um knapp 500, womit es 1960 in Treptow noch 2.258 Dauerbewohner gab.

Während der Anteil der Dauerbewohner in Berlin insgesamt 20,8 % betrug lag der Anteil in Treptow noch bei 27,5 %.

Trotz des fortschreitenden Wohnungsbaus musste durch das Wohnungsamt auch jetzt noch Wohnungssuchenden erfasster Wohnraum in Lauben zugewiesen werden.

Im Jahr 1960 mussten in Treptow insgesamt 287.600 m² Gartenfläche geräumt werden.^{236/} Bei einer angenommenen Parzellengröße von 300 m², sind das immerhin rund 950 Parzellen.

Davon betroffen war u.a. die Kleingartenanlage „Neuland I“. Diese Anlage war 1937 als einzige Kolonie im Bezirk Treptow als Daueranlage ausgewiesen. Da auch nach dem Krieg die Kleingartenfläche nicht als Bauland vorgesehen war und noch 1958 „Abräumer“, Kleingärtner aus liquidierten Anlagen, sich hier ansiedelten, legte der Bezirksverband gegen den Räumungsbescheid Einspruch ein. Dieser fand allerdings kein Gehör.

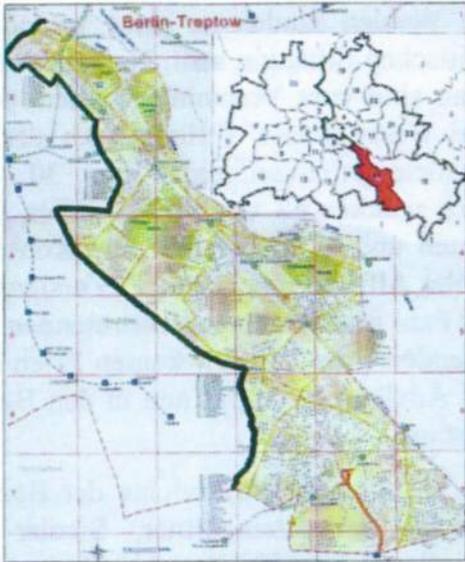
Weiter betroffen waren die Kleingartenanlagen „Plänterwald“ und „Lindenhof“, während die Kleingartenanlagen „Vogelsang I“ und „Alte Sternwarte“ zwar genannt, aber dann doch nicht geräumt werden mussten.^{237/}

Nach vielen Unstimmigkeiten mit den Entschädigungszahlungen bei der Räumung von Parzellen und ganzer Anlagen erließ das Ministerium der Finanzen im Mai die „Richtlinie zum Entschädigungsgesetz vom 25.4.1960 – Bewertung in Anspruch genommener Grundstücke“.

Nach der Wahl des Bezirksvorstandes Berlin des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, mit dem Vorsitzenden Alfred Finner, dem stellvertretenden Vorsitzenden Paul Ewald und dem 1. Sekretär Albert Klingbeil, erfolgte am 24. August 1960 dessen Registrierung beim Magistrat, Abteilung Landwirtschaft.^{238/}

5.2. Der 13. August 1961 und seine Auswirkungen für die Treptower Kleingärtner

Am 13. August 1961 erfolgte die Sicherung und der Ausbau der Staatsgrenze zu Westberlin. Dieser Tag grub sich bei allen Kleingärtnern in Treptow tief in das Bewusstsein ein. Im Gegensatz zu vielen anderen Ereignissen in Berlin, waren sie davon unmittelbar betroffen.



Für die im Ortseil Treptow gelegenen Kleingartenanlagen an der Heidelberger-/Ecke Treptower- und Ecke Wildenbruchstraße sowie Harzer-/Ecke Bouchéstraße bedeutete dies, die sofortige Liquidierung. Für andere, wie die Sparte „Einsamkeit“, war damit der Verlust von Parzellen verbunden. Besonders schwer traf es die Kleingärtner, die seit langer Zeit in ihrer Laube dauernd wohnten.



Die Kleingartenanlagen an der Heidelberger-/Ecke Treptower Straße sind zu Gunsten einer guten Sicht im Herbst 1961 beseitigt

Zwei Drittel aller Treptower Kleingärten befanden sich in Grenznähe. Die meisten Anlagen verloren Parzellen und unterlagen den Bestimmungen des Grenzgebietes mit Passierscheinzwang.

Mit der absoluten Schließung der Grenzen zu Westberlin konnten die Westberliner Kleingärtner nicht mehr auf ihre Parzellen.

Die Historie des Treptower Kleingartenwesens verlief über vier Jahrzehnte im engen Zusammenwirken mit der Neuköllner Kleingartenorganisation, so dass die Bindungen zwischen den Kleingärtnern der beiden Stadtbezirke besonders eng waren.

Die frühere Entwicklung von Rixdorf/Neukölln, mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte, begünstigte den Wunsch vieler Kleingärtner nach einer Parzelle im grünen Treptow. In den Kleingartenanlagen an der Kiefholzstraße, der Britzer Allee und an der Straße 19, heute Ligusterweg, waren teilweise mehr als die Hälfte Westberliner Mitglieder.

Von den rund 75.000 Mitgliedern des VKSK im Osten Berlins hatten ca. 8.000 ihren Wohnsitz in Westberlin.

Auch aus Verantwortung gegenüber den ‚alten‘ Nachbarn, veranlasste der Kreisverband Treptow am 24. August 1961, dass die Parzellen dieser Mitglieder verschlossen und vor unbefugter Nutzung gesichert werden.

Die notwendigsten Betreuungsarbeiten auf den Parzellen, insbesondere die Sicherung der Ernte, übernahmen die Nachbarn. Das geerntete Obst und Gemüse sollte möglichst an Heime gespendet werden.

Mit dem Ausfall der Westberliner Mitglieder mussten deren Arbeitsaufgaben in der Sparte von den übrigen Mitgliedern übernommen werden, was mit einer Erhöhung der zu leistenden Arbeitsstunden verbunden war. In der Anfangsphase konnten Angehörige von Westberliner Pächtern mit einer entsprechenden Vollmacht die Pflege der Parzelle ihrer Verwandten übernehmen.

Mitglieder der betreffenden Kleingartenanlage bekamen keine Pflegeverträge, da das eine Vergrößerung ihrer Pachtfläche bedeutet hätte.^{239/}

In den Folgejahren erhielten Bewerber für eine neue Parzelle Pflegeverträge und später einen „Nutzungsvertrag über die von einem Westberliner Bürger gepachtete Parzelle“. Die Pfleger der „Westgrundstücke“ galten als vollwertige Mitglieder in der Kleingartensparte.

Der Pflege- bzw. Nutzungsvertrag für eine „Westparzelle“ konnte auf Antrag ab 1975 in einen regulären Pachtvertrag verändert werden, wozu ein schriftlicher Kaufantrag an den Kreisverband und durch ihn an den Magistrat gestellt werden musste.

Nach dem Kauf durch den Parzellenpfleger überwies der Kreisverband den aktuellen Schätzwert und die aufgelaufene Pflegegebühr an den Magistrat.

Im September 1961 stellte der Ortsausschuss Johannisthal III fest, dass in seinem Bereich bereits 139 Parzellen durch die ersten Grenzsicherungsmaßnahmen geräumt werden mussten.^{240/}

Mit der Verschärfung des Grenzregimes in den folgenden Jahren erfolgte die Räumung weiterer Parzellen und ganzer Kleingartenanlagen. Nach unvollständigen Unterlagen waren von der Liquidierung bis 1965 in Treptow 600 Parzellen betroffen. Im Grenzgebiet verblieben in Treptow insgesamt 2.191 Kleingärten^{241/}, deren Pächter erheblichen Einschränkungen unterlagen.

Versuche nach der Herstellung der deutschen Einheit die Rückgabe dieser Parzellen zu erreichen, da sie nach wie vor in den Generalpachtverträgen enthalten waren, blieben erfolglos.^{242/}

Die Frauengruppe des Kreisverbandes Treptow errang, insbesondere durch ihr starkes Engagement bei der Reparatur und Neuanfertigung von Kinderkleidung im Wert von 3.500 DM für das Kinderheim Königsheide^{243/}, im Wettbewerb des Bezirksverbandes den 1. Platz.

Am 12. Dezember 1961 beriet das Sekretariat des ZK der SED die Durchführung der Neuwahlen des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter. Es fasste den Beschluss, dass die Wahlen in den Sparten, Kreis- und Bezirksverbänden in der Zeit vom 2. Januar bis 31. Juli 1962 durchzuführen sind und mit dem I. Verbandstag im November 1962 ihren Abschluss finden sollen.

Die Wahlen fanden in einer veränderten politischen Situation statt. Nach dem Mauerbau sind vom Verband vor allem politische Bekenntnisse verlangt. An der Bezirksdelegiertenkonferenz, am 30. Juni 1962, nahmen 68 von 80 gewählten Delegierten und 52 Gäste teil. Die Konferenz wählte Alfred Finner zum 1. Vorsitzenden und Paul Ewald zum stellvertretenden Vorsitzenden. Aus Treptow kamen Erich Puck und Adalbert Landgraf neu in den Bezirksvorstand.^{244/}

Am 28. August 1962 reichte der Bezirksverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter bei der Abteilung Landwirtschaft des Magistrats die personellen Veränderungen im Bezirksvorstand zur Registrierung ein.

Entsprechend einem bereits im Mai 1962 gefassten Beschluss des Sekretariats des ZK der SED erschien im September die Zeitschrift „Der Kleingärtner“ letztmalig.

Während der Wahlen herrschte über das Ende der bisherigen Verbandszeitschrift Stillschweigen. Wahrscheinlich hätte eine breite Diskussion hierüber zu viel Unmut unter den Kleingärtnern geführt, was für die weitere Herausbildung des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zu einer politischen Massenorganisation hinderlich gewesen wäre.

Ab Oktober erfolgte die Herausgabe des neuen Verbandsorgans des VKSK „**Garten und Kleintierzucht**“ mit den vier Spezialrichtungen:

- A Kleingärtner und Siedler,
- B Züchter von Rassegeflügel, Ziergeflügel, Exoten und Kanarien,
- C Imker
- D Kleintierzüchter.

In Berlin waren 1962 in den Sparten des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter 63.530 Mitglieder organisiert. Im Gesamtverband betrug die Mitgliederzahl 869.015.^{245/}

Am Sitz des Bezirksverbandes Berlin, in der Karlshorster Hermann-Duncker-Straße 160, fanden anfangs im bescheidenen Rahmen öffentliche Gartenausstellungen statt, die im wesentlichen die Sparten und einzelne Gartenfreunde gestalteten.

Am 21. Juni 1963 setzte die Regierung der DDR die „Verordnung über Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze zwischen der DDR und Westberlin“ und eine dazugehörige „Anordnung über die Errichtung eines Grenzgebietes an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin“ in Kraft.

Von den Regelungen waren nahezu alle noch existierenden Kleingartenanlagen in Grenznähe betroffen. Anlagen in Mauernähe mussten zwangsweise voll oder teilweise geräumt werden.

Die Versuche der Kleingärtner, Pflanzen und Baumaterial für den eigenen Bedarf zu sichern, unterbanden die Grenztruppen rigoros.

Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten erhielten betroffene Kleingärtner freie Parzellen in anderen Kleingartenanlagen zur Verfügung gestellt.

Viele Kleingärtner sahen sich aber, auf Grund ihrer bescheidenen finanziellen Mittel, außer Stande einen Neubeginn zu wagen.

Von der teilweisen Räumung der Flächen waren u.a. die Kleingartenanlagen „Forsthausallee“, „Silberlinde“, „Britzer Allee“, „Harmonie“, „Holunderbusch“ und „Kuckucksheim II“ betroffen. In der „Forsthausallee“ waren nach der Grenzschließung von ursprünglich 88 Parzellen noch 80 vorhanden und nach den erweiterten Grenzsicherungsmaßnahmen im Jahr 1965 verblieben noch 43 Parzellen.

Die in den Jahren 1964, 1972 und 1982 zusätzlich erlassenen gesetzlichen Bestimmungen zur Grenzsicherung legten u.a. fest, dass Leitern auf den Parzellen unter Verschluss zu halten sind, fremden Personen der Zutritt zur Parzelle zu verwehren ist und die Verpachtung einer freien Parzelle an einen Bewerber nur nach Zustimmung der Abteilung Inneres beim Rat des Stadtbezirkes erfolgen darf.

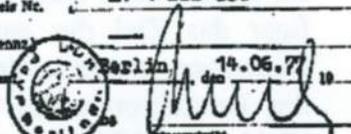
Ab 1970 war in den Nutzungsverträgen für die Parzellen im Grenzgebiet die Grenzordnung Bestandteil des Vertrages.

PdVP
Passierschein II Nr. 305141
 zum vorübergehenden Aufenthalt im Schutzstreifen

Herr / Frau / Fräulein Nieft
 Name Fritz
 (Vorname)
 vom 14.06.77 bis 14.12.77
 in Berlin-Baumschalenweg
Wohnfläche III
Kirschallee 03 aufhalten.
 Der Passierschein ist nur gültig in Verbindung mit dem Personalausweis Nr. XV 1 262 868

Mitgeführtes Kraftfahrzeug (pol. Kennz.) Berlin am 14.06.77
 Hinweis auf der Rückseite beachten

305 00 0001 Ag 10/10/10



Neben den bereits erfolgten Räumungen von Grundstücken und Parzellen im unmittelbaren Grenzbereich erfolgte nun die Schaffung eines 100 m breiten Schutzstreifens, der nur mit einer besonderen Genehmigung betreten werden durfte. Da dieser Schutzstreifen oft mitten durch die Anlagen verlief, waren gegenseitige Besuche der Gartenfreunde nicht mehr möglich, denn für solch profane Anlässe gab es keinen Passierschein.

Eine Ausnahme bildeten die Vorstandsmitglieder, die zur Ausübung ihrer Funktion auch die „geschützten“ Parzellen betreten mussten. Ohne Passierschein war ihnen das auch verwehrt.

5.3. Die Wandlung des VKSK zu einer politischen Massenorganisation

Der **1. Verbandstag des VKSK**, eigentlich für November 1962 geplant, fand am 6. und 7. April 1963 in Leipzig statt. Es ist anzunehmen, dass das neue Statut des VKSK nicht vor dem VI. Parteitag der SED beschlossen werden sollte, da dieser ein neues Parteistatut annahm.

Es zeigte sich schon jetzt, dass der Prozess der Wandlung des VKSK zu einer politischen Massenorganisation ein beschwerlicher Weg werden würde, den die Kleingärtner in den kommenden vierzehn Jahren beschreiten sollten.

Bis Mitte der sechziger Jahre hatte sich die Zahl der Kleingärten in Treptow erheblich verringert. Seit Gründung der DDR verloren 4.520 Treptower Kleingärtner ihre Parzelle. Die Anzahl der Kleingartenanlagen schwand um 35 auf 89. Der Anteil der Dauerbewohner betrug immer noch 1.414 Mitglieder.

Die meisten der in den Jahren von 1958 bis 1963 entstanden rund 12.000 neuen Wohnungen in Treptow davon in:

Treptow	741
Plänterwald	3.011
Baumschulenweg	3.333
Niederschöneweide	1.224
Johannisthal	2.243
Adlershof	1.399 ^{246/}

befinden sich im wesentlichen auf ehemaligem Kleingartenland.

Im Ergebnis der Bezirksdelegiertenversammlung vom 30. Juni 1965, die E. Puck als neuen 1. Vorsitzenden und A. Landgraf als Sekretär gewählt hatte, reichte der Bezirksvorstand an die Abteilung Landwirtschaft beim Magistrat die entsprechende Veränderungsanzeige zur Registernummer 2 Az 26-54/51 ein.

Nach den Verordnungen über das Meldewesen hatten sich alle Kleingärtner, die im Sommer längere Zeit im Kleingarten waren, im Hausbuch der Kleingartenanlage einzutragen.

Die Adresse ihrer Parzelle mussten sie als Nebenwohnsitz im Personalausweis vermerken lassen. Die Eintragung ins Hausbuch galt auch für Besucher die sich länger als drei Tage auf der Parzelle aufhielten.^{247/}

Nach zwanzig Jahren der Duldung und der allmählich wachsenden Akzeptanz erfuhren die Kleingärtner am 15. September 1965 erstmals eine öffentliche Anerkennung. Auf einer Wahlkundgebung der Nationalen Front im Berliner Friedrichstadt-Palast sagte Walter Ulbricht: „Ich meine: Die Arbeit dieser Berliner Bürger wird völlig zu Unrecht von manchen Funktionären belächelt. Es ist Sache der Partei und des Staates, die gesellschaftliche Initiative der Siedler und Kleingärtner zu unterstützen.“^{248/}

Der Beschluss vom 22. Dezember 1965, der festlegte, dass ab Ostern 1966 nur noch in jeder zweiten Woche am Sonnabend gearbeitet werden muss, entfachte eine breite öffentliche Diskussion.

Auch die Kleingärtner beteiligten sich daran, konnte doch dann der Kleingarten häufiger das Ziel der ganzen Familie sein. Dementsprechend sollten nach dem Willen des Zentralvorstandes die bevorstehenden Wahlen im VKSK unter dem Motto von sinnvoller Freizeitgestaltung und Erholung als Anliegen der Verbandsarbeit stehen.

Diese Absicht korrigierte das Sekretariat des ZK der SED und lenkte den Schwerpunkt der Verbandsarbeit auf den durch den Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zu erbringenden volkswirtschaftlichen Versorgungsauftrag.

Mit dem am 6. und 7. August 1966 stattfindenden **2. Verbandstag des VKSK** in Leipzig, der Karl Stein als Vorsitzenden und Erich Angermann als 1. Sekretär bestätigte, fanden die Wahlen ihren Abschluss.

Die sich ständig verändernden Flächengrößen der Kleingartenanlagen hatten zwangsläufig zur Folge, dass sich die Zwischenpachtverträge immer mal wieder änderten.

So für die Kleingartenanlage „Birkenwäldchen“ der Pachtvertrag vom 25. September 1947 von 24.050 m² auf 14.500 m² und der für die Kleingartenanlage „Adlershof“ vom 15. November 1963 von 24.565 m² auf 11.800 m².^{249/}

Mit der Einführung des arbeitsfreien Sonnabend ab 27. August 1967 konnten nun auch die Kleingärtner, die nicht im Schichtbetrieb bzw. an Wochenenden arbeiten mussten, die zusätzliche freie Zeit für die Gartenarbeit nutzen.

1968 fanden wieder die Verbandswahlen im VKSK statt. Dazu waren vom 1. Januar bis 15. April 1968 die Wahlversammlungen in den Sparten durchzuführen. Die Kreisdelegiertenkonferenzen folgten in der Zeit vom 15. März bis 15. Mai 1968.

Ab 17. Oktober 1968 erfolgte die Ausstrahlung der Ratgebersendung „Du und Dein Garten“ durch das Fernsehen der DDR.

Nach dem Tod von Erich Angermann am 2. November 1968 übernahm Heinz Schmidke kommissarisch die Funktion des 1. Sekretärs des Zentralverbandes.

Im Januar 1970 trat die „Schätzungsrichtlinie für Klein- und Siedlergärten“ in Kraft. Diese war offensichtlich aber nur eine Vorstufe für eine umfassendere Richtlinie, die im Folgejahr der Zentralverband als „Richtlinie zur Schätzung von Baulichkeiten“ zur Diskussion an die Bezirks- und Kreisverbände mit dem Vermerk „Nur zum Dienstgebrauch – nicht für Schätzungen“ herausgab.

Zur Errichtung eines zentralen Heizhauses durch den VEB Berlin-Chemie im Ortsteil Adlershof erzielten auf der Grundlage der Richtlinie für die Räumung von Kleingartenanlagen von 1956 im August 1970 alle Beteiligten eine Übereinkunft darüber, dass zur Sicherung eines Baubeginns im Jahr 1972 zum Ende der Gartensaison 1971 für die Kleingartenanlage „Hopfengarten“ die Kündigung der Pachtverträge und die Ab-

schätzung der Parzellen erfolgt. Bei einem späteren Baubeginn gestand man den Kleingärtnern eine kostenfreie Weiternutzung ihrer Parzellen zu.

Der 3. Verbandstag des VKSK fand am 12. und 13. September 1970 in Berlin statt.

Der Verbandstag hob besonders das Engagement der rund 200.000 ehrenamtlichen Funktionäre hervor und verdeutlichte, dass trotz der geringen Beiträge, der Verband sich völlig selbst finanziert.^{250/}

Die Delegierten kritisierten in der Diskussion heftig die verstärkte Räumung von Kleingartenanlagen zugunsten von Baumaßnahmen.

Der Verbandstag wählte zum neuen Vorsitzenden Herbert Uhrendahl und bestätigte den Heinz Schmidke in seiner Funktion als 1. Sekretär des Zentralvorstandes.

Die anhaltenden Räumungen von Kleingartenanlagen und die damit verbundene Kritik durch den Verbandstag spielten auf dem als richtungweisend bezeichneten VIII. Parteitag der SED vom 15. bis 19. Juni 1971 keine Rolle.

Der VKSK fand in den Dokumenten keine Erwähnung, was die Schlussfolgerung zulässt, dass die Kleingartenbewegung zu diesem Zeitpunkt offensichtlich für die offizielle Politik von untergeordneter Bedeutung war.

Am 6. Oktober 1971 nahm das Sekretariat des ZK der SED zu den 1972 durchzuführenden Verbandswahlen Stellung. In der vom Zentralvorstand des VKSK vorgelegten Wahldirektive wird aus „aktiver Erholung“ „produktive Freizeitgestaltung“ und aus „Kleingartenanlagen“ werden „Naherholungsgebiete“. Die produktive Freizeitgestaltung im Garten soll die Produktion von Qualitätsobst und Gemüse wesentlich steigern.

Die Reaktion der Kleingärtner darauf und auf die nach ihrem Empfinden ungeklärte Perspektive des Kleingartenwesens war u.a., dass an der Delegiertenkonferenz des

Kreisverbandes des VKSK Treptow am 27. Mai 1972, von 209 gewählten Delegierten nur 147 teilnahmen. Die Konferenz wählte Erich Puck als 1. Vorsitzenden, Hermann Albrecht als stellvertretenden Vorsitzenden sowie Günther Frömming als Sekretär.

Die Gesamtschätzung des Zentralvorstandes über den Verlauf der Verbandswahlen berichtete unter anderem über den Unmut vereinzelter Kleingärtner, immer mehr produzieren und einen wachsenden Anteil für die Versorgung der Bevölkerung bereit stellen zu müssen. Zumal diese Forderung mit der ständig steigenden Anzahl der Räumungen von Kleingärten nicht vereinbar war. Während die Mitgliederzahl im VKSK bis 1972 auf 968.437 anstieg, verringerte sich in Berlin im gleichen Zeitraum die Anzahl der Kleingartensparten um 75.^{251/}

Im Rahmen des Bebauungsplanes für Berlin mussten im Zeitraum von 1960 bis 1972 insgesamt 10.319 Parzellen mit einer Fläche von 437 ha geräumt werden. In der gleichen Zeit standen aber nur 59,55 ha für die Errichtung von Neuanlagen zur Verfügung.^{252/}

Der 31. Dezember 1972 besiegelte fast das Ende der 1913 gegründeten Kleingartenanlage „Naturfreunde“. An diesem Tag erfolgte zum 30. Juni 1973 deren Kündigung für den Bau einer Schule. Von den ursprünglich 130 Parzellen und dem Spartenheim blieben nur 36 Parzellen bestehen.

Für große Aufregung unter den Treptower Kleingärtnern sorgte in Vorbereitung auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten der Beschluss des Ministerrates vom 26. April 1972.

Danach sollte bis zum 30. Juni 1973 auf dem Gelände zwischen der Köpenicker Landsstraße, Bulgarische Straße und Am Plänterwald ein Studenteninternat errichtet werden. Diese Planung fand keine Umsetzung, so dass die Kündigung zurückgenommen werden konnte.^{253/}

Angeregt durch den 3. Verbandstag des VKSK, der den Beschluss gefasst hatte, auf 100 m² Gartenfläche 100 kg Obst und

Gemüse zu ernten, beschäftigte sich das Politbüro der SED 1973 mit der Verbesserung der Erfassung von Ernteerträgen aus den Kleingärten.

Diese Initiative, die in nahezu allen Wettbewerbsprogrammen der Kleingartensparten ihren Niederschlag fand, war natürlich willkommen, konnten sie doch für die Verbesserung der angespannten Versorgungslage der Bevölkerung genutzt werden. So berichtete die Zeitschrift „Handelswoche“ vom 17. September 1973 über Initiativen zur zusätzlichen Erfassung aber auch zum Verkauf der erfassten Ernteerträge der Kleingärtner.

Die Sparkasse der Stadt Berlin vergab für den Neubau einer Laube Kredite, wozu die Vertragspartner eine „Sicherungsübereignung“ für die Laube vereinbarten. Der Kreisverband musste bestätigen, dass bei einem Pächterwechsel die Ansprüche der Sparkasse zur Abzahlung des Kredites berücksichtigt werden.^{254/}

Die Zunahme der Arbeitsaufgaben für den Kreisverband machten eine räumliche Veränderung unumgänglich. Am 29. Oktober 1973 erhielt der Kreisverband vom Wohnungsamt den Besichtigungsschein für einen Eckladen mit Wohnung im Lindhorstweg 50 in Johannisthal.

Es dauerte aber noch bis zum 6. August 1974, bis die „Erfassung und Zuweisung freier gewerblicher Räume“ genehmigt war und am 15. September 1974 der Mietvertrag für die neuen Arbeitsräume abgeschlossen werden konnte.

Während noch Ende 1974 von Seiten der Parteiführung die Massenorganisation der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zusammen mit den anderen gesellschaftlichen Kräften des Landes nur am Rande Erwähnung fand, zeichnete sich ab 1975 eine Veränderung der Wertigkeit des VKSK ab. Zeitungsartikel und der Schriftverkehr zwischen der Parteiführung und dem VKSK würdigten die Leistungen der Mitglieder des Verbandes für die Volkswirtschaft.^{255/}

Während Erich Honecker 1974 im Bericht an die 13. Tagung des ZK der SED in Unkenntnis des richtigen Namens vom "Verband der Kleingärtner und Tierzüchter" sprach, änderte sich das ab 1975.

Der neue Kurs der Partei, eingeleitet durch den VIII. Parteitag der SED, die Bedürfnisse und Gewohnheiten arbeitender Menschen zum Ausgangspunkt der Gesellschaftsstrategie zu machen, führte offensichtlich auch zum Nachdenken über den künftigen Platz des VKSK und vor allem über den Stellenwert von Kleingärten innerhalb der Sozialpolitik der SED.

Mit der in Gang gesetzten Diskussion verbesserte sich die Position des VKSK. Konnte doch nun der Schutz und die Förderung des Kleingartenwesens gegen einen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse, Fleisch und Eiern aufgewogen werden.

Mit der Veröffentlichung des „Zivilgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik“ am 19. Juni 1975 erhielten auch die Kleingärtner mehr Rechtssicherheit. Die §§ 312 – 315 trafen eindeutige Festlegungen zur „Nutzung von Bodenflächen zur Erholung“.^{256/}

Nachdem bereits im Juni 1974 das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft“ und im Juli 1974 das Amt für Preise beim Ministerrat der „Schätzungsrichtlinie für die Ermittlung der Entschädigung bei Besitzwechsel eines Kleingartens“ zugestimmt hatten, trat diese am 1. Juni 1975 in Kraft. Die Schätzer erhielten eine Ausbildung und einen Lichtbildausweis.

Um doppelte Bewerbungen auf eine Parzelle auszuschließen, forderte der Kreisverband im August 1975 von allen Spartenvorständen die Übergabe der aktuellen Bewerberlisten.

In der Folge mussten alle in den Sparten registrierten Bewerbungen monatlich an den Kreisverband gemeldet werden.^{257/}

Die mangelhafte Bereitstellung von Obst und Gemüse, aber auch von tierischen Produkten, wie Honig, Eier oder Fleisch durch

den Handel, machten die Kleingärtner immer stärker zu einer wirtschaftlichen Größe. Was lag näher, als diese Möglichkeiten des Kleingartenwesens zu nutzen und sie in den „Sozialistischen Wettbewerb“ einzubeziehen.

Die vom Zentralverband des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter herausgegebenen Vordrucke für die Abrechnung der Wettbewerbsergebnisse waren universell für alle Fachrichtungen anwendbar.

Sie fragten auch nach Versammlungen, Festen, Aktivitäten der volkswirtschaftlichen Masseninitiative im Wohngebiet, nach Parzellenwechsell und Nachbarschaftshilfe. Der Vordruck war ausgefüllt zum 30. September bzw. zum 30. November dem Kreisverband zu übersenden.^{258/}

Zur „Unterstützung der Initiativen der Mitglieder“ konnte zur Neueinrichtung von Kleingartenanlagen und zur Finanzierung von Gemeinschaftsanlagen, aber auch zur Erleichterung des Kaufs eines Bungalows oder der Zahlung der Schätzkosten für eine Parzelle ab 1976 bei der Staatsbank der DDR ein Kredit aufgenommen werden.^{259/}

Nachdem in der Direktive des IV. Parteitages der SED für den Fünfjahrplan das Kleingartenwesen erstmals in einem Dokument eines Parteitages Verankerung fand, kann davon ausgegangen werden, dass der VKSK Mitte der siebziger Jahre als politische Massenorganisation anerkannt war.

Die Direktive nannte nur den Freizeit- und Erholungswert der Kleingärten, ihre wirtschaftliche Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung blieb unerwähnt.

Entscheidend ist aber, das mit dem beschlossenen Parteiprogramm die Kleingärtner nun nicht mehr als „Überbleibsel des Kapitalismus“ oder als Vertreter einer „kleinbürgerlichen Lebensweise“ galten.

Angesichts des ungewöhnlich heißen Sommers 1976 und der damit verbundenen katastrophalen Situation bei der Obst- und Gemüsebereitstellung erfuhren die Klein-

gärten und die Kleingärtner eine neue Wertschätzung.

Die SED musste erneut die Erfahrung machen, dass die Kleingärten bei der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung unverzichtbar sind. Die 2. Tagung des ZK der SED verwies deshalb wieder auf die wirtschaftliche Bedeutung des Kleingartenwesens.

Im Bericht von Hermann Axen heißt es, „dass die Mitglieder des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter eine volkswirtschaftlich wichtige Arbeit bei der Bereitstellung von Obst und Gemüse und anderen Produkten für die Versorgung der Bevölkerung leisten. Die Partei- und Staatsorgane sollten dafür Sorge tragen, dass dieser Verband die notwendige Förderung erhält und alles beseitigt wird, was die Initiative seiner Mitglieder hemmt.“^{260/}

Bereits zehn Tage später, am 13. September 1976, forderte Erich Honecker zur Er-

öffnung des Parteilehrjahres der SED, im Rahmen der Gestaltung der Hauptstadt die Kleingärten in die Stadtplanung einzubeziehen. Dabei verwies er darauf, dass jahrelang Flächen von Kleingartenanlagen für den Wohnungsbau aber auch für die Schaffung der erweiterten Infrastruktur der Hauptstadt geräumt werden mussten.

Gleichzeitig orientierte er darauf, dass es genügend Standorte für Kleingärten gäbe, denn der Ausdehnung der Hauptstadt wären keine Grenzen gesetzt.^{261/} Damit war ein entscheidendes Signal gesetzt, um das Kleingartensterben endlich zu beenden.

Diese neue Linie in der Kleingartenpolitik der SED sollte in den kommenden Jahren auch für die weitere Entfaltung des Trepower Kleingartenwesens von Bedeutung sein.

Ab 20. September 1976 erschien das „Verordnungsblatt für Groß-Berlin“ nicht mehr. Damit galten alle DDR-Gesetze ab sofort automatisch auch für Berlin.

5.4. Das Treptower Kleingartenwesen in den Jahren 1977 bis 1989

Der seit langem anstehende Verbandstag des VKSK konnte nun, nachdem die Parteiführung ihre Ernsthaftigkeit zur Förderung des Kleingartenwesens erkennen ließ, endlich vorbereitet werden.

Nach der Durchführung der Kreis- und Bezirkskonferenzen, die Delegiertenkonferenz des Kreisverbandes Treptow fand am 19. März 1977 statt, tagte der **4. Verbandstag des VKSK** am 22. und 23. April 1977 in Magdeburg.



Seine Bedeutung liegt insbesondere darin, dass er einen wichtigen Beitrag zur Begründung der sozialpolitischen Bedeutung der Kleingärten in der DDR leistete und ein anspruchsvolles Programm zur weiteren Entwicklung des Kleingartenwesens entwickelte.

Die neue Sicht der Partei- und Staatsführung auf das Kleingartenwesen gestatteten es, bestimmender als in der Vergangenheit, die Rolle der Kleingärten für die Ausgestaltung der wachsenden Freizeit, die lebenswertere Gestaltung der Städte und Industriezentren, die Schaffung eines Ausgleichs zur intensiveren Arbeitsbelastung

und die Erhaltung der Gesundheit oder die Bereitstellung von preiswerten Erholungsmöglichkeiten für sozial Schwächere hervorzuheben.

Der im Dezember 1976 durch den Zentralvorstand des VKSK gewählte neue 1. Sekretär, Erwin Wegner, formulierte in seinem Bericht auf die Frage, wie der Kleingarten der Zukunft aussehen soll, den Satz **„Unter einem schönen Garten verstehen wir einen produktiven Garten“**. Er hob hervor, dass etwa 2,5 Millionen Bürger in über 7.500 Kleingartenanlagen mit etwa 620.000 Kleingärten bei körperlicher Betätigung Erholung und Entspannung finden.

Der Verbandstag bestätigte H. Uhlendahl als Vorsitzenden und E. Wegner als 1. Sekretär des Zentralvorstandes des VKSK.

Die Entwicklung seit der Erdölkrise verstärkte den Zwang zur lokalen und regionalen Erzeugung und Vermarktung, um unnötige Transporte zu vermeiden. Deshalb richtete die 6. Tagung des ZK der SED die Aufmerksamkeit direkt auf das Potential der Kleingärtner zur Selbstversorgung und zur Bereitstellung von Obst, Gemüse und anderen Produkten für die Versorgung der Bevölkerung.^{262/}

Dazu beschloss am 6. Juli 1977 der Magistrat „Maßnahmen zur vollständigen Erfassung und Verwertung des im Jahre 1977 zu erwartenden Obst- und Gemüseaufkommens“. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsvereinigung Obst, Gemüse, Speisekartoffeln (OGS) erfolgte ab August der Aufkauf von Obst und Gemüse in zunächst zwei Kleingartenanlagen. Später kamen in Treptow weitere Aufkaufstellen hinzu, so dass der Stadtbezirk letztlich über sechs solcher Einrichtungen verfügte. Es waren dies die Kleingartenanlagen

- „Bodenreform“,
- „Eigenheim II“,
- „Gemütliches Heim“,
- „Gemütlichkeit III“,
- „Oberer Damm“ und am
- „Volkshaus Bohnsdorf“.

Als Aufkäufer fungierten Mitglieder der Kleingartenanlagen. Sie erhielten entsprechend dem Aufkaufergebnis eine Vergütung.

Stellt die Gründung des VKSK eine Zäsur in der Kleingartenhistorie dar, so besitzt der am 3. August 1977 gefasste Beschluss des Sekretariats des ZK der SED für die Entwicklung des Kleingartenwesens der DDR eine noch größere Bedeutung. In dem Beschluss „Aufgaben und Maßnahmen zur Förderung der Tätigkeit des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter der DDR und der Initiative seiner Mitglieder“^{263/} finden sich viele auf dem 4. Verbandstag des VKSK formulierten Hauptrichtungen der Entwicklung und Forderungen zur Förderung des Kleingartenwesens wieder.

Am 15. September 1977 verfügte der Ministerrat der DDR, dass die Anzahl der Kleingartenanlagen planmäßig zu erhöhen ist und die Nutzung der Anlagen langfristig gesichert werden muss, was den Stadtbezirksbürgermeister von Treptow bewog, dem Bezirksverband des VKSK mitzuteilen, dass durch ihn künftig keine Zustimmung mehr für die Inanspruchnahme von Kleingartenanlagen für Baumaßnahmen gegeben wird.

Dass das gegebene Wort das eine und die Realität das andere ist, zeigt sich an Hand der Kleingartenanlage „Springbornstraße“. Noch im November 1977 hieß es, dass deren Wiedererrichtung bis auf die Aufstellung der Bungalows abgeschlossen sei. Später erfolgte hier dann aber doch der Bau eines Wohngebietes.^{264/}

In unmittelbarer Nähe entstand die Kleingartenanlage „Wegegrün“.

Am 29. Oktober 1977 beschloss der Zentralvorstand des VKSK die neue Beitragsrichtlinie. Die bis dahin gültigen Monatsbeiträge für Mitglieder von 1,- M pro Monat und von 0,50 M für Schüler, Lehrlinge und Studenten blieben erhalten. Was sich änderte waren die Bedingungen für die Mitgliedschaft in einer weiteren Sparte der Züchter sowie die Verteilung und Verwendung der Mitgliedsbeiträge.

Am gleichen Tage trat auch die neue Konfliktordnung in Kraft. Die auf der Grundlage dieser Konfliktordnung zu bildenden Konfliktausschüsse bzw. -kommissionen hatten in ihrem Verantwortungsbereich die volle Befugnis zur Schlichtung von Streitfällen.^{265/}

Die „Abrechnung der Leistungen der Spartenkollektive der Kreisorganisation Treptow“ für 1977 weist 757.288 Arbeitsstunden in der volkswirtschaftlichen Masseninitiative gegenüber einer Verpflichtung von 550.000 Stunden aus.^{266/} Neben einer Vielzahl von Aktivitäten in den Sparten gestalteten die Kleingärtner auch 322 Gärten um. Im Zusammenwirken mit der Kommunalen Wohnungsverwaltung konnten 82 neue Kleingärten auf verwilderten Brachflächen neu geschaffen werden.

Der Einkauf von Obst und Gemüse in den Aufkaufstellen des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter erhielt durch die Koordinierungsvereinbarung zwischen dem Zentralvorstand und den zentralen Organisationen des Groß- und des Einzelhandels (OGS, Konsum und HO) vom 5. Februar 1978 eine weitere Ausweitung, in deren Ergebnis in Treptow die Kleingärtner 20.000 kg Obst und Gemüse für den Handel bereit stellten.^{267/}

Die Kreisorganisation Treptow führte vom 31. August bis 2. September 1979 eine Leistungs- und Werbeschau für das Kleingartenwesen durch, auf der insbesondere herausragende Ernteergebnisse und züchterische Besonderheiten prämiert wurden.^{268/}

Auch 1980 fand wiederum eine Leistungsschau des Treptower Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter statt.

Anfang der achtziger Jahre, war der Wunsch nach einem Kleingarten auch bei vielen Treptower Bürgern stark ausgeprägt. Es stellte sich die Frage nach der Beschaffung des dafür notwendigen Landes.

Die Anzahl der Kleingärten in Berlin war zwar von 1977 bis 1981 um 4.102 auf 31.699 angestiegen, die Nachfrage nach einer eigenen Parzelle konnte damit aber noch immer nicht befriedigt werden. Die

Wartezeiten für „Mitglieder ohne Parzelle“ betrug in einzelnen Sparten bis zu 10 Jahre.^{269/}

Der Kreisverband Treptow des VKSK unternahm in dieser Zeit mit den entsprechenden staatlichen Stellen vielfältige Anstrengungen, um im Umland geeignete Flächen für die Errichtung neuer Kleingartenanlagen zu finden. In Frage kamen dafür solche Flächen, die für die weitere landwirtschaftliche Nutzung unökonomisch waren. Als kooperativ erwiesen sich die Gemeinden Mahlow und Blankenfelde. Neben der Bereitstellung von Flächen für Wochenendsiedler stellten sie auch Land für neue Kleingartenanlagen zur Verfügung. Der Kreisverband des VKSK Treptow erhielt für sieben neue Anlagen insgesamt 153.364 m² Land. 1981 gründeten sich in Mahlow die Treptower Kleingartenanlagen:

„Glasower Damm“
„Glasower Graben“
„Kiebitzberg I“
„Schulstraße“.

Zum Abschluss der Verbandswahlen im Bezirksverband Berlin fand am 17. April 1982 die Delegiertenkonferenz statt. Ihr folgte am 4. und 5. Juni 1982 in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) der **5. Verbandstag des VKSK**, der Berlin als besten Bezirksverband würdigte. Im Wettbewerb des Berliner Bezirksverbandes erreichte der Kreisverband Treptow den ersten Platz.

Auf Beschluss des Zentralvorstandes vom 15. September 1982 erhielten alle Sparten einheitliche Mitgliedernachweiskarten.^{270/}

In Treptow entstanden 1982 die Kleingartenanlagen:

„Bachespe“
„Pappelgrund“
„Buckersberg“
„Rudower Straße“
„Semmelweis“.

In Mahlow gründete sich die Treptower Kleingartensparte:
„Interflug“.

Vom 17. bis 26. September 1982 führte der Bezirksverband Berlin des VKSK seine 2.

Kleingartenschau im Ausstellungszentrum Karlshorst unter starker Beteiligung des Kreisverbandes Treptow durch.

Der Abschluss neuer Nutzungsverträge erfolgte unterschiedlich. Zwar galt die Regel, dass der Kreisverband die Nutzungsverträge abschließt, dieses Recht erhielten aber auch Vorstände, die ordnungsgemäß arbeiteten.

Der Kreisverband erteilte den betreffenden Sparten die schriftliche Vollmacht, im Auftrage des Kreisverbandes Nutzungsverträge selbst abzuschließen und Kündigungen auszusprechen. Diese Vollmacht galt jeweils zwei Jahre bzw. bis zu einer Veränderung im Vorstand.^{271/}

Mit dem Beschluss des Zentralvorstandes vom 18. November 1982 konnten Sparten in Abteilungen untergliedert werden. Im Zuge dieser Maßnahme bildeten sich auch Spartenabteilungen der „Mitglieder ohne Parzelle“.

Da der Bedarf an Kleingartenparzellen enorm war, hatten die Wartelisten in den Sparten teilweise bis zu 50 Bewerber, die in das normale Spartenleben einzubeziehen waren. Insbesondere durch die häufige aktive Teilnahme an den Arbeitseinsätzen konnte die Vergabe einer freien Parzelle durchaus positiv beeinflusst werden.

Am 26. Januar 1983 wird der bisherige 1. Sekretär der SED – Kreisleitung Treptow, Herbert Troschka, in den Zentralvorstand kooptiert und zum Mitglied des Präsidiums und zum Sekretär des VKSK gewählt.

Es gründeten sich 1983 in Mahlow die Treptower Sparten:

„Grashof“,
„Kiebitzberg II“.

Zur Verbesserung der aktiven Rolle der Frauen fasste der Zentralvorstand am 25. August 1984 den Beschluss „Die Rolle und Aufgaben der Frauen im VKSK und ihre stärkere Einbeziehung in die Leitungstätigkeit der Vorstände“.^{272/}

Bei der Vorbereitung von Sommerfesten, der Ausrichtung von Kinderfesten und der aktiven Gartenarbeit waren die Frauen

immer in der ersten Reihe. Nun sollten sie auch in Treptow stärker in die aktive Vorstandsarbeit einbezogen und damit ihr Anteil in den Vorständen erhöht werden.

Um die Versorgung der Bevölkerung mit frischem Obst und Gemüse zu verbessern, bot der HO-Kaufhallenverband an, dass alle in der Nähe von HO-Kaufhallen gelegenen Kleingartenanlagen ihre Mehrerträge von Obst, Gemüse und Kräutern direkt an die Kaufhallen verkaufen können. Als Anreiz erhielten die Kleingärtner 10 % Aufschlag auf den bereits erhöhten Aufkaufpreis.^{273/} Die gleichen Regelungen galten auch für die Konsum-Kaufhallen und Gemüseläden.

Im Februar 1984 informierte der Bezirksverband die Sparten über einen Ministerratsbeschluss zur Unterstützung der Kleingärtner bei der Erhöhung der Erträge durch „Erweiterung der Bewässerung einschließlich der Bereitstellung von Krediten und Zuschüssen“. Für neue Kleingartenanlagen war eine Wassereigenversorgung über Brunnen vorgesehen. Die Versorgung mit Trinkwasser musste aber zentral gesichert werden.^{274/}

Große Aufregung gab es am 14. Oktober 1984 in der Kleingartenanlage „Harmonie“. Auf der Parzelle 11 musste eine 50 kg-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg entschärft werden. Die Entschärfung durch Hauptmann Luthe von der Munitionsbergung verlief ohne Probleme.

In Auswertung der 15. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED beschloss der Kreisverband Treptow u.a. die Erarbeitung von Umgestaltungsplänen für die „Rekonstruktion veralteter Gartenlauben, Maßnahmen der Pflege und Gesunderhaltung des Baumbestandes, die Teilung großer Parzellen und die Schaffung weiterer Gemeinschaftseinrichtungen“ bis zum 30. Oktober 1984.^{275/}

Um einen Nutzungsvertrag für eine Parzelle im Grenzgebiet zu erhalten, musste neben dem üblichen Aufnahmeantrag noch ein gesonderter Antrag für alle die Parzelle nutzenden Personen ausgefüllt werden, auf dem die Tätigkeit, der Betrieb, die Zugehör-

rigkeit zu Partei und Massenorganisationen sowie der Verwandtschaftsgrad zum Antragsteller aufzuführen war. 1984 entstanden in Treptow die Kleingartenanlagen:

„Aprikosensteig“
„Am Plumpengraben“.

Der Beschluss der 8. Kreisdelegiertenkonferenz vom 26. Januar 1985 sah vor, 900.000 Stunden mit einem Wert von 3,75 Millionen Mark als VMI-Leistung zu erbringen. Die Spartenheime der Kleingartenanlagen „Birkenwäldchen“, „Parkstraße“, „Schulstraße“ und „Treptows Ruh“ sollten fertig gestellt werden. Neben der Fertigstellung der 1982 neu gegründeten Sparten „Sammelweis“ und „Bachespe“ sollten auch 7.500 Obstbäume zusätzlich gepflanzt werden.^{276/}

Obwohl die Zahl der Kleingärten in Berlin seit 1981 um weitere 4.116 auf 35.815 stieg, konnte die enorme Nachfrage nach einer Parzelle nicht gedeckt werden.^{277/}

Am 24. Juni 1985 sprach der 1. Sekretär des Zentralvorstandes mit dem Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED, Werner Felfe, über ein „Gesetz über die Entwicklung und weitere Förderung des Kleingartenwesens“.^{278/}

Auch wenn das Gesetz nie kam, so ist aber in dem Festlegungsprotokoll einer Beratung vom 8. November festgehalten, dass „alle Anstrengungen zu unternehmen (sind) , um bis 1990 in der Hauptstadt der DDR und den angrenzenden Randgebieten der Bezirke Frankfurt (Oder) und Potsdam etwa 20.000 Kleingärten für Berliner Werktätige neu zu schaffen“.^{279/}

Der Zentralvorstand gab im August 1985 die „Richtlinie für die Vergabe von Klein- und Wochenendsiedlergärten ... des VKSK“ sowie „Hinweise zur Behandlung der Nutzungsverhältnisse ... bei Ehescheidungen“ heraus. Dadurch konnten viele Unsicherheiten und Streitfälle bei der Parzellenvergabe in den einzelnen Kleingartenanlagen ausgeräumt werden.^{280/} Mit der neuen „Schätzrichtlinie“ erfolgte die Vereinheitlichung des Verfahrens bei Nutzerwechsel von Kleingärten. Verbunden damit war auch die Vorlage eines Muster-

Kaufvertrages für die Baulichkeiten, Anlagen und Anpflanzungen.^{281/}

1985 mussten in der Kleingartenanlage „Parkstraße“ vier Parzellen für die Errichtung einer Meldestelle der Volkspolizei gekündigt werden. Unter Bezugnahme auf den Ministerratsbeschluss 41/6/77 erfolgte als Ausgleich in der Semmelweisstraße/ Straße 197 die Bereitstellung entsprechender Ersatzflächen. Die Kosten für die Einzäunung, die Wasserversorgung, die Lauben und den Mutterboden übernahm der Verursacher.^{282/}

Bei aller großzügigen Unterstützung gingen für die betroffenen Kleingärtner die über Jahre und Jahrzehnte gewachsenen sozialen Beziehungen in ihrer Gartengemeinschaft verloren. Inzwischen ist am Standort dieser verlagerten Kleingärten ein Supermarkt entstanden, für den diese Kleingärtner wiederum ihre Parzellen räumen mussten.

1985 entstand die Kleingartenanlage: „Meisengrund“.

Am 20. Januar 1986 gab der Kreisvorstand eine Anleitung zur Auszeichnung als „Hervorragender Kleingärtner/ Züchter/ Siedler des VKSK“ heraus.^{283/} Damit reagierte der Verband auf die von der Kleingartenanlage „Lange Gurke“ abgegebenen persönlichen Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb.

Ziel war, bis zum 30. Juli 1986 insgesamt 600.000 kg Obst und 110.000 kg Gemüse zu erfassen und an den Handel zu verkaufen. Über die Erfüllung dieser Verpflichtung liegen keine Unterlagen vor.

Im Kleingartenjahr 1986 kämpften die Kleingartenanlagen „Blumenhain“, „Buckersberg“, „Gemütliches Heim“, „Goldweide“, „Heide am Wasser“, „Hermannsruh“, „Lindenthal“, „Späthswalde“, „Neuseeland“ und „Zur Oase“ um den Titel „Staatlich anerkanntes Naherholungsgebiet“.^{284/}

Diese Auszeichnung war auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 15. September 1977 und des dazu erlassenen Magistratsbeschlusses 135/78 vom 29.

März 1978 möglich. Notwendiges Kriterium war die allseitige Öffnung der Kleingartenanlage in vielfältiger Form für die Bevölkerung.

Unter aktiver Beteiligung der Treptower Kleingärtner fand vom 19. bis 28. September 1986 die 6. Kleingartenschau im Ausstellungszentrum Karlshorst statt.

Am 1. Oktober 1986 berief der Kreisvorstand das ehrenamtliche Bauaktiv des Kreisverbandes. Grundlage war die „Verordnung über Bevölkerungsbauwerke“ vom 8. November 1984. Danach konnten auch in den einzelnen Sparten Bauaktive gebildet werden, wenn entsprechende Baufachleute verfügbar waren. Die bauaufsichtliche Prüfung der Bauunterlagen erfolgte aber weiterhin durch die Staatliche Bauaufsicht.^{285/ 286/}

In Vorbereitung auf das 750-jährige Bestehen von Berlin gab es im VKSK vielfältige Aktivitäten. In Treptow unterzeichneten der Stadtbezirksbürgermeister, G. Polauke, und der Vorsitzende des Kreisvorstandes, H. Schwartz, eine Vereinbarung für das Jahr 1987. Neben der verstärkten Bereitstellung von Obst und Gemüse für die Bevölkerung sah diese auch die Auszeichnung von 12 Kleingartenanlagen als „Staatlich anerkanntes Naherholungsgebiet“ vor.

Der vom Vorstand des Kreisverbandes herausgegebene Aktivitätenplan orientierte die Sparten auf die aktive Teilnahme an den Feierlichkeiten „700 Jahre Mahlow“, „Treptower Festtage“, „Historischer Markt zur 750-Jahr-Feier Berlins“, „Solidaritätsbasar der Journalisten“, „Fest am Wasserturm“ sowie auf die „7. Berliner Kleingartenschau“.^{287/}

Am 17. Oktober 1987 zeichnete die Bürgermeisterin von Mahlow die Kleingartenanlage „Schulstraße“ mit dem Titel „Staatlich anerkanntes Naherholungsgebiet“ aus.

Diese Auszeichnung erhielten im Zeitraum von 1979 bis 1989 insgesamt 56 Treptower Kleingartensparten.

1987 gründete sich die Kleingartensparte: „Baumfreunde“.

Im Klubhaus des Kabelwerkes Oberspree fand am 30. Januar 1988 die Delegiertenkonferenz des Kreisverbandes statt, womit die Verbandswahlen in Treptow ihren Abschluss fanden.

Der **6. Verbandstag des VKSK** fand am 22. und 23. April 1988 in Dresden statt. Er führte die auf dem 4. Verbandstag beschlossenen Hauptlinien der Entwicklung des Kleingartenwesens konsequent fort. In seinem Beschluss wird auf das enge Zusammenwirken mit den örtlichen Staatsorganen, den Kombinat und Betrieben, den Genossenschaften und dem FDGB verwiesen, um bis 1990 insgesamt 150.000 neue Kleingärten zu schaffen. Er kritisierte aber auch, dass durch den Bauboom wertvolle Landschaften großflächig parzelliert und wichtiges Bauland an Kleingärtner vergeben wurde.

Hervorzuheben sind auch die Festlegungen zum Umweltschutz und zur Traditionspflege, die das humanistische Erbe der eigenen Verbandsgeschichte erforschen, pflegen und verbreiten sollte.

In Umsetzung dieses Beschlusses gab der Zentralvorstand des VKSK im Dezember 1988 mit der Nr. 28 der „**ZV - Information, Mitteilungsblatt des Zentralvorstandes des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter**“ ein entsprechendes Material heraus, das als Anleitung zum Festhalten der Geschichte und von Geschichten gedacht war. Die Resonanz im Kreisverband Treptow blieb gering. Auch die „Hinweise zur Erarbeitung von Spartenchroniken“ brachten keine wesentlichen Impulse, was die heutige Aufarbeitung der Verbandsgeschichte erschwerte.

Positive Ausnahmen sind die auf eigene Initiative entstandenen Chroniken der Kleingartenanlagen „Teltowkanal I“ (1983 aus Anlass ihres 60-jährigen Bestehens),

und „Neu-Seeland“ (1987 zu ihrem 90-jährigen Bestehen).^{288/}

Ende des Jahres 1988 waren bei der „Bereitstellung von 150.000 Kleingärten bis 1990“ wesentliche Rückstände eingetreten. In den Gemeinden und in den Betrieben aber auch bei Umweltschützern mehrten sich die Stimmen gegen die eingeschlagene Politik, weshalb das Politbüro am 24. Januar 1989 dazu beriet, wie der Beschluss des XI. Parteitages der SED zu realisieren sei.

Ungeachtet der Bedenken zur Umsetzung des Zieles beschloss am 16. März 1989 das Präsidium des Ministerrates über „Maßnahmen zur Sicherung der Bereitstellung von 150.000 Kleingärten bis zum XII. Parteitag der SED“.

Der Zentralvorstand des VKSK übergab am 14. Juni 1989 ein „Programm für die Entwicklung der gärtnerischen, züchterischen und geistig-kulturellen Freizeitbetätigung im VKSK bis zum Jahr 2000“ an das ZK der SED.

Die 9. Berliner Kleingartenschau fand unter starker Beteiligung des Kreisverbandes Treptow vom 15. bis 24. September 1989 im Ausstellungszentrum Karlshorst statt.

Für die meisten Kleingärtner war es normal, etwas für sich zu tun und zu akzeptieren, dass dies auch der besseren Versorgung der Bevölkerung diene.

Doch bereits im Sommer 1989 werden die Rufe nach Veränderungen in der Gesellschaft immer deutlicher. Auch einigen Kleingärtnern waren offene Gartentore zu wenig und verließen mitten in der Erntezeit ihre Parzellen und die DDR. Für die meisten Kleingärtner kamen dennoch die politischen Umbrüche am Ende des Gartenjahres 1989 überraschend.

6. Durch einen gewaltigen demokratischen Aufbruch zurück zur Einheit des Berliner Kleingartenwesens (1989 bis 2004)

6.1. Der demokratische Umbruch und der Kampf um den Erhalt der Kleingärten und ihrer Organisationen

Der 9. November 1989 und die sich anschließenden überstürzenden Ereignisse brachten für die Treptower Kleingärtner viel Aufregung, Verwirrung, Unsicherheit, Erwartungshaltung aber auch gewisse Ängste.

Mit der Öffnung alter Straßenverbindungen, wie

- Dammweg,
- Elsenstraße,
- Johannisthaler Chaussee,
- Kiefholzstraße,
- Puschkinallee,
- Sonnenallee,
- Späthstraße und
- Stubenrauchstraße

war es nach 28 Jahren wieder möglich, an den Gartenanlagen der ehemaligen Nachbarn vorbei, den Teil der Stadt zu erkunden, der in der Erinnerung verblasst und im wesentlichen nur aus den Medien und aus Erzählungen bekannt war.

Wenn auch nur im Einzelfall, besuchten sich ehemalige Gartennachbarn, deren Wege sich nach dem 13. August 1961 jäh getrennt hatten.

Neben diesen persönlichen Interessen mussten durch den Kreisverband und die Vorstände in den Sparten das Gartenjahr 1989 geregelt beendet und der normale Beginn des Gartenjahres 1990 gesichert werden.

Bereits im November 1989 bahnten sich erste Kontakte zwischen den Kleingärtnern aus Ost und West an.

In diesen sehr intensiven Erfahrungsaustauschen offenbarte sich recht schnell, dass das Kleingärtnern trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten in seinem Wesen gleich geblieben war.

Der Zentralvorstand des VKSK versuchte zwar den Verband demokratisch zu erneu-

ern, doch die Ereignisse gewannen eine solche Eigendynamik, dass dieser Versuch spätestens am 3. Dezember 1989 mit dem Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees der SED gescheitert war. Damit ist im Grunde der Anfang vom Ende des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter eingeleitet.

Es begann eine Zeit des Suchens nach der besten Organisationsform. Ziel wohl aller Beteiligten war es, eine Zersplitterung des Kleingartenwesens zu verhindern. Noch war vielen Vorständen der Sparten nicht klar, was auf sie im einzelnen zukommen, wie sich ihre zukünftige Tätigkeit gestalten würde.

Zu dieser Situation trug aber auch der Kreisverband und der Vorstand des Treptower Verbandes bei. Gerade in dieser Zeit fehlte eine eindeutige Orientierung und so mancher Spartenvorstand war sich oft selbst überlassen, insbesondere die Kleingartenanlagen auf privaten Flächen.

Am 15. März 1990 hob der Ministerrat der DDR die Realisierung des Beschlusses zur Schaffung von weiteren Kleingärten mit dem Hinweis auf, dass „vorhandene Kleingartenanlagen zu sichern sind“.^{289/}

Um den rechtlichen Forderungen nachzukommen, beantragte der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter am 29. März 1990 beim Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte die Eintragung ins Vereinsregister.^{290/} Am 1. Juni 1990 erfolgte unter der laufenden Nummer 261 die Eintragung in das Vereinigungsregister.^{291/}

Am 4. April 1990 tagte auf Einladung des Landesverband Berlin der Gartenfreunde eine Arbeitsgruppe aus je sieben Vertretern des Landesverbandes der Gartenfreunde und des Bezirksverbandes des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter als „Regionalausschuss“, um über

gemeinsam interessierende Fragen und Schritte für ein Zusammengehen zu beraten.

Im Ergebnis der Sitzung des Kreisvorstandes des VKSK vom 15. Mai 1990 gründeten 10 Mitglieder am 30. Mai 1990 in Treptow den „**Bezirksverband der Garten- und Siedlerfreunde Berlin-Treptow e.V.**“. Sie wählten zum 1. Vorsitzenden Helmut Schwartz und als 2. Vorsitzende Heiderose Barthmann.^{292/}

Bereits im Vorfeld, zum 1. Mai 1990, übernahm Rechtsanwalt Günter Scharfenberg die rechtliche Vertretung des Bezirksverbandes

Am 31. Mai 1990 informierte der Bezirksverband mit einem Schreiben die Vorstände der Kleingartenanlagen, wer die Gründungsmitglieder sind und übersandte gleichzeitig das Formblatt einer Beitrittserklärung.^{293/}

Am 6. Juni 1990 trat das 21-köpfige Gründungskomitee für den „Landesverband Berlin der Garten- und Siedlerfreunde“ im Schulungszentrum Karlshorst zusammen.

Am 11. Juni 1990 erteilte das Gericht für die Kreisorganisation Treptow des VKSK die Urkunde und trug sie am 31. August 1990 unter der Nummer 10880 VR 297 in das Register ein.^{294/}

Ungeachtet dessen was „oben“ geschah erfolgten bereits im ersten Halbjahr 1990 die Gründungen der ersten Vereine. So geschehen in der Sparte „Schulstraße“ am 24. Juni 1990.

In einer Beratung (nachträglich als **1. Delegiertenversammlung** deklariert) des am 27. Juni 1990 mit allen Vorständen der Kleingartenanlagen bekannte sich der Bezirksverband „...zu den Zielen des Regionalausschusses, der ... für einen einheitlichen Landesverband ...“ eintrat.^{295/}

Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 erfolgte im Bezirksverband und in den Kleingartenanlagen die Umstellung des Buchwerks auf Deutsche Mark. Damit verbunden war, dass sich die Geldbestände grundsätzlich halbierten.

Am 3. Juli 1990 gründete sich der „**Landesverband Berlin der Garten- und Siedlerfreunde e.V.**“ auf einer Delegiertenversammlung in Karlshorst.

Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten Dr. Klaus-Dieter Hentschel.

Der Landesverband der Gartenfreunde Mecklenburg-Vorpommern, der Landesverband der Siedlerfreunde Mecklenburg-Vorpommern, der Landesverband Sachsen der Kleingärtner sowie die Landesverbände der Garten- und Siedlerfreunde Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Berlin schlossen sich am 7. Juli 1990 in Berlin-Rummelsburg zum „**Verband der Garten- und Siedlerfreunde**“ zusammen.

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Garten- und Siedlerfreunde Treptows bat den Stadtbezirksbürgermeister am 9. Juli 1990, „... die im Zeitraum 1961 bis 1965 in 32 Kleingartenanlagen liquidierten 600 Kleingärten ... wieder dem Verband zuzuführen ...“^{296/}, was ohne Erfolg blieb.

Am 16. August 1990 hatten bereits 76 Kleingartenvereine ihren Beitritt zum Bezirksverband Treptow der Garten- und Siedlerfreunde erklärt.^{297/}

Der Bezirksverband informierte am 30. August 1990 in einem Rundschreiben alle Spartenvorstände, dass die erteilten Vollmachten für die Spartenvorstände zum Abschluss von neuen Nutzungsverträgen keine Gültigkeit mehr hat. Ab Oktober 1990 erfolgte der Abschluss der Nutzungsverträge grundsätzlich nur noch durch den Bezirksverband. In Vorbereitung auf diese Festlegung hatten die Vorstände aller Kleingartenanlagen ihre Wartebzw. Bewerberlisten an den Bezirksverband zu übergeben.

Mit dem 31. August 1990 und der Registriernummer 297/90 erlangte der „**Bezirksverband der Garten- und Siedlerfreunde Berlin-Treptow e.V.**“ durch Eintragung beim Amtsgericht Charlottenburg seine Rechtsfähigkeit.

Am 1. Oktober 1990 trat die bereits am 12. Juli 1990 beschlossene Geschäftsordnung

des Bezirksverbandes Treptow der Garten- und Siedlerfreunde in Kraft.

Mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 war das „Bundesklingartengesetz vom 28. Februar 1983“ auch für die Treptower Kleingärtner die Grundlage für ihre kleingärtnerische Tätigkeit. Der mit dem Einigungsvertrag aufgenommene § 20 a sollte für die Kleingärtner der neuen Bundesländer einen größtmöglichen Bestandsschutz schaffen.

Bereits im Spätsommer, als der Tag der Einheit immer näher rückte, zogen düstere Wolken über den Kleingartenhimmel der Anlagen in Mahlow auf. Die Alteigentümer machten sich bemerkbar und die Gemeindeverwaltung sah keine Grundlagemehr, den einst mit dem Kreisverband Treptow des VKSK geschlossenen Vertrag fortzusetzen.

Insbesondere der Vorstand der Kleingartenanlage „Schulstraße“ suchte nach We-

gen, um die Gemeindeverwaltung Mahlow nicht aus der Verantwortung zu entlassen.

Schließlich gelang es, dass sich in einer Beratung am 13. Dezember 1990 die Gemeindeverwaltung bereit erklärte „einen Lösungsweg hinsichtlich der weiteren vertraglichen Gestaltung mit den Bodeneigentümern zu finden“.

Die Frage, soll ein eigener zentraler Kleingartenverband auf dem ehemaligen Gebiet der DDR weiter existieren, war relativ schnell entschieden. Im Interesse der besseren Vertretung der Kleingärtner gegenüber der Bundesregierung schien ein großer einheitlicher Verband aller Kleingärtner der BRD zweckmäßiger.

Am 27. Oktober 1990 beschloss der **Außerordentliche Verbandstag** des VKSK in Berlin, dass sich **der VKSK** mit Wirkung vom 31.12.1990 auflöst. Damit endet die Tätigkeit des Kreisverbandes Treptow des VKSK.

6.2. Das Kleingärtnern nach Herstellung der Einheit des Berliner Kleingartenwesens

Am 12. Januar 1991 führte der **Landesverband Berlin der Gartenfreunde** eine **Außerordentliche Delegiertenversammlung** durch. Sie beschloss eine neue Satzung, um den Weg zu ebnen, über die bisherige Mitgliedschaft hinaus, den Bezirksverbänden aus dem Ostteil der Stadt den Beitritt zum Landesverband zu ermöglichen.

Der Bezirksverband Treptow, wie auch die anderen sieben Bezirksverbände der Garten- und Siedlerfreunde bekundeten ihre Bereitschaft, bis zum 1. April 1991 dem Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V. beizutreten.

Damit war die Existenzgrundlage des Landesverbandes Berlin der Garten- und Siedlerfreunde nicht mehr gegeben.

Die **2. Außerordentlichen Delegiertenkonferenz** am 2. Februar 1991 beschloss deshalb, dass der Geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes Berlin der Garten- und Siedlerfreunde am 6. Juni 1991 seine Tätigkeit einstellt,

Gleichzeitig nahm eine vierköpfige Liquidationsgruppe ihre Tätigkeit auf.^{298/} Entsprechend der Geschäftsordnung des Liquidationsausschusses des Landesverbandes waren damit beauftragt:

als Vorsitzender	Dr. K.-D. Hentschel
für Finanzen	H. Voigt
für Organisation und Rechtsfragen	H. Vollhardt
für Archivierung	Dr. N. Franke. ^{299/}

Die **Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes der Garten- und Siedlerfreunde Berlin-Treptow e.V.** am 14. Februar 1991 wählte einen neuen Vorstand mit Herbert Voigt als Vorsitzenden und K. Hepp als stellvertretenden Vorsitzenden.

Diese veränderten Personaldaten trug das Registergericht Charlottenburg unter der Nummer 95 VR 10880 NZ in die Register ein.

Der „Bezirksverband der Garten- und Siedlerfreunde Berlin-Treptow e.V.“ beantragte auf der Grundlage der Beschlüsse der Delegiertenversammlung des Landesverbandes der Berliner Garten- und Siedlerfreunde vom 2. Februar 1991 und der eigenen Delegiertenversammlung vom 14. Februar 1991 am 27. Februar 1991 den Beitritt zum Landesverband der Gartenfreunde mit Wirkung vom 1. April 1991.^{300/}

Am 11. März 1991 beantragte der Bezirksverband Treptow wegen des Beitritts zum Landesverband der Gartenfreunde e.V. zum 31. März 1991 den Austritt aus dem Landesverband der Garten- und Siedlerfreunde e.V..^{301/}

Der Bezirksverband der Garten- und Siedlerfreunde Treptow ist damit seit 1. April 1991 ordentliches Mitglied im „Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V.“.

Die Turbulenzen im Kleingartenwesen dieser Tage waren aber auch von Bestrebungen charakterisiert, sich aus der langjährigen Zugehörigkeit zur Organisation zu lösen, oder der neuen Organisation einen anderen Inhalt zu geben.

So beschlossen am 22. März 1991 die Vertreter von neun Kleingartenanlagen des Königheideblocks die Konstituierung des „Territorialverbandes Naherholungsgebiet an der Königsheide 1897“ (dem Gründungsjahr des beteiligten Vereins „Neu-Seeland“). Sie strebten die Sicherung der Kleingärten als offene Dauerkleingartenanlagen an. Als Ergänzung der „grünen Lunge“ Königsheide wollten sie ein Naherholungsgebiet im Südosten Berlins schaffen und die Eigentumsansprüche der Siedler sichern.^{302/}

Mit der **die ordentlichen Delegiertenversammlung des Landesverbandes Berlin der Gartenfreunde e.V.** am 8. Juli 1991 fand der Prozess der Herstellung der Einheit des Berliner Kleingartenwesens seinen Abschluss.

Ein heiß diskutiertes Thema dieser Zeit – das Wohnlaubenentgelt – sorgte in Treptow mit seinen 640 Dauerbewohnern für erhebliche Diskussionen. Ein Urteil des Kammergerichts vom 7. März 1991 entschied, dass in Berlin-Ost kostenloses Dauerwohnen möglich wäre.^{303/}

Im Verlauf des Jahres kam es aber zu anderen Auslegungen.

Nachdem den Kleingärtnern nun eine bis dahin unbekannt Fülle an Baumaterial und Gerätschaften in den Baumärkten zur Verfügung stand, setzte eine rege Bautätigkeit auf den Parzellen ein, so dass der Bezirksverband reagieren musste.

In einem Rundschreiben verwies er darauf, dass bei allen baulichen Veränderungen eine Baugenehmigung vorliegen muss und bei Neubau und wesentlicher Veränderung am Laubenkörper die maximale Größe von 24 m² gilt. Anträge für eine Baugenehmigung bearbeitete das Bezirksbauamt nur, wenn die Befürwortung des Bezirksverbandes auf dem Antrag vermerkt war.^{304/}

1991 erhielt mancher Treptower Kleingärtner auch Besuch anderer Art. Ehemalige Pächter von Parzellen bzw. ihre Nachkommen kamen, um in der Mehrzahl der Fälle nur das ehemalige Sommerdomizil noch einmal zu sehen bzw. mit den Nachpächtern über die Vergangenheit im Verein zu plaudern. Im wesentlichen blieben aber die Kleingärtner diesseits und jenseits der ehemaligen Grenze unter sich.

So berichtet die „Berliner Zeitung“ im August 1991, dass die durch den Grenzstreifen getrennten Kleingärtner der Vereine „Freiheit“ in Neukölln und „Einsamkeit“ in Treptow gegenseitig noch viele Vorbehalte hätten und mancher Kleingärtner die Mauer als Sichtschutz beim „... nackten sonnenbaden ...“ gemütlich fand.^{305/}

Das 8. Berliner Laubenpieperfest fand im September 1991 vor dem Rathaus Schöneberg unter dem Motto „Ganz Berlin braucht seine Kleingärten“ mit anschließendem Festzug statt.

In Vorbereitung auf die angestrebte Ausgabe neuer Unterpachtverträge nach dem Bundeskleingartengesetz sollten alle Kleingartenanlagen durch das Vermessungsamt des Bezirksamtes im Zeitraum September – November 1991 vermessen werden.^{306/}

Die Kosten, die das Bezirksamt tragen wollte, übertrafen alle Einschätzungen, so dass diese Vermessung nicht erfolgte. Die notwendigen Vermessungen der Flächen der Kleingartenanlagen, getrennt nach Parzellengrößen und Gemeinschaftsflächen nahmen die Vorstände der Vereine wahr.

Statt des bisherigen „Plumpsklos“ in den Kleingärten musste nun eine Fäkalien-sammelgrube eingebaut und ein Dichtheitszertifikat nachgewiesen werden. Die Bauanträge waren in dreifacher Ausfertigung über den Bezirksvorstand an das Naturschutz- und Grünflächenamt des Bezirksamtes einzureichen.

Auch für die Vereinsheime traten neue Regelungen in Kraft. So war nun bei Bewirtschaftung jährlich eine Gewerbesteuererklärung zu erstellen. Da viele Vereine den hohen Aufwand nicht bewältigen konnten erfolgte die Verpachtung jener Vereinsheime, die über die entsprechenden hygienischen und technischen Voraussetzungen als Gaststätte verfügten.^{307/}

Ein Rundschreiben informierte im November 1991 die Vereine nochmals über die finanziellen Verpflichtungen, wie Verwaltungskosten und Wohnlaubenentgelt, das unabhängig von der Eigentumsform des Grund und Bodens zu entrichten ist.^{308/}

Der Energieversorgungsbetrieb EBAG rechnete die Kleingärten nicht mehr nach dem Haushaltstarif ab. Jeder Abnehmer sollte mit zusätzlich 30,- DM, den der Energieversorger als Vorhalteleistung für das Elektronetz begründete, als fester Anteil des Leitungspreises belastet werden. Trotz Widerspruch des Bezirksverbandes bei der EBAG konnte diese Regelung nicht rückgängig gemacht werden.

Am 24. Oktober 1991 fand im „Gemütlichen Heim“ die **2. Delegiertenversammlung** der Bezirksorganisation Treptow statt. Sie resümierte, dass der Bezirksverband Treptow in allen Gremien des Landesverbandes als gleichberechtigter Partner anerkannt ist.

Außerdem informierte sie, dass sich beim Bezirksbürgermeister in Treptow der erste Kleingartenbeirat in einem Ostbezirk gebildet hat und seine Arbeit auf der Grundlage von Katalogen mit den Schwerpunktaufgaben aus der Sicht des Bezirksverbandes sowie des Naturschutz- und Grünflächenamtes organisiert. Das Hauptanliegen der Tätigkeit des Beirates ist die Sicherung der Kleingärten und Kleingartenanlagen.^{309/}

Mit der Mitgliedschaft des Bezirksverbandes im Landesverband war auch der monatliche Bezug der Verbandszeitung „Berliner Gartenfreund“ für die Treptower Kleingärtner verbindlich.

Bis Ende 1991 waren 90 Kleingartenanlagen dem Bezirksverband Treptow der Garten- und Siedlerfreunde e.V. beigetreten. Nur die Anlagen „Heide am Wasser“, „Lindenthal“ und „Blumenhain“ hatten noch keinen zum Beitritt erklärt.^{310/}

1991 konnten insgesamt 300 Parzellen neu vergeben werden. Davon waren 15 durch Teilung übergroßer Parzellen entstanden.

Auf der Grundlage des Einigungsvertrages zwischen der DDR und der BRD erfolgte am 1. Januar 1992 die erste Stufe der Pachterhöhung an das Niveau der im Westteil der Stadt üblichen **Pachtpreise**. Die bisher üblichen 3 – 10 Pfennig pro m² erhöhten sich für landeseigene Flächen auf 0,1746 DM.

Die seit 1. August 1956 im Ostteil der Stadt geltende Richtlinie, dass die Dauerbewohner kein Wohnlaubenentgelt entrichten müssen, entfiel.^{311/} Ab 1. Januar 1992 mussten 420,- DM/Jahr gezahlt werden.^{312/}

Am 25. Februar 1992 forderte der Bezirksvorstand in einem Schreiben an die Mitglieder der Vereine, die ihren Beitritt zum Bezirksverband der Garten- und Siedler-

freunde noch nicht erklärt hatten, auf, entsprechenden Einfluss auf ihre Vorstände zu nehmen.

Nach und nach meldeten Grundbesitzer ihre Ansprüche an Grund und Boden an. Auch die Deutsche Reichsbahn drängte auf Grund der neuen Gesetzgebung nach einer Klärung der Besitzverhältnisse von einzelnen Parzellen und Kleingartenanlagen. Am 25. Februar 1992 fand darüber eine Verhandlung statt, in der es um 12 Kleingartenanlagen mit 110.819 m² und 274 Parzellen ging. Die besondere Problematik bestand nicht nur bei der Reichsbahn darin, dass die Vergabe von Parzellen in der Vergangenheit ohne Berücksichtigung von Eigentumsgrenzen, erfolgte.

Auf der Suche nach einer neuen Existenz kam es auch zu Versuchen, ein eigenes Gewerbe auf der Parzelle zu etablieren. Dies, wie das illegale Dauerwohnen in der Laube und die Nutzung von Garagen auf den Parzellen, musste ebenfalls vom Bezirksverband unter Androhung der sofortigen Kündigung unterbunden werden.^{313/}

Die **3. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes Treptow fand am 14. Mai 1992 statt. Der Bezirksvorstand informierte, dass das Bezirksamt bereits im Frühjahr den Bezirksverband beauftragt hat, alle bisherigen Verwaltungsaufgaben für die Kleingartenflächen weiterzuführen. Weiter teilte er mit, dass in Treptow als erstem Bezirksverband insgesamt dreizehn Schätzer nach der gemeinsamen Schätzrichtlinie des Landesverbandes ausgebildet sind.

Kritisch setzte sich die Versammlung mit der Haltung von Gartenfreunden auseinander, die die Wende als die Freiheit von allen Restriktionen verstanden und die ihr Leben in der Gemeinschaft nach ihren Vorstellungen einrichten wollten. Als Beispiele nannte der Bericht des Bezirksvorstandes die Sickergruben, die überhohen Hecken, die Autos auf den Parzellen, Bautätigkeit ohne Baugenehmigung u.a..^{314/}

Mit der Annahme der Änderungen der Satzung und der Registrierung durch das Amtsgericht Charlottenburg trägt die Bezirksorganisation der Treptower Kleingärt-

ner seit Oktober 1992 offiziell die Bezeichnung: „**Bezirksverband der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.**“.

Damit konnte der Bezirksverband ab 5. Oktober 1992 zur Vermeidung von Spekulationen beim Eigentumswechsel zwischen dem abgebenden und übernehmenden Unterpächter einer Kleingartenparzelle auftreten und alle Geldbewegungen über das Konto des Bezirksverbandes laufen lassen. Die Aushändigung des neuen Unterpachtvertrages erfolgte, nachdem der Zahlungsverpflichtungen realisiert waren.^{315/}

Zur Parzellenvergabe und zum Abschluss des Unterpachtvertrages bestätigte der Bezirksvorstand in einer Information an die Vereine den bestehenden Beschluss, dass dazu nur der Bezirksverband berechtigt ist. Auch die Bewerberliste führte ab 1. Januar 1992 nur noch der Bezirksverband.^{316/}

Zu den vielen Bemühungen, den persönlichen Kontakt zwischen den Kleingärtnern aus Ost und West herzustellen und die Beziehungen zwischen den Vereinen zu entwickeln, gehört die Initiative des amtierenden Vorsitzenden der Kleingartenanlage „Morgensonne“, die der „Berliner Gartenfreund“ umsetzte. Am 24. September trafen sich 23 Vereinsvorsitzende und die beiden Bezirksvorsitzenden aus Treptow und Neukölln im Vereinsheim der „Gemütlichkeit III“. In der Diskussionsrunde konnten viele Vorbehalte abgebaut und festgestellt werden, dass es viele Gemeinsamkeiten beiderseits des Teltowkanals gibt.

Zu einer der wichtigsten Grundsatzfragen, dem Erhalt der Kleingärten, trafen sich der Vorsitzende des Bezirksverbandes und der zuständige Stadtrat des Bezirksamtes Treptow. In diesem Gespräch bestand Konsens in der Ablehnung des im Entwurf des Flächennutzungsplanes 1994 genannten Südhafens. Damit bestand auf beiden Seiten in der Zielstellung, des Erhalts der Kleingärten im „Grünen Dreieck“, Übereinstimmung.^{317/}

Die immer umfassender werdenden Umweltauflagen führten 1992 zu der Auflage

an alle Dauerbewohner, Wasseranalysen für ihr Brunnenwasser einzuholen.

Ab 1. November 1992 erhöhte sich der Pachtpreis auf 26,19 Pfennig/m²/Jahr und die Dauerbewohner mussten 1.020,-DM/Jahr Wohnlaubenentgelt zahlen.^{318/}

Im Dezember 1992 beschloss der Erweiterten Vorstand des Bezirksverbandes eine Unterschriftensammlung zur „Sicherung des Erhalts unserer Kleingärten – Kleingartenland darf nicht Bauland werden“.

Ab 1993 übernahm der Bezirksverband die Kosten der Unfallversicherung für die Vorstandsmitglieder in den Vereinen.

Die Registrierung des „Bezirksverband der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.“ erfolgte am 11. Januar 1993 unter der Nr. 10880 Nz beim Amtsgericht Charlottenburg.^{319/}

Mit der Information 1/93 informierte der Bezirksvorstand die Vereine über diverse Richtlinien und Anweisungen, wie „Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung für Schornsteine“, „Sammlung von häuslichen Abwässern“ und „Schneebeseitigung“. Diese Fülle der zusätzlichen finanziellen Belastungen stellten an die Vereinsvorstände immer höhere Anforderungen, um bei den Mitgliedern die notwendigen Einsichten zu wecken.^{320/}

Zur Vorbereitung der Mitglieder auf die Beteiligung an der Diskussion des Entwurfs des Flächennutzungsplanes, nach dem ca. 30 % der Kleingärten in Treptow bis 2010 umgewidmet werden sollten, fand am 17. März 1993 in der Kleingartenanlage „Treptows Ruh“ eine gemeinsame Veranstaltung des Bezirksverbandes und des Komitees für Gerechtigkeit Berlin-Treptow statt. Auf dieser Aktion zur Sicherung der Kleingärten mussten sich die aus allen Fraktionen eingeladenen Bezirkspolitiker von den Kleingärtnern viel Kritisches sagen lassen.

Das Bezirksamt fasste als erster Ostbezirk am 13. April 1993 den Beschluss 45/93, der die Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens XV-47 zur Sicherung von Dauerkleingärten auf Privatflächen vorsah.

Für 20 Kleingartenanlagen mit 1.300 Parzellen auf 51 ha sollte planungsrechtliche Sicherheit geschaffen werden. Diesen Vorstoß trug aber die zuständige Senatsabteilung nicht mit.

Am 15. April 1993 endet die Unterschriftensammlung zur „Sicherung des Erhalts unserer Kleingärten – Kleingartenland darf nicht Bauland werden“ mit mehr als 15.000 Unterschriften.

Als Teil des öffentlichen Grüns sollten die Kleingartenanlagen für die Bevölkerung als Ziel von Spaziergängen zugänglich sein. Dem entsprach eine Anweisung des Bezirksverbandes, nach der das Verschließen der Anlagen nur mit Zustimmung des Zwischenpächters möglich ist.^{321/}

Die **4. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes der Gartenfreunde fand am 13. Mai 1993 drei Tage vor der öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplanes 1994 statt. Da nach den bereits vorher bekannt gewordenen Informationen bis 2010 insgesamt 36 % der Treptower Kleingartenfläche beseitigt werden sollten, war die Stimmung auch entsprechend. Das Kleingartenland sollte der vorgesehenen Verlängerung der Stadtautobahn, dem Bau eines neuen Südhafens und dem Wohnungsbau geopfert werden. Alle Redner forderten schärfsten Protest der Kleingärtner gegen diese Maßnahmen.^{322/}

Aus Anlass der Delegiertenversammlung hatte das Bezirksamt eine Pressemitteilung herausgegeben. In dieser lehnte es das Ziel des Flächennutzungsplanes zur Umnutzung der Kleingartenfläche westlich des S-Bahnhofs Plänterwald und am Teltowkanal für den Südhafen ab.

Da die bisher beim Senat eingegangenen Widersprüche gegen die vorliegenden Entwürfe des Flächennutzungsplanes noch immer für 46 % der Treptower Kleingärten keine Sicherheit gaben, forderte der Bezirksverband alle Mitglieder zu verstärkter Bürgerbeteiligung auf.^{323/}

Mit dem größeren Gewicht, den der Umweltschutz erhielt, trat am 1. September 1993 eine Verordnung des Senats in Kraft,

die das Verbrennen von Gartenabfällen ganzjährig untersagt. Üblich war in der Vergangenheit das gemeinschaftliche Verbrennen auf dem Vereinsplatz. Dies ging nun nicht mehr.

Die Berliner Stadtreinigungsbetriebe forderten, dass Müllverträge nur noch über die Vereine abgeschlossen werden. Die Vorgabe, auf jeder Parzelle eine Tonne für den Restmüll zu deponieren fand keine Umsetzung. Für Verpackungsabfälle mit dem grünen Punkt erfolgte die schrittweise Einführung gelber Säcke bzw. der gelben Tonne. Die Koordinierung oblag den Vereinsvorständen.

Die Anpassung der Wohnlaubenentgelte für den Ostteil Berlins an das Niveau des Westteils trat nicht wie vorgesehen zum 1. November 1993 in Kraft. Die Neuregelung verschob sich auf den 1. Januar 1995. Damit galten folgende Beträge:

01.01. – 31.12.1994	100,00 DM/Monat
01.01. – 31.12.1995	120,00 DM/Monat.

Im Herbst fanden die ersten Vorstandskonferenzen zum Thema „Vorbereitung des Abschlusses der neuen Unterpachtverträge“ statt. Die Vielzahl der Fragen auf diesen Konferenzen zeigte, dass viele Vereinsvorstände noch nicht vollkommen mit den neuen Anforderungen zurecht kamen.

Am 9. Dezember 1993 stimmte der erweiterte Bezirksvorstand dem Antrag der Kleingartenanlage „Lindenthal“ zu, zum 1. Januar 1994 Mitglied im Bezirksverband der Treptower Gartenfreunde zu werden.

Zum 1. Januar 1994 gab der Landesverband die überarbeitete „Richtlinie für die Abschätzung von Baulichkeiten, Außenanlagen und Aufwuchs bei Unterpächterwechsel in Kleingärten“ heraus, die die Besonderheiten der Ostbezirke berücksichtigte.

Das Bezirksamt Treptow kündigte am 15. Januar 1994 im Zusammenhang mit der Liquidierung des VKSK alle Generalpachtverträge für die landeseigenen Flächen und ermächtigte den Bezirksverband der Gartenfreunde, neue Zwischenpachtverträge abzuschließen.^{324/}

Entgegen bisheriger Regelungen galt ab 1994 ein Pachtzins von einheitlich 0,3492 DM/m²/Jahr für kommunale und private Flächen.

Um auf die Unruhe unter den Treptower Kleingärtnern zu reagieren, gab der Bürgermeister Michael Brückner im April 1994 in einem Zeitungsartikel ein eindeutiges Bekenntnis des Bezirksamtes zum Erhalt der Kleingärten im Entwurf des Flächennutzungsplanes ab.^{325/}

Nach Abstimmung mit dem Finanzamt für Körperschaften konnte ab 1994 der Rechnungsprüfungsausschuss des Bezirksverbandes Finanzprüfungen über die gemeinnützige Verwendung der Finanzen in den Vereinen durchführen.

Die **5. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes Treptow am 19. Mai 1994 nahm vor allem zum Flächennutzungsplan Stellung. Sie kritisierte, dass das Bezirksamt nur die unmittelbar bedrohten Anlagen in die Betrachtung einbezog und nicht berücksichtigte, dass als Folge eines Hafenausbaus am Britzer Zweigkanal auch die anliegenden Privatbesitzer von Kleingartenflächen ihren Grundbesitz mit höchstem Ertrag vermarkten würden.

Positiv stellte die Versammlung heraus, dass der Bezirksvorstand durch ein umfangreiches Schulungsprogramm insgesamt 84 % der Vorstände über Rechtsfragen, insbesondere zum Vereinsrecht, geschult hat.

Der Dachverband des Verbandes der Garten- und Siedlerfreunde beschloss auf seinem letzten Verbandstag am 4. Juni 1994 seine Liquidation.^{326/}

1994 betrug der Anteil der Kleingärten an der Bezirksfläche Treptows 6,43 %. Der Berliner Durchschnittswert betrug 3,57 %. An einer Protestveranstaltung des Landesverbandes zum Flächennutzungsplan am 4. Juni 1994 war die Bezirksorganisation Treptow mit 189 Teilnehmern aus 60 Vereinen vertreten.

Auf Beschluss des Landesverbandes fand am Vormittag des 11. Juni 1994 in allen Berliner Bezirken eine „**Schirm-Info-**

Aktion“ mit Unterschriftensammlung zum Erhalt der Kleingärten statt.

Die Treptower Kleingärtner verstehen es, um den Bestand ihrer Kleingartenanlagen zu kämpfen, aber auch zu feiern!



11. Juni 1994
Unterschriftenaktion
für den Erhalt der
Kleingärten
am S-Bahnhof
Plänterwald



24. Juni 1995
1. Treptower Klein-
gartentag
am S-Bahnhof
Plänterwald

An den Standorten des Bezirksverbandes Treptow trugen sich 2.612 Bürger in die Unterschriftenlisten ein.

An dieser Aktion waren folgende Vereine aktiv beteiligt,

am S-Bahnhof Plänterwald:

„Treptows Ruh“,
„Parkstraße“,
„Rathaus Treptow“ und
„Alte Sternwarte“,

am S-Bahnhof Baumschulenweg:

„Mariengrund“,
„Teltowkanal I“,
„Silberlinde“ und
„Forsthausallee“,

am S-Bahnhof Schöneweide:

„Am Hederichweg“,
„Wegegrün“ und
„Gemütliches Heim“
und am S-Bahnhof Adlershof:

„Am Adlergestell“,
„Niederschöneweide“,
„Morgensonne“ und
„Gemütlichkeit III“.

Unter Nutzung der Sonnenschirme mit dem Aufdruck „Berlin braucht seine

Kleingärten“ sollte diese Aktion bis zum 30. Oktober bei Sommerfesten u.ä. fortgesetzt werden.^{327/}

Das Berliner Gesamtergebnis von 50.000 Unterschriften übergaben Vertreter des Landesverbandes an das Abgeordnetenhaus.

Auf Kosten des Bezirksverbandes ließ das Naturschutz- und Grünflächenamt einheitliche Vereinsschilder an den Haupteingängen zu den Kleingartenanlagen aufstellen.

Für den Bau des Landesverbandshauses übernahmen die Kleingärtner die Kosten. Insgesamt brachten sie 24,00 DM/Parzelle auf, die sich auf vier Jahre verteilten.^{328/}

Bei „Nachweis am selbständigen Eigentum des Gebäudes“ mit dem Status eines Einfamilienhauses und der „rechtmäßig bestandsgeschützten Wohnnutzung vor dem 3. Oktober 1990“ konnten ab 1995 nach dem „Sachenrechtsänderungsgesetz“ Dauerbewohner einen Antrag auf Kauf der Parzelle beim Bezirksamt stellen. Von dieser Möglichkeit machten bis 2004 insgesamt 40 Kleingärtner Gebrauch und kauften ihre Parzellen.

1995 erhob Berlin von den Kleingärtnern erstmals öffentlich-rechtliche Lasten. Für die landeseigenen Kleingartenflächen betragen sie 0,1360 DM/m²/Jahr. Dieser Durchschnittswert aller Berliner Kleingartenanlagen diene der Begleichung der anfallenden Straßenreinigungsgebühren. Für Grundsteuern, die ebenfalls zu den öffentlich-rechtlichen Lasten zählen, setzte die Oberfinanzdirektion die Zahlungsfreiheit bis 1999 fest. Für die Kleingartenanlagen auf privaten Flächen fielen die Straßenreinigungsgebühren und Grundsteuern nur an, wenn der Landeigentümer einen entsprechenden Zahlungsbescheid bzw. -nachweis beim Bezirksverband vorlegte. Daraus ergaben sich in der Folgezeit eine Vielzahl unterschiedlicher Kosten für die einzelnen Kleingartenanlagen, ja selbst für die einzelnen Parzellen innerhalb einer Kleingartenanlage mit mehreren Landeigentümern.^{329/}

Am 25. Februar 1995 gründeten 7 Berliner die „Wählerinitiative Berliner Kleingärtner“, die bis zur Wahl am 22. Oktober 1995 insgesamt 174 Mitglieder hatte. Populistische Forderungen brachten der Initiative über 13.000 Wählerstimmen.^{330/} Auf Grund der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den gewählten Vertretern der Kleingärtner, löste sich diese Vereinigung wieder auf.

Der Bezirksverband Treptow führte am 11. Mai 1995 seine **6. Delegiertenkonferenz** durch. Sie gab eine umfassende Analyse der in den Jahren 1991 bis 1994 vollzogenen Pächterwechsel. Danach fanden in diesem Zeitraum insgesamt 1.248 Pächterwechsel statt. Das entspricht 19,3 % des Kleingartenbestandes in Treptow. Im gleichen Zeitraum stellten 1.011 Kleingärtner Bauanträge, davon 75 % für den Einbau eines Abwassersammelbehälters.

Um zusätzliche Kleingärten zu erschließen, ersuchte der Bezirksverband alle Kleingärtner mit Parzellen über 700 m², ihre Parzellen zu teilen. Zusätzlich zu der Entschädigungssumme für Aufwuchs und Baulichkeiten war eine einmalige Abfindung von 1.500,00 DM vorgesehen.^{331/}

Am 24. Juni 1995 fand der **1. Treptower Kleingartentag** auf dem Vorplatz des Bahnhofs Plänterwald statt.

Neben vielfältigen Diskussionen zwischen Treptower Kleingärtnern und politischer Prominenz über die Sicherung des Bestandes der Kleingartenanlagen boten Musikgruppen, Orchester und Einzelkünstler viel Kultur für die zahlreichen Besucher.

Das Bezirksamt Treptow startete zur Reduzierung des teilweise sehr hohen Anteils von Nadelgehölzen in den Kleingärten zu Weihnachten 1995 eine „Aktion Tannenbaum“. Damit sollte die Möglichkeit gegeben werden, Nadelbäume, die von ihrer Größe nicht unter den Baumschutz fielen, zu fällen und öffentlichen Einrichtungen als Weihnachtsbaum zur Verfügung zu stellen.^{332/}

1996 trat die letzte Stufe der Pachtzinsangleichung in Kraft, so dass der Pachtzins auf 0,5238 DM/m²/Jahr stieg.

Am 2. Januar 1996 brach eine Trinkwasserleitung auf der Kreuzung Baumschulenstraße/ Königsheideweg. Dadurch erlitten Teile der Kleingartenanlagen „Britzer Allee“ und „Silberlinde“ große Wasserschäden. Bei der Beseitigung der Schäden leisteten der Bezirksverband und das Bezirksamt Treptow materielle und finanzielle Hilfe.

Für April/Mai 1996 rief der Bezirksbürgermeister zum „Frühjahrsputz“ in Treptow auf. Hierbei ging es sowohl um die Reinigung von Straßen und Fußwegen, als auch um die Beseitigung von Gerümpelablagerungen in den Grünanlagen und der Berge von blauen Säcken an den Straßenrändern.

Die 7. Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes Treptow fand am 9. Mai 1996 statt. Sie informierte über den geplanten Autobahnbau der A113, durch die die Kleingartenanlagen:

„Heimatscholle“	mit	1 Parzelle
„Kuckucksheim II“	mit	13 Parzellen
„Wegegrün“	mit	10 Parzellen
„Morgensonne“	mit	1 Parzelle
„Treidelweg“	mit	2 Parzellen

betroffen sind.

Die Kündigung der Unterpächter erfolgte langfristig. Die betroffenen Gartenfreunde erhielten eine Entschädigung und auf Wunsch eine Ersatzparzelle angeboten.

Auf der Grundlage des „Grunderwerbssteuergesetzes“ musste ab 1996 auch in Treptow bei der Übernahme einer Parzelle mit einem Wert der Baulichkeiten über 5.000,- DM Grunderwerbssteuer gezahlt werden.

Im November 1996 informierte der Bezirksverband im „Berliner Gartenfreund“, dass an der Kiefholzstraße, zwischen Dammweg und Karpfenteichstraße, eine neue Kleingartenanlage mit ca. 40 Parzellen auf 18.000 m² entstehen soll.

Das vorgesehene Areal befand sich auf dem unmittelbaren Grenzstreifen und war

wegen der in der Vergangenheit eingesetzten Unkrautvernichtungsmittel stark kontaminiert. Dadurch war die Fläche ohne Bodenaustausch für Kleingärten nicht geeignet, so dass es aus Kostengründen nicht zur Umsetzung des Vorhabens kam.

Zum Jahresbeginn 1997 lud der Bezirksvorstand zum Neujahrsempfang ins Vereinsheim der Kleingartenanlage „Blumenhain“ ein.

Am 1. Februar 1997 bildete sich die Frauengruppe des Bezirksverbandes.

Die 8. Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes Treptow, die am 22. Mai 1997 stattfand informierte u.a. darüber, dass sich durch 137 Neuverpachtungen von Parzellen das Durchschnittsalter der Treptower Kleingärtner von 63 auf 52 Jahre gesenkt hat. Des Weiteren gab sie die Bildung der Frauengruppe und der Arbeitsgruppe Kleingartengeschichte bekannt.^{333/}

Am 21. Juni 1997 fand der 2. Treptower Kleingartentag am Bahnhof Plänterwald statt. Neben den bewährten musikalischen Darbietungen bot die Veranstaltung viele Möglichkeiten für die aktive Betätigung der Besucher, insbesondere für die Kinder.

Durch den Beschluss des Bezirksamtes Treptow vom 9. September 1997 veränderten sich die Ortsteilgrenzen zwischen Altglienicke und Bohnsdorf sowie Adlershof und Johannisthal. Aus den Ortsteilen Baumschulenweg und Treptow gingen die Ortsteile Alt-Treptow, Plänterwald und Baumschulenweg hervor.^{334/}

Die zweite, überarbeitete Schätzrichtlinie des Landesverbandes trat zum 1. Januar 1998 in Kraft. Zur Umsetzung im Bezirksverband Treptow beschloss der Bezirksvorstand eine „Arbeitsrichtlinie zur rechtlichen und fachlichen Anwendung der Schätzrichtlinie“.

Ab 1998 betrug der Pachtzins 0,6984 DM/m²/Jahr und die öffentlich-rechtlichen Lasten 0,16 DM/m²/Jahr.

Der Bezirksverband verlegte seine Geschäftsstelle vom Lindhorstweg zur Straße Am Treptower Park. Aus diesem Anlass

fand am 7. Mai 1998 ein Empfang für den Vorstand des Landesverbandes und die anderen Bezirksvorstände sowie für Treptower Kommunalpolitiker statt.

Am 28. Mai 1998 führte der Bezirksverband Treptow seine **9. Delegiertenversammlung** durch.

Im Rahmen der Traditionsarbeit in den Treptower Kleingartenvereinen gestaltete der Bezirksverband vom 19. bis 21. Juni 1998 in der Kleingartenanlage „Gemütliches Heim“ die **1. Treptower Kleingarten-Traditionsausstellung**. Aktiv mit eigenen Ausstellungen waren 10 Vereine beteiligt.^{335/}

Die **10. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes Treptow am 27. Mai 1999 informierte darüber, dass trotz der bereits 1990 erfolgten Stilllegung des Wasserwerkes Altglienicke das gesamte Areal der Wasserschutzzone II zugeordnet ist und damit die Kleingartenanlage „Falkenbrunn“ besonderen Bedingungen bei Baumaßnahmen an den Lauben und bei der Abwassersammlung unterliegt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die angestrebte schrittweise Aktualisierung der Nutzungs- bzw. Unterpachtverträge.

Der **3. Treptower Kleingartentag** fand am 19. Juni 1999 im Rahmen der Treptower Festtage auf dem Gelände zwischen dem S-Bahnhof Treptower Park und dem Hafen der Stern- und Kreisschiffahrt statt. Die günstige Konstellation bescherte dem Kleingartentag einen großen Besucherandrang. Große Resonanz fand bei den Besuchern die Vielfalt der dargestellten Kleingartengeschichte.

Zum **Neujahrsempfang 2000**, der im Vereinsheim der Kleingartenanlage „Gemütlichkeit III“ stattfand, waren neben den Vorsitzenden der Treptower Vereine auch der Bezirksbürgermeister Siegfried Stock, der Präsident des Landesverbandes Jürgen Hurt und die Vorsitzenden der Berliner Bezirksverbände anwesend. Von Bedeutung war, dass auf dieser Zusammenkunft mitgeteilt werden konnte, dass die Fachkommission Kleingartengeschichte des Bezirksverbandes Treptow als Gründungs-

datum der Bezirksorganisation mit dem 14. Juni 1920 ermitteln konnte.

Im denkwürdigen achtzigsten Jahr des Bestehens der Treptower Kleingartenorganisation erfolgte am 23. März 2000 im Beisein von vielen Ehrengästen die Einweihung des Schulungszentrums des Bezirksverbandes im Vereinshaus des Kleingartenvereins „Holunderbusch“.

Die **11. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes Treptow am 25. Mai 2000 fand erstmalig im Sitzungssaal des Treptower Rathauses statt.

In Vorbereitung auf die Feierlichkeiten zum **80-jährigen Bestehen des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.** erschien im Stadt-Magazin SüdOst unter der Überschrift „Jubiläum ist eine echte Berliner Pflanze“ eine Laudatio auf die Kleingärtner.^{336/} Aus Anlass der Festveranstaltung gab der Bezirksvorstand eine von der Fachkommission Kleingartengeschichte gefertigte Festschrift, die einen kurzen Abriss der geschichtlichen Entwicklung des organisierten Kleingartenwesens in Treptow wiedergab, heraus.^{337/}

Im Rahmen der festlichen Begehung des Jubiläums fand am 15. September 2000 eine Zusammenkunft mit rund 30 älteren Funktionären der Treptower Kleingartenbewegung im Schulungsheim statt.

Die Festveranstaltung führte der Bezirksverband am 30. September 2000 im Festsaal in den Treptowers durch. Auf dieser Festveranstaltung erhielten der Bezirksbürgermeister S. Stock und der Baustadtrat, D. Schmitz, für ihr stetiges Handeln für die Interessen der Treptower Kleingärtner die Goldene Ehrennadel des Bezirksverbandes.^{338/}

Auf der Sitzung des erweiterten Vorstandes am 30. November 2000 erklärte der 1. Vorsitzende des Bezirksverbandes, H. Voigt, seinen Rücktritt. Die Amtsgeschäfte übernahm der bisherige stellvertretende Vorsitzende Joachim Spintig.^{339/} Die entsprechende Veränderung im Vereinsregister erfolgte am 23. Februar 2001.

Ein vom Leiter des Naturschutzamtes Treptow, Dr. M. Kleinlosen, im Dezember im „Berliner Gartenfreund“ veröffentlichter Artikel mit dem Titel „Der Realität ins Auge schauen“ löste bei den Kleingärtner Unbehagen und Protest aus. In fünf Punkten versuchte der Autor eine Begründung für die Überlebtheit des Kleingartenwesens in der heutigen Zeit zu geben. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Weißensee, Peter Bader, nahm in der gleichen Ausgabe dazu Stellung und zeichnete ein Bild der lebendigen Kleingartenbewegung.^{340/}

Zum Neujahrsempfang am 22. Februar 2001 im Schulungsheim in der Kleingartenanlage „Holunderbusch“ begrüßte der neue 1. Vorsitzende J. Spintig die Gäste.

Im Mai erfolgte durch das Bezirksamt die Streichung der innerhalb des „Grünen Dreiecks“ gelegenen unbefestigten Straßen 17, 19, 20 und 21 aus dem Straßenverzeichnis. Damit erfolgte praktisch eine Zuordnung der Straßen zu den Kleingartenanlagen „Kuckucksheim II“, „Holunderbusch“ und „Gemütlichkeit III“, womit nun auch die Verantwortlichkeit für die Instandhaltung auf die genannten Kleingartenanlagen überging.^{341/}

Die **12. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes Treptow bestätigte am 22. Mai 2001 als 1. Vorsitzenden Joachim Spintig und wählte Egon Friedrichs als stellvertretenden Vorsitzenden.

Die bisherige Regelung, dass Unterpachtverträge nur von Ehepaaren oder Einzelpersonen unterzeichnet werden konnten, veränderte sich dahingehend, dass auch eheähnliche Partnerschaften zur gemeinsamen Unterschrift berechtigt sind, wenn sie auf dem Vertrag die „gesamtschuldnerische Haftung“ übernehmen und einen gemeinsamen Wohnsitz haben.^{342/}

Zu den Treptower Festtagen am 9. und 10. Juni 2001 nahm der Bezirksverband mit zwei Informationsständen zur Gartenfachberatung und zur Kleingartengeschichte vor dem Rathaus Treptow teil.

Der **4. Treptower Kleingartentag**, am 23. Juni 2001, fand wiederum am Hafengelän-

de in Treptow statt. 13 Vereine und die Fachkommissionen gestalteten ihre Stände und boten vielerlei Abwechslung für die Besucher. Auch mit dieser Veranstaltung konnte wesentlich dazu beigetragen werden einem breiten Publikum das Treptower Kleingartenwesen näher zu bringen.^{343/}

Am 15. November 2001 informierte der Bezirksvorstand auf einer **außerordentlichen Delegiertenversammlung** die Treptower Kleingärtner über die personellen, aber auch über die sachlichen Veränderungen. Die Delegierten stimmten dem eingeschlagenen Weg der weiteren Entwicklung der Bezirksorganisation zu und erteilten dem Vorstand Entlastung.

Für die Treptower Kleingärtnerorganisation gingen zum 31. Dezember 2001 die Vereine Grünbergallee I und II im Ortsteil Altglienicke verloren. Wegen des hohen Anteils von Siedlungsgrundstücken kündigte der private Grundstückseigentümer den Zwischenpachtvertrag mit dem Bezirksverband und übernahm selbst die Verwaltung der Grundstücke bzw. Parzellen. Damit erlosch für die Kleingärtner in diesen beiden Anlagen der Schutz des Bundeskleingartengesetzes und damit auch die bisherige sozialverträgliche Pacht.

Der Einladung zum Neujahrsempfang des Bezirksverbandes im Januar 2002 waren neben dem Bezirksbürgermeister Dr. Ulbricht und den verantwortlichen Mitarbeitern für das Kleingartenwesen des Bezirksamtes auch Vertreter von anderen Bezirksverbänden und die Vorsitzenden der Treptower Kleingartenvereine gefolgt. Der durch den Bezirksbürgermeister für die fusionierten Bezirke Treptow und Köpenick geäußerte Wunsch nach einer Fusion der Bezirksverbände Treptow und Köpenick, lehnte der Vorstand des Bezirksverbandes, auf Grund der unterschiedlichen Struktur der beiden Verbände ab.

Im April bekräftigte der Bezirksbürgermeister Dr. K. Ulbricht im „Berliner Gartenfreund“ seinen Standpunkt, dass das Bezirksamt alles in seiner Macht stehende tun wird, um die Kleingärten im Bezirk zu erhalten.

Die **13. Delegiertenversammlung** der Bezirksorganisation am 26. Juni 2002 war von den Zusagen des Senats zu einem weiteren Bestandsschutz der Kleingärten auf landeseigenen Flächen bis 2014 geprägt. Auf Grund des vom Bundesverband geforderten höheren Beitrages beschlossen die Delegierten die Erhöhung des Verwaltungsbeitrages für die Treptower Kleingärtner.^{344/} Der Bezirksvorstand erläuterte im Zusammenhang mit der Einstufung der Wasserwerke Johannisthal und Altglienicke zur Schutzzone II die Anforderungen an alle Bodennutzer, vor allem für den Umgang mit häuslichen Abwässern, der Nutzung von Düngemitteln sowie für Baumaßnahmen. Er informierte, dass sich die Bemühungen bei der zuständigen Senatsverwaltung, insbesondere für die betroffenen 394 Parzellen in der Nähe des Wasserwerkes Altglienicke eine gangbare Lösung zu finden, schleppend verlaufen.^{345/}

Die **14. Delegiertenversammlung** des Bezirksverbandes Treptow fand am 20. Mai 2003 im Saal des Treptower Rathauses statt. Die Bedeutung dieser Versammlung lag besonders darin, dass drei Mitglieder aus dem Geschäftsführenden Vorstand ausschieden, der Vorstand sich verkleinerte und damit eine neue Struktur einnahm. Die Delegierten wählten Joachim Spintig als 1. Vorsitzenden, Günter Landgraf zum Stellvertretenden Vorsitzenden, Klaus Schmidtsdorff zum Schatzmeister und Dr. Reinhard Blochwitz zum Schriftführer.

Der **5. Treptower Kleingartentag** fand am 28. Juni 2003 aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums des Kleingartenvereins „Am Adlergestell“ in dieser Anlage statt. Für die Mitglieder dieses Vereins und die Besucher, vor allem die Anwohner aus dem Ortsteil Adlershof, war es eine gelungene Veranstaltung.

Im August 2003 veränderten sich die Ortsteilgrenzen zwischen Adlershof und Johannisthal nochmals, wodurch der gesamte neue Wissenschaftsstandort nunmehr zu Adlershof gehört.^{346/}

Am 10. Dezember 2003 erfolgte die Ernennung von Fritz Kreßner zum Ehrenmitglied des Bezirksverbandes. Mit dieser Ehrung fand die durch ihn über Jahrzehnte geleistete fachlich fundierte sowie von außerordentlicher Kompetenz geprägte ehrenamtliche Arbeit in der Gartenfachkommission des Bezirksverbandes seine Anerkennung

An Stelle des Neujahrsempfanges trafen sich am 28. April 2004 im Schulungszentrum des Bezirksverbandes der Geschäftsführende Vorstand mit den Vorsitzenden der Vorstände der Kleingartenanlagen zum „**Saisonaufakt**“.

Die **15. Delegiertenversammlung** am 17. Juni 2004 beschloss die Umlage zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Lasten nach dem Solidarprinzip. Danach tragen alle Unterpächter unabhängig von der Straßenlage und der Eigentumsverhältnisse die anfallenden Lasten in gleicher Höhe.

Die Versammlung ernannte Gartenfreund Helmut Gerstädt zum Ehrenmitglied des Bezirksverbandes, womit seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Verband seine Würdigung fand.

Mit der Aktualisierung des Flächennutzungsplanes verbesserte sich für viele Kleingartenanlagen die Situation, indem sie bis 2014 Bestandsschutz erhielten. Für die Kleingärtner entlang des Britzer Zweigkanals verband sich mit dem Flächennutzungsplan große Sorge über den Fortbestand ihrer Parzellen. Insbesondere die neue Verbindung vom Autobahnanschluss „Späthstraße“ quer durch die Kleingartenanlagen „Kuckucksheim II“, „Holunderbusch“, „Lerchenhöhe“, „Gemütlichkeit III“, „Baumfreunde“, „Südpol“ und „Teltowkanal I“ bis zur geplanten Spreibrücke im Bereich des Britzer Zweigkanals sorgte für viel Unruhe.

Durch umfangreiche Maßnahmen des Bezirksvorstandes und durch Proteste der betroffenen Kleingärtner konnte erreicht werden, dass der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses zusicherte, dass die Planungen nochmals gründlich durchdacht werden.^{347/}

Mitglieder im Bezirksverband der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.

<i>Kleingartenanlage</i>	<i>Parzellen</i>	<i>Kleingartenanlage</i>	<i>Parzellen</i>
Alte Sternwarte	49	Kiebitzberg I	91
Am Adlergestell	162	Kiebitzberg II	10
Am alten Fenn	21	Kreuztal	100
Am Falkenberg	107	Kuckucksheim I	38
Am Freibad Oberspree	53	Kuckucksheim II	75
Am Glasower Graben	28	Lakegrund	34
Am Mississippi	30	Lange Gurke	37
Am Hederichweg	75	Lerchenhöhe	52
Am Heidekampgraben	87	Lindental	80
Am Plumpengraben	60	Lunapark	36
An der Südostallee	95	Mariengrund	82
Aprikosensteig	33	Meisengrund	21
Bachespe	62	Morgensonne	53
Baumfreunde	18	Naturfreunde	16
Birkenwäldchen	43	Neuer Garten I	47
Blumenhain	46	Neu-Seeland	70
Bodenreform	119	Niederschönevide	18
Britzer Allee	127	Oberer Damm	113
Buckersberg	75	Pappelgrund	11
Drosselgarten	27	Parkstraße	101
Ehrliche Arbeit	20	Rathaus Treptow	96
Einigkeit/Meran	30	Reichsbahn Adlershof	26
Einsamkeit	27	Rudower Straße	44
Erlengrund	41	Schulstraße	36
Falkenbrunn	97	Semmelweis	52
Felsenfest	9	Silberlinde	78
Formosa	14	Sorgenfrei	43
Forsthausallee	43	Späthstraße	29
Fortschritt	36	Späthswalde	112
Fortuna	62	Spreetal-Kanne	28
Frohsinn	67	Sternwarte 1911	55
Gemütliches Heim	187	Südpol	38
Gemütlichkeit III	136	Teltowkanal I	87
Glasower Damm	44	Teltowkanal III	157
Goldweide	118	Treidelweg	17
Grashof	15	Treptows Ruh	164
Grüne Weide	80	Vogelsang I	112
Harmonie	50	Vogelsang II	141
Heimatscholle	45	Waldesgrund	126
Helmutstal	13	Waldfrieden I	26
Hermannsruh	90	Waldfrieden II	21
Holderbusch	7	Waldland	183
Holunderbusch	159	Wegegrün	85
Immergrün	29	Wendenheide	66
Interflug	80	Zur Linde	145

Vorstände des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Treptow e.V.

Gewählt durch die Delegierten der 14. Delegiertenversammlung

Geschäftsführender Vorstand:



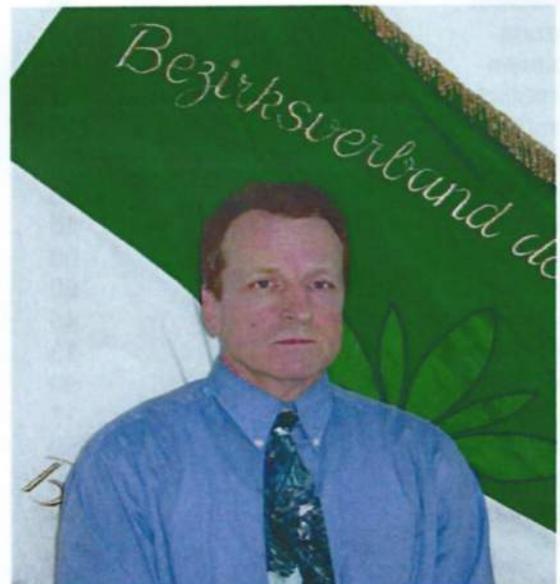
*1. Vorsitzender
Joachim Spintig*



*Stellvertretender Vorsitzender
Günter Landgraf*



*Schatzmeister
Klaus Schmidtdorff*



*Schriftführer
Dr. Reinhard Blochwitz*

Erweiterter Vorstand:



Von links nach rechts:

Vorsitzender der Fachkommission Schätzer, Artur Hoffmann

Vorsitzender der Gartenfachkommission, Helfrid Weigel

Vorsitzende der Frauengruppe, Christel Krause

Vorsitzender der Fachkommission Kleingartengeschichte, Manfred Kassel

Beisitzer, Torsten Wegner

- ^{1/} „Zur Geschichte des deutschen Kleingartenwesens“ Heft 21, 1931, S. 8
- ^{2/} A. Dreitzel, „Der Kartoffelanbau durch Arme Berlins“, 1880
- ^{3/} „Satzung der Leipziger Schrebervereine“ vom 16.12.1901
- ^{4/} Warnecke „Ein starkes Stück Berlin“, 2001, S. 30
- ^{5/} „Der Kleingärtner“, S. 1, vom 1.3.1929
- ^{6/} „Festnummer zum 25-jährigen Jubiläum des Provinzialverbandes“, 1926 S. 1
- ^{7/} Mahler, „Berlin und seine Bauten – Teil IX, Kleingärten“, S. 221
- ^{8/} Specht, „Treptow wie es war und wurde“, 1930, S. 31
- ^{9/} Specht, Treptow wie es war und wurde, 1930, S.65 ff
- ^{10/} Schreiben des LV der Berliner Gartenfreunde vom 7.2.1995
- ^{11/} F. Coenen, „Das Laubenkoloniewesen...“, 1911 S.16
- ^{12/} ebenda, S. 13
- ^{13/} ebenda, S. 16
- ^{14/} Chronik „Zur Linde“, 1997, S. 5
- ^{15/} R. Richter, „Hier können Familien Kaffee kochen“, S. 29
- ^{16/} J. Uhlig, „Treptow“, 1995, S. 76
- ^{17/} „Eisenbahn-Landwirt“ Nr. 6/1960, S. 147
- ^{18/} „Parzelle-Laube-Kolonie“, Ausstellung 1988/89, S.26
- ^{19/} ebenda S.26
- ^{20/} F. Coenen, a.a.O. S. 17
- ^{21/} F. Coenen, a.a.O. S. 21
- ^{22/} Protokoll Gemütlichkeit III vom 21.9.1911
- ^{23/} F. Coenen, a.a.O., S. 22
- ^{24/} „Chronik 95 Jahre Gemütlichkeit III“ 1997
- ^{25/} Festnummer zum 25-jährigen Jubiläum des Provinzialverbandes, 10.4.1926, S.1
- ^{26/} „Geschichte Heft 21 ...“, a.a.O., S. 29
- ^{27/} ebenda S. 29
- ^{28/} „Festnummer 25 ...“, a.a.O., S. 2
- ^{29/} „Festnummer zum 25-jährigen...“ a.a.O. S. 2
- ^{30/} „Festnummer 25 ...“, a.a.O., S. 2
- ^{31/} „Chronik Gemütlichkeit III“ 1997
- ^{32/} Stein, „Inseln im Häusermeer“, 1998, S. 343
- ^{33/} RGBl. Nr. 64, S. 224, vom 14.8.1916
- ^{34/} Protokoll „Gemütlichkeit III“ vom 18.2.1915
- ^{35/} „Die Tätigkeit des Kriegsausschusses im Kriegsjahr 1915“, S. 15
- ^{36/} RGBl. Nr. 178, S. 897, vom 12.10.1917
- ^{37/} vgl. Rühle, Wohnlauben und Kleingarten-Wohnhäuser. Berlin 1922, S. 1 f.
- ^{38/} RGBl. 150/1919, S. 1371
- ^{39/} Albrecht, „Kleingartenwesen, Kleingartenbewegung und Kleingartenpolitik“, Berlin 1924, S. 8
- ^{40/} GBl. I, Nr. 52, S. 457 vom 11.6.1956
- ^{41/} GVBl. I, Nr. 13, S. 471 vom 23.3.1983
- ^{42/} „Festnummer zum 25-jährigen...“ a.a.O. S.4 ff.
- ^{43/} Sahn, „100 Jahre Berliner Laubenkolonisten“, 2001, S. 22
- ^{44/} „Festnummer 25“, a.a.O., S. 4
- ^{45/} Verwaltungsbericht BA Treptow 1920-24
- ^{46/} Protokoll „Gemütlichkeit“ v. 23.09.1922
- ^{47/} Preußischer Erlass vom 2.6.1924
- ^{48/} Protestresolution der Treptower Kleingärtner vom 17.6.1924
- ^{49/} Brief BV Neukölln-Treptow vom 13.10.1925
- ^{50/} „Der Kleingärtner“ vom 15.9.1927
- ^{51/} Verwaltungsbericht BA Treptow 1924 - 28
- ^{52/} „Der Kleingärtner“ Nr. 4/1930
- ^{53/} „Zur Geschichte...“ a.a.o., S.70
- ^{54/} Magistratsbeschluss vom 19.9.1929
- ^{55/} Jahresbericht Provinzialverband für 1929
- ^{56/} Chronik „Neu-Seeland“ - 1987
- ^{57/} Tätigkeitsbericht Provinzialverband Berlin 1930
- ^{58/} RGBl. 67/1931, S. 537
- ^{59/} Achter Reichs-Kleingärtnerntag, 1931, S. 132
- ^{60/} Verwaltungsbericht BA Treptow 1928 - 32
- ^{61/} Schreiben Reichsverband vom 6.5.1933
- ^{62/} Chronik „Teltowkanal“ 1923 - 83
- ^{63/} Brando „Kleine Gärten einst und jetzt“, S.53
- ^{64/} Arenhold, „Kleingärten einst und jetzt“, Berlin 1937, S. 24
- ^{65/} „Handbuch Neukölln“, a.a.O., S.31
- ^{66/} Chronik „Teltowkanal I“ - 1983
- ^{67/} Schreiben Amtsgericht Berlin-Mitte vom 9.7.1934
- ^{68/} Schreiben Stadtgruppe Berlin-Süden vom 13.2.1940
- ^{69/} Unterpachtvertrag von 1934
- ^{70/} „Das deutsche Kleingartenwesen“ Heft 1/2, Das deutsche Kleingartenrecht, S. 118
- ^{71/} „Der Kleingärtner vom Roten Kreuz“ 1934, Nr.1, S.7
- ^{72/} Chronik „Neu-Seeland“ - 1987
- ^{73/} „Kleingärten einst und jetzt“, a.a.O., S. 24
- ^{74/} RGBl. Nr. 67 vom 29.6.1935, S. 809
- ^{75/} Chronik Neu-Seeland 1987
- ^{76/} Verwaltungsbericht BA Treptow 1932 - 36
- ^{77/} Satzung der Stadtgruppe Neukölln von 1938
- ^{78/} Brando: Kleine Gärten- einst und jetzt. S. 59
- ^{79/} „Das deutsche Kleingartenwesen 1939, Nr.1, S.11
- ^{80/} Schreiben Bez.bürgermeister vom 11.5.1939
- ^{81/} RGBl. Nr. 150 vom 27.8.1939
- ^{82/} RGBl. Nr. 172 vom 10.9.1939
- ^{83/} „Geschichte in Daten – Berlin“, S. 201
- ^{84/} RGBl. Nr. 191 vom 27.9.1939, S. 1949
- ^{85/} RGBl. Nr. 191 vom 27.9.1939, S. 1966
- ^{86/} RGBl. I vom 2.8.1940, S. 1074
- ^{87/} „Geschichte in Daten“, a.a.O., S. 203
- ^{88/} RGBl. Nr. 56 vom 27.5.1942, S. 343
- ^{89/} Schreiben der Polizei vom 28.1.1943
- ^{90/} RGBl. Nr. 65 vom 23.12.1944, S. 345
- ^{91/} RGBl. Nr. 65 vom 15.12.1944, S. 347
- ^{92/} R. Rürup, „Berlin 1945“, S. 60
- ^{93/} VOBl. 7/1945, S. 2.
- ^{94/} Protokoll Provinzialverband vom 15.6.1945
- ^{95/} VOBl, Nr.4 vom 20.8.1945, S. 54
- ^{96/} Rundschreiben BV Neukölln-Treptow 1/1945
- ^{97/} Reinhold, „Gemütlichkeit“, Berlin 2003, S. 73
- ^{98/} Rundschreiben BV Neukölln-Treptow 2/1945
- ^{99/} Rundschreiben BV Neukölln-Treptow 3/1945

- 100 / ebenda
- 101 / KGV „Forsthauseck“, Prot. vom 28.4.1946
- 102 / Protokoll „Forsthauseck“ vom 28.4.1946
- 103 / VOBl. Nr. 11, S. 132, vom 16.10.1945
- 104 / VOBl. Nr. 26 vom 3.7.1946
- 105 / Satzung Brandunterstützungskasse 1946
- 106 / Rundschr. BV Berlin-Süden 1/1946
- 107 / LAB Rep. 10B, 1877/375, 413
- 108 / „Berlin im Neuaufbau“, Berlin 1946
- 109 / Rundschreiben BV Berlin Süden 1/1946
- 110 / Rundschreiben BV Berlin-Süden 3/1946
- 111 / Rundschreiben BV Berlin Süden 3/1946
- 112 / Rundschreiben BV Berlin Süden 5/1946
- 113 / Spendenplakat des Mag. und ZV von 1946
- 114 / VOBl. Teil I, Nr. 24 vom 15.6.1946
- 115 / Rundschreiben des ZV 1/1946, 15.6.1946
- 116 / Satzungen des BV Treptow vom 20.8.1946
- 117 / Chronik KGV „Kreuztal“
- 118 / „Der Kleingärtner“ September 1950
- 119 / „Gemütlichkeit III“, Prot. MV 27.10.1946
- 120 / Rundschreiben BV Berlin Süden vom 5.10.1946
- 121 / Schreiben BV Berlin-Süden vom 21.1.1947
- 122 / VOBl. Nr. 2 vom 18.2.1947, S. 19
- 123 / Satzung der Brandschutzkasse Süden u. Treptow vom 15.5.1947
- 124 / Bestellformular für Pflanzkartoffeln - 1947
- 125 / Schreiben des Magistrats vom 7.5.1945
- 126 / Rundschreiben ZV Berlin I/8/47
- 127 / Schreiben Amtsgericht Charlottenburg vom 4.6.1947
- 128 / „Kleingärtner- und Siedlerzeitung“ Nr. 5/6 1949
- 129 / Jahresbericht Bezirksamt Treptow 1947/48
- 130 / Pachtvertrag vom 1.7.1947 mit der Treuhandstelle
- 131 / Verwaltungsabkommen vom 1.7.1947 mit der KGA „Am Adlgergestell“
- 132 / BV Treptow 5/47
- 133 / „60 Jahre ...“, a.a.O., S. 24
- 134 / Protokoll „Gemütlichkeit III“ vom 19.07.1947
- 135 / Rundschreiben BV Treptow 4/47
- 136 / Rundschreiben BV Treptow 3/47
- 137 / Schreiben ZV vom 5.1.1948
- 138 / Schreiben des BA Treptow vom 19.8.1948
- 139 / Rundschreiben BV Treptow 1/48
- 140 / Satzung BV Treptow vom 18.1.1948
- 141 / Chronik Teltowkanal I“ 1983
- 142 / „Der Kleingärtner und Siedler“, Februar 1948
- 143 / Schreiben BV vom 19.2.1948
- 144 / Rundschreiben BV Treptow 7/48
- 145 / „Der Kleingärtner und Siedler“ Oktober 1948
- 146 / Verwaltungsabkommen BV mit KGA „Am Freibad Oberspree“ vom 3.9.1948
- 147 / Protokoll Ortsausschuss Johannisthal III vom 3.7.1948
- 148 / „Der Kleingärtner und Siedler“ Oktober 1948
- 149 / „Der Kleingärtner und Siedler“ Juni 1948
- 150 / Protokoll Ortsausschuss Johannisthal III vom 3.7.1948
- 151 / Brief des Magistrats v. Groß Berlin 13.01.1949
- 152 / Darstellung West zum 3.12.1948
- 153 / „Kleingärtner- und Siedlerzeitung“, Juli 1949
- 154 / Brief des Magistrats von Groß Berlin vom 13.01.1949
- 155 / Darstellung Ost zum 3.12.1948
- 156 / Rundschreiben BV Treptow 9/48
- 157 / Rundschreiben BV Treptow 1/49
- 158 / Rundschreiben BV Treptow 1/49
- 159 / Prot. Delegiertenvers. ZV vom 16.1.1949
- 160 / „Kleingärtner- und Siedlerzeitung“ 2/3, 1949
- 161 / Rundschreiben BV Treptow 4/49
- 162 / „Kleingärtner- und Siedler-Zeitung“, 2/3 / 1949
- 163 / Festschrift 60. Jubiläum ZV, 1961 ???
- 164 / Satzung ZV mit Bestätigung durch Amtsgericht vom 25.8.1949
- 165 / Festzugroute des BV vom 26.8.1949
- 166 / „Der Kleingärtner“, 9/1949
- 167 / Der Kleingärtner Oktober 1949
- 168 / ebenda
- 169 / Der Kleingärtner November 1949
- 170 / Geschäftsbericht BV Treptow 1949
- 171 / Der Kleingärtner November 1949
- 172 / Verfügung des Magistrats, 12.11.1949
- 173 / Rundschreiben BV Treptow 18/49
- 174 / Grabeland-Nutzungsvertrag vom 6.12.1949
- 175 / Der Kleingärtner Dezember 1949
- 176 / Rundschreiben BV Treptow 20/49
- 177 / Protokoll Ortsausschuss Johannisthal III vom 3.5.1950
- 178 / Geschäftsbericht BV Treptow 1950
- 179 / Der Kleingärtner März 1950
- 180 / Rundschreiben BV Treptow 6/50
- 181 / Der Kleingärtner Juni 1950
- 182 / Rundschreiben BV Treptow 8/50
- 183 / Der Kleingärtner August 1950
- 184 / Der Kleingärtner September 1950
- 185 / Der Kleingärtner September 1950
- 186 / Schreiben BV an ZV vom 5.12.1950
- 187 / Geschäftsbericht BV Treptow 1951
- 188 / Geschäftsbericht BV Treptow 1951
- 189 / Rundschreiben BV Treptow 12/50
- 190 / Rundschreiben BV Treptow 2/1951
- 191 / Rundschreiben BV Treptow 8/1951
- 192 / Der Kleingärtner November 1951
- 193 / Der Kleingärtner 6/1952
- 194 / Rundschreiben BV Treptow 1/1952
- 195 / Rundschreiben BV Treptow 2/1952
- 196 / Rundschreiben BV Treptow 3/1952
- 197 / Rundschreiben BV Treptow 6/1952
- 198 / Protokoll vom 11.9.1952
- 199 / Der Kleingärtner 8/1952
- 200 / Geschäftsbericht KV Treptow 1953
- 201 / Rundschreiben KV Treptow 5/1953
- 202 / Chronik „Neu-Seeland“ - 1987
- 203 / GBl. I, 46/1954/ S. 465
- 204 / Der Kleingärtner Nr. 14/1954, S.2
- 205 / VMI-Ehrenbuch KGA „Frohsinn“ 1972-74
- 206 / Rundschreiben BV Berlin 6/54
- 207 / Rundschreiben BV Berlin 12/54
- 208 / VOBl. I Nr. 12, S. 85, vom 23.3.1955
- 209 / VOBl. I, Nr. 12, S. 89, vom 23.3.1955

- 210/ Protokoll des Ortsausschusses Johannisthal III vom 4.6.1955
- 211/ Chronik „Treptows Ruh“ 1988
- 212/ Prot. „Gemütlichkeit III“ vom 22.9.1956
- 213/ Prot. Ortsausschuss Johannisthal III vom 8.9.1956
- 214/ Schreiben Magistrat vom 8.3.1956
- 215/ Schreiben KV vom 12.10.1956
- 216/ VOBl. I, Nr. 53, S. 549, vom 1.8.1956
- 217/ Chronik „Birkenwäldchen“, 2000
- 218/ Schreiben BV vom 30.8.1957
- 219/ Schreiben KV vom 6.9.1957
- 220/ Schreiben KV vom 11.1.1957
- 221/ Prot. Ortsausschuß Johannisthal III v. 4.10.1957
- 222/ Prot. Ortsausschuss Johannisthal vom 12.3.1958
- 223/ Schreiben Kreisverband vom 31.3.1958
- 224/ Rede A. Klingbeil 2. Bezirksdelegiertenkonferenz am 18.5.1958
- 225/ „BZ am Abend“ vom 26.8.1958
- 226/ Festrede A. Klingbeil zum 10-jährigen Bestehen des ZV/BV am 6.12.1958
- 227/ Schreiben Magistrat vom 17.4.1959
- 228/ Schreiben Magistrat vom 11.9.1959
- 229/ Chronik „Neu-Seeland“ - 1987
- 230/ Schreiben KV vom 29.7.1959
- 231/ Prot. Ortsausschuß Johannisthal III vom 11.10.1959
- 232/ Schreiben KV vom 20.11.1959
- 233/ Schreiben KV vom 14.12.1959
- 234/ Statut des VKSK beschlossen auf dem Gründungskongress am 28. und 29. November 1959
- 235/ VOBl. I, Nr. 6, vom 30.1.1960, S. 69,
- 236/ Schreiben BV vom 18.6.1960
- 237/ Prot. Ortsausschuss Johannisthal III vom 13.3.1960
- 238/ Registrierung vom 24.08.1960
- 239/ Prot. Ortsausschuss Johannisthal vom 14.9.1961
- 240/ Prot. Ortsausschuss Johannisthal III vom 17.9.1961
- 241/ Abrechnung Wettbewerbsleistungen vom 30.11.1977
- 242/ Beratung des BV VGS zu Zielen und Aufgaben am 27.6.1990
- 243/ „Der Kleingärtner“ 7/1961
- 244/ Registriereintragung vom 14.11.1962
- 245/ Pech. „Diplomarbeit VKSK“, Berlin, 1986
- 246/ „Berlin-Treptow 1958 – 63“
- 247/ GBl. II, Nr. 109, S. 761, von 1965; GBl. II, Nr. 39, S. 443, von 1972; GBl. I, Nr. 23, S. 281, von 1981
- 248/ „Neues Deutschland“ Nr. 225, 16.9.1965, S.3
- 249/ Schreiben Abrechnungsstelle Reichsbahn vom 14.11.1966
- 250/ „Hammer, Zirkel...“, a.a.O., S. 193
- 251/ Pech, Diplomarbeit „Entwicklung VKSK...“, 1986
- 252/ „Hammer, Zirkel...“, a.a.O., S. 208
- 253/ Schreiben Magistrat, Abt. Verlagerungen vom 15.5.1972
- 254/ Kreditvertrag Parz. 19 „Gemütlichkeit III“ von 1973
- 255/ ebenda, S. 221 ff
- 256/ GBl. I, Nr. 27, vom 19.6.1975, S. 465
- 257/ Schreiben KV vom 18.8.1975
- 258/ Vordruck „Abrechnung sozialistischer Wettbewerb“
- 259/ Auszug aus Verfügung 3/1976 der Staatsbank
- 260/ Bericht 2.Tagung des ZK der SED 2./3.09.1976 S. 17
- 261/ „Neues Deutschland“ Nr. 219 vom 14.9.1976
- 262/ 6. Tagung des ZK der SED 23./24.6.1977 S. 22f
- 263/ Garten und Kleintierzucht, Nr. 15/1977, S. 8
- 264/ Projektunterlagen KGA „Springbornstraße“
- 265/ ZV Information vom 10.11.1977
- 266/ Abrechnung Wettbewerbsleistungen vom 30.11.1977
- 267/ Koordinierungsvereinbarung vom 5.2.1979
- 268/ „BZ am Abend“ 26.9.1979
- 269/ „Pech, VKSK...“, a.a.O.
- 270/ ZV Information vom 16.3.1983
- 271/ Vollmacht für Sparte „Waldland“ vom 20.3.1982
- 272/ ZV Information vom 19.11.1984
- 273/ Schreiben KV Treptow vom 8.3.1984
- 274/ Schreiben KV Treptow vom 2.2.1984
- 275/ Beschluss KV von 1984
- 276/ Beschluss 8. Kreisdelegiertenkonferenz vom 26.1.1985
- 277/ Pech, „VKSK...“, a.a.O.
- 278/ „Hammer, Zirkel, Gartenzaun“, 2003, S. 310
- 279/ ebenda, S. 309
- 280/ ZV Information vom 23.8.1985
- 281/ Schätzungsrichtlinie des VKSK, Ausgabe 1985
- 282/ Übergabeprotokoll vom 21.10.1986
- 283/ „Muster für Verpflichtungen zum Hervorraagenden Kleingärtner...“ vom 20.1.1986
- 284/ Beschluss des KV vom 13.2.1986
- 285/ Information durch KV vom 7.11.1986
- 286/ GBl.I, Nr. 36, vom 8.11.1984, S.....
- 287/ Aktivitäten der Sparten 1987, KV vom 30.1.1987
- 288/ ZV-Information vom Dezember 1988
- 289/ „Hammer, Zirkel ...“, a.a.O., S. 357
- 290/ Schreiben ZV VKSK vom 29.3.1990
- 291/ Reg.-Urkunde für den VKSK vom 1.6.1990
- 292/ Gründungsprotokoll BV VGS vom 30.5.1990
- 293/ Schreiben BV VGS vom 31.5.1990
- 294/ Vereinig .reg. VR 10880 Nz vom 31.8.1990
- 295/ 1. Delegiertenversamml. BV vom 27.6.1990
- 296/ Schreiben BV an Bez.bürgerm. vom 9.7.1990
- 297/ Beschluss BV VGS vom 16.8.1990
- 298/ Protokoll der Landesdelegiertenkonferenz vom 2.2.1991
- 299/ Geschäftsordn. des Liquidationsausschusses vom 1.6.1991
- 300/ Schreiben BV vom 27.2.1991
- 301/ Schreiben BV vom 11.3.1991
- 302/ Gründungsurkunde des Territorialverbandes Königsheide 1991

-
- 303/ Rundschr. BV Treptow 2/1991
304/ Rundschr. BV Treptow 3/1991
305/ „Berliner Zeitung“ 12.8.1991
306/ Rundschr. BV Treptow 5/1991
307/ ebenda
308/ Rundschr. BV Treptow 7/1991
309/ „Berliner Gartenfreund“ 4/1992, S. 45
310/ „Berliner Gartenfreund“ 1/1992, S. 46
311/ VOBl. Nr. 53, S. 549 vom 6.8.1956,
312/ ABl. Nr. 51, S. 2326 vom 1.11.1991
313/ ebenda
314/ „Berliner Gartenfreund“ 7/1992, S. 33
315/ Information BV Treptow 4/1992
316/ Information BV Treptow 9a/1992
317/ „Berliner Gartenfreund“ 12/1992, S. 28
318/ ABl. Nr. 51, S. 2326 vom 1.11.1991
319/ Vereinsregister vom 11.1.1993
320/ Information BV Treptow 1/1993
321/ Information BV Treptow 3/1993
322/ „Berliner Gartenfreund“ 7/1993, S. 24
323/ Information BV Treptow 6/1993
324/ Information BV Treptow 3/1994
325/ „Das Bezirksjournal“ 4/1994
326/ „Ein starkes Stück...“ a.a.O., S. 312
327/ Information BV Treptow 4/1994
328/ Information BV Treptow 5/1994
329/ Information BV Treptow 8/1994
330/ Wählerinitiative Berliner Kleingärtner 1995
331/ Information BV Treptow 2/1995
332/ Information BV Treptow 5/1995
333/ „Berliner Gartenfreund“ 9/1997, S. 26
334/ ABl. Nr. 6, S 348 vom 30.1.1998
335/ „Berliner Gartenfreund“ 8/1998, S. 14
336/ Stadt-Magazin SüdOst, 10/2000
337/ Festschrift „80 Jahre Bezirksverband Treptow
1920-2000“
338/ „Berliner Gartenfreund“ 10/2000
339/ Information BV Treptow 1/2001
340/ „Berliner Gartenfreund“ 12/2000, S. 16
341/ ABl. Nr. 24, S. 1882 vom 11.5.2001
342/ Information BV Treptow 1/2001
343/ „Berliner Gartenfreund“ 8/2001, S. 34
344/ „Berliner Gartenfreund“ 8/2002, S.26
345/ „Berliner Gartenfreund“ 9/2002,
346/ „Berliner Zeitung“ vom 4.8.2003
347/ Schreiben Petitionsausschuss vom Okt. 2004